

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 10. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Volk soll weiter hungern!

Die vom Reichstag eingesetzte Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend „vorübergehende (!) Zoll-erleichterung bei der Fleischzufuhr“ hat am Donnerstagvormittag mit ihren Beratungen begonnen. Der der Beratung zugrunde liegende Gesetzentwurf enthält nur diesen einen Paragraphen:

„Der Bundesrat wird ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch getrocknetes Fleisch von Vieh aus dem Auslande für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher abgeben, den nach Nr. 108 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erlassen, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollsätze von 35 oder 27 M. der Zollsatz von 18 M. für den Doppelzentner zugrunde gelegt wird.“

Durch dieses Gesetz sollen die bescheidenen Maßnahmen, die die Verbündeten Regierungen notgedrungen bereits getroffen haben, nachträglich sanktioniert werden. Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion mit den vollkommen ungenügenden Maßnahmen sich nicht zufrieden geben konnte, daß sie vielmehr weitergehende Anträge in der Kommission stellte. Sie beantragte schon Anfang Dezember: den einzigen Artikel des Gesetzes als § 1 zu bezeichnen und (unter Voraussetzung der Annahme der weiteren Anträge) den Termin wie folgt abzuändern:

„für die Zeit bis 31. Dezember 1912 mit Wirkung“ usw.

Weiter beantragte sie folgenden § 2. Vom 1. Januar 1913 ab bis zum Ablauf der Handelsverträge wird der Bundesrat ermächtigt, an Gemeinden, Konsumgenossenschaften und andere gemeinnützige Unternehmungen, die aus dem Auslande Vieh oder Fleisch einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorgefertigten Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher abgeben, den Eingangszoll zu erlassen.

Um die Einfuhr von überseeischem Fleisch und Schlachtvieh aus dem Auslande zu ermöglichen, haben die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder weiter beantragt:

- den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unterzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den (unter Aufhebung von § 12 des Fleischbeschaugesetzes) die Einfuhr von frischem und getrocknetem Fleisch aller Art ohne anhängende innere Organe aus dem Auslande gestattet wird;
- den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß sie die Ende September d. J. von ihnen beschlossenen Erleichterungen der Vieheinfuhr dahin erweitern, daß die Einfuhr lebenden Blindviehs und lebender Schweine aus den Niederlanden, aus Dänemark und Schweden (unter Wegfall der Quarantäne), Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Kanada und Argentinien nach Schlachthöfen mit Bahnanschluß und unter der Bedingung gestattet wird, daß das eingeführte Vieh innerhalb vier Tagen nach Eintreffen geschlachtet werden muß;
- für den Fall der Ablehnung der Anträge den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß allgemein die Einfuhr von frischem Fleisch und Schlachtvieh in derselben Weise zugelassen werde wie für die großen Städte.

Diese Anträge sind in jeder Beziehung geeignet, der Fleischlieferung nach Möglichkeit zu begegnen. Das wiesen in der Generaldebatte die Abgg. Rolleben, Wurm und Bismarck in überzeugender Weise nach. Aber die Vertreter der alten Zollwuchermehrheit wollen oder dürfen sich nicht überzeugen lassen: sie haben bestimmte Interessen wahrzunehmen und zwar agrarische Interessen. Es sprachen zwar von den Konservativen, den Nationalliberalen und Zentrumschristen verschiedene Redner, aber ihre Reden glichen einander wie ein Ei dem andern. Der preussische Abg. Arnstadt sang das falsche Lied von der Interessengemeinschaft der Kleinen und Großen in der Landwirtschaft und der bayerische Kollege Wallenbrück spielte sich als ein (freilich nicht brillanter) Sekundant auf. Nach dem Diktum dieses landwirtschaftlichen Sachverständigen haben wir überhaupt keine Futtermittelzölle!

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Böttcher, ehemals jungliberaler Sturm- und Drangheld, feierte „unsere Wirtschaftspolitik“, d. h. die Zölle auf Lebensmittel, Futtermittel usw. und wies mit erheblicher Entrüstung die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Anträge ab.

Für die Zentrumsmänner führte der Abg. Giesberts das Wort, der seinen Kerger über die Oberbürgermeister ausdehnte, weil sie ihre Aufgabe in der Hauptsache erschöpft hätten, wenn sie Vergnügungshallen gebaut hätten und im übrigen sich der Repräsentation widmen oder im Herrenhause sitzen könnten. Die Sorge um des Volkes Not überließen sie den Armenkommissionen. Das sind beileibe keine demagogischen Redensarten — um Gottes Willen, dergleichen ist bei Herrn Giesberts ausgeschlossen. Nein, ihm ist's wirklich ernst mit der Beschaffung billigeren Fleisches, deshalb bekämpfte er die sozialdemokratischen Anträge in entschuldigender Weise und erzielte sich ganz besonders gegen die verlangte Aufhebung des vielerörterten, der Regierung bekanntlich von der Zollmehrheit aufgezwungenen § 12 des Fleischbeschaugesetzes.

Die fortschrittliche Volkspartei ließ durch die Abgg. Fischbeck und Koch folgende Anträge begründen:

Die Kommission wolle beschließen:

- a) den einzigen Artikel der Vorlage als § 1 zu bezeichnen und (unter Voraussetzung der Annahme von b dieses Antrages) in Zeile 2 an Stelle von „1914“ zu setzen „1913“, b) folgenden Absatz dem so gestalteten § 1 hinzuzufügen: Vom 1. April 1913 ab wird der Bundesrat ermächtigt, allgemein die Zölle für Schlachtvieh und Fleisch, sowie für Jungvieh, Wagnervieh und Zuchtvieh ganz oder teilweise außer Hebung zu setzen.
2. folgenden § 2 zu beschließen: § 2. Vom 1. April 1913 ab werden die Zölle auf Futtergerste, Mais, Futterbohnen, Futtererbsen und Lupinen außer Hebung gesetzt.

Bemerkenswert waren die Ausführungen des Abg. Fischbeck, der bekanntlich Berliner Stadtrat ist, insofern, als er sich auf den ödesten Manchesterstandpunkt stellte und gegen die Fleischversorgung durch die Städte eiferte. Das sei nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, vielmehr ein Eingriff in die Gewerbefreiheit. Man sah geradezu, wie Herr Fischbeck nach den Fleischmeistern schielte und um gut Wetter bat.

So interessant die Ausführungen verschiedener Redner auch gewesen sind, ist es nicht angängig, hier näher darauf einzugehen, dazu fehlt es an Raum. Einige Fragen aber, die Gen. Wurm in so bestimmter Form an die Regierungsvertreter gestellt hatte, daß Antwort darauf gegeben werden mußte, sollen aber doch in Rücksicht auf sehr charakteristische Vorgänge in der Berliner Stadtverwaltung noch knapp angeführt werden. Genosse Wurm wies nach, wie der § 12, abgesehen von seiner sonstigen Schädlichkeit, auch die Stadt Berlin direkt behindert habe, die Preise für Fleisch noch weiter herabzudrücken. Der § 12 schreibt vor, daß das Fleisch mit dem wertlosen Kram (Eingeweide u.) eingeführt werden muß. Das bedeutete für Berlin, das bisher 1943000 Kilogramm Fleisch aus Rußland eingeführt hat, eine Verteuerung um 43000 Mark. Nun aber das für Berlin im Augenblick wichtigste in der Fleischfrage: während der Bundesrat ermächtigt wird, die in dem oben zitierten Gesetz gewährleisteten Vergünstigungen bis 1914 zu gewähren, hängt es von den einzelnen Bundesstaaten ab, wie lange sie ihrerseits von den Vergünstigungen Gebrauch machen, mit anderen Worten: wie viel früher sie den Städten die Zufuhr billigeren Fleisches aus dem Auslande schon unmöglich machen wollen! Für Berlin — zuständig ist da der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer! — ist die Vergünstigung beispielsweise nur bis zum 31. März 1913 bewilligt. Die städtischen Körperschaften haben deshalb in einer Eingabe an die Regierung um Verlängerung des Termins ersucht. Es ist für Berlin von der größten Wichtigkeit, so schnell als möglich zu wissen, wie die Regierung sich zu dem Ersuchen der städtischen Körperschaften stellt. Selbstverständlich sind die für die Fleischzufuhr getroffenen und eventuell noch zu treffenden Einrichtungen mit umfangreichen Vorbereitungen und Kosten verknüpft. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“, so führte Wurm aus, habe ja freilich schon diffamiert, was die Regierung antworten solle, aber die Regierung müsse wissen, daß die Argumente des Agrarierblattes falsch sind, müsse wissen, daß trotz der eingeräumten Einfuhrerleichterungen keinerlei Unzuträglichkeiten für den deutschen Viehbestand sich ergeben hätten. Es dürfe sich keineswegs um Einschränkungen der vorübergehenden Erleichterungen handeln, sondern um eine Erweiterung derselben im Sinne der sozialdemokratischen Anträge. Er bestreite darauf, eine Antwort zu bekommen über die für Berlin mit seinen 3-3 Millionen Einwohnern brennende Frage: Sollen der Reichshauptstadt die selbst nach den Vorschlägen der Reichsregierung bis 1914 zugestandenen Erleichterungen nur bis zum 31. März 1913 genährt werden?

Dem Unterstaatssekretär Richter waren diese Fragen offenbar sehr un bequem. Die Anträge der Stadt Berlin seien doch kaum eingelaufen; er könne also nicht wissen, ob der preussische Landwirtschaftsminister schon eine Entscheidung getroffen habe! Voraussetzung zu einer Entscheidung im Sinne der Wünsche Berlins sei seiner Anschauung nach die zuvorige Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes! (Das heißt also: fröh. Vogel, oder stich!) Dann främte Herr Richter alle Bedenken aus, die jemals von Agrariern gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch ausgesprochen worden sind! Noch sei zwar keine Entscheidung getroffen worden, aber — wer weiß, was noch kommen kann!

Herr Richter rief dann das Reichsgesundheitsamt als Aronzeugen an, um den Agrariern, die das neue Viehseuchengesetz mit seinen Präventivmaßnahmen genau kennen zu sagen, daß sie keine Angst für die Zukunft zu haben brauchen; wenn die Fleischzufuhr aus Rußland anhalte, dann würde schließlich Vieh aus Sibirien nach den deutschen Grenzen transportiert werden und dann sei es nicht unmöglich, daß wir die Kinderpest ins Land bekämen! Schlimmer ist mit Gespensthern von der Regierung kaum jemals zuvor gearbeitet worden.

Aus ähnlichen Bedenken heraus sei die Regierung gegen die Aufhebung des § 12. Ganz offen wies dann auch der Regierungsvertreter wieder auf die „wirtschaftlichen Momente“ hin — das Fleisch könnte also zu billig und damit die Landwirtschaft geschädigt werden. Bis 1914 — so schloß Richter — können Ausnahmestimmungen in Kraft bleiben, bis dahin könne man weiter reden!

Und Berlin? Der Metropole des deutschen Vaterlandes sind die Einfuhrerleichterungen zunächst nur bis zum 31. März 1913 eingeräumt. Es hängt von der Gnade des Landwirtschaftsministers v. Schorlemer ab, ob Berlin viele Zehntausende unnützlich ausgibt oder nicht, ob die Einwohner Groß-Berlins weiter darben sollen wie bisher oder vom 1. April 1913 an den Hungerriemen noch enger schnallen müssen.

Am Freitag setzt die Kommission ihre Beratungen fort.

Plusmacherei vor dem Reichstage.

Die Schädigung der Reichsinteressen durch die Mißhandlung und die fiskalische Plusmacherei der preussischen Eisenbahnverwaltung ist im Laufe der Zeit zu einer Landplage geworden; in der Frage des Wagenmangels hat sie solche unerhörten und in mannigfacher Weise drückenden Formen angenommen, daß selbst auf der rechten Seite des Hauses leise Worte des Unmuts getoht werden. Wünsche in der Donnerstagssitzung des Reichstags doch selbst der Jung-Nationalliberale Wötter eine Stärkung der Stellung des Reichseisenbahnministers gegenüber Preußen. Freilich gab er nur den Ausdruck der Sorge weiter, den seine politischen Auftraggeber, die Kapitalisten des Ruhrreviers, durch die Wagennot vorübergehend empfunden haben. Die Kapitalisten haben aber immerhin noch die verkäuflichen Profite in verstärktem Maße einsacken können, während den Arbeitern die entgangenen Arbeitslöhne von niemandem ersetzt werden.

Genosse Dittmann hatte deshalb durchaus recht, wenn er der Vermutung Ausdruck verlieh, daß eine Wiederholung des einstmals abgelehnten sozialdemokratischen Antrages auf Uebernahme des gesamten Eisenbahnwesens auf das Reich heute mehr Verständnis im Reichstag finden würde als früher. Jedenfalls wird die sozialdemokratische Fraktion zu geeigneter Zeit und bei geeigneter Gelegenheit die Probe auf das Exempel machen, ob die bürgerlichen Parteien inzwischen hinzugelern haben.

Unter Redner verstand es im übrigen, in eindrucksvoller Weise dem ausgiebig behandelten Gegenstande noch einige neue und interessante Seiten abzugewinnen. Er wies aus den einstigen Debatten über die Verstaatlichung der Eisenbahnen nach, daß sich der preussische Staat damals mit Nachdruck gegen die privatkapitalistische Profitgucht im Eisenbahnwesen gewandt und damit die Notwendigkeit der Verstaatlichung begründet hatte. Heute aber macht sich der preussische Staat der tiefen Sünde in noch viel schärferer Weise schuldig: Das müsse für den Kanzler des Deutschen Reiches ein dringender Grund sein, den preussischen Ministerpräsidenten, mit dem er in Personalunion eng verbunden ist, wegen Mißachtung staatsrechtlicher Bestimmungen zur Rechenschaft zu ziehen. Genosse Dittmann zeigte ferner durch übersichtlichen und überzeugenden Indizienbeweis die militärpolitischen Ursachen des Wagenmangels auf: er wies nach, daß die militärischen Sorgen der Regierung, die geheimen Vorbereitungen auf etwaige kriegerische Verwicklungen in den verflochtenen Monaten ihre Schatten auf den Eisenbahnverkehr geworfen hätten.

Der Reichstag hatte sich sodann mit einer absonderlichen Plusmacherei in eigenen Angelegenheiten zu beschäftigen. Die Wahlprüfungskommission legte dem Plenum eine von ihr einstimmig angenommene Resolution vor, durch die die Regierung aufgefordert wird, dem Wahlkommissar des Kreises Schwes eine Klage zu erteilen, weil er sich bei der Wahl im Januar 1912 unerhörte Verstöße gegen das Wahlgesetz hat zu schulden kommen lassen. Es handelt sich dabei um die Wahl des freikonservativen Herrn v. Halem, der durch ein lächerliches Additionsmandat des Wahlkommissars gegen den Polen v. Soh-Jaworski als angeblicher Reichstagsabgeordneter proklamiert worden ist. Der Landrat v. Halem, der übrigens kein Sprößling eines ostelbischen Junkers ist, wie Name und Art leicht fälschlich vermuten lassen, sondern der Sohn eines Tuchhändlers in Bremen, hatte vor der sicheren Kassierung seines Mandats durch den Reichstag freiwillig sein Mandat niedergelegt. Mit offener Gesehwindigkeit wurde in der Weismaritzzeit die Nachwahl angelehrt, durch die der Herr dann dank den alten Wählerlisten gewählt worden ist — bis der Reichstag auch diese zweite Wahl kassiert.

Der Pole v. Laszewski führte den Reichstag die Ungeheuerlichkeiten vor, die bei der Januarwahl im vorigen Jahre vorgekommen sind. Es blieb aber unseren Genossen Stadthagen vorbehalten, in einer außerordentlich wirksamen Rede, die von leidenschaftlichem Zorne über die schmachvollen Gesetzesverletzungen „staatsverhaltender“ Gesetzeshüter durchglüht war, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Auf die Anklagebank gehören Staatsbeamte, die sich gegen das Gesetz auflehnen, und zwar nicht durch offene und ehrliche Verleumdung ungenügender Gesetze, wie es die Sozialdemokraten tun, sondern durch Umgehung oder Bruch von Gesetzesbestimmungen, zu deren Wahrung gerade sie berufen sind! Man sah verlegene Gesichter auf der rechten Seite des Hauses, daß wieder einmal ein Sozialdemokrat berufene Gesetzeswächter zur Aufrechterhaltung der Gesetze auf fordern mußte, dieselben Herren, die harmlose Liebertretungen der Gesetze, wenn sie von Arbeitern und politischen Gegnern verübt werden, stets mit unerbittlicher Strenge ahnden.

Zur Szene wurde das Tribunal, als der Vizepräsident Paasche zum Opfer eines sonderbaren akrobatischen Fehlers des Sitzungsaales wurde; er hatte hinter Stadthagen etwas anderes gehört, als Stadthagen nach vorn gesprochen hatte. Er rief Stadthagen zur Ordnung, als dieser sich gegen die Beamten wandte, die zu Aufsehern gegen die Gesetze geworden. Aber Stadthagen ließ sich natürlich nicht aus dem Konzept bringen.

Den vergeblichen Versuch, einen Rohren weiß zu waschen, machte Herr v. Derken von der freikonservativen Partei. Aller-

Die Inzerions-Gebühr

Beträgt für die hochgelobte Kolonialzeit über deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Artikel und Besprechungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 10 Pfg. (zweites 2 Pfg. drittes 1 Pfg. viertes 1 Pfg. fünftes 1 Pfg. sechstes 1 Pfg. siebentes 1 Pfg. achtes 1 Pfg. neuntes 1 Pfg. zehntes 1 Pfg. elftes 1 Pfg. zwölftes 1 Pfg. dreizehntes 1 Pfg. vierzehntes 1 Pfg. fünfzehntes 1 Pfg. sechzehntes 1 Pfg. siebenzehntes 1 Pfg. achtzehntes 1 Pfg. neunzehntes 1 Pfg. zwanzigstes 1 Pfg. einundzwanzigstes 1 Pfg. zweiundzwanzigstes 1 Pfg. dreiundzwanzigstes 1 Pfg. vierundzwanzigstes 1 Pfg. fünfundzwanzigstes 1 Pfg. sechsundzwanzigstes 1 Pfg. siebenundzwanzigstes 1 Pfg. achtundzwanzigstes 1 Pfg. neunundzwanzigstes 1 Pfg. dreißigstes 1 Pfg. einunddreißigstes 1 Pfg. zweiunddreißigstes 1 Pfg. dreiunddreißigstes 1 Pfg. vierunddreißigstes 1 Pfg. fünfunddreißigstes 1 Pfg. sechsunddreißigstes 1 Pfg. siebenunddreißigstes 1 Pfg. achtunddreißigstes 1 Pfg. neununddreißigstes 1 Pfg. vierzigstes 1 Pfg. einundvierzigstes 1 Pfg. zweiundvierzigstes 1 Pfg. dreiundvierzigstes 1 Pfg. vierundvierzigstes 1 Pfg. fünfundvierzigstes 1 Pfg. sechsundvierzigstes 1 Pfg. siebenundvierzigstes 1 Pfg. achtundvierzigstes 1 Pfg. neunundvierzigstes 1 Pfg. fünfzigstes 1 Pfg. einundfünfzigstes 1 Pfg. zweiundfünfzigstes 1 Pfg. dreiundfünfzigstes 1 Pfg. vierundfünfzigstes 1 Pfg. fünfundfünfzigstes 1 Pfg. sechsundfünfzigstes 1 Pfg. siebenundfünfzigstes 1 Pfg. achtundfünfzigstes 1 Pfg. neunundfünfzigstes 1 Pfg. sechzigstes 1 Pfg. einundsechzigstes 1 Pfg. zweiundsechzigstes 1 Pfg. dreiundsechzigstes 1 Pfg. vierundsechzigstes 1 Pfg. fünfundsechzigstes 1 Pfg. sechsundsechzigstes 1 Pfg. siebenundsechzigstes 1 Pfg. achtundsechzigstes 1 Pfg. neunundsechzigstes 1 Pfg. siebenzigstes 1 Pfg. einundsiebzigstes 1 Pfg. zweiundsiebzigstes 1 Pfg. dreiundsiebzigstes 1 Pfg. vierundsiebzigstes 1 Pfg. fünfundsiebzigstes 1 Pfg. sechsundsiebzigstes 1 Pfg. siebenundsiebzigstes 1 Pfg. achtundsiebzigstes 1 Pfg. neunundsiebzigstes 1 Pfg. achtzigstes 1 Pfg. einundachtzigstes 1 Pfg. zweiundachtzigstes 1 Pfg. dreiundachtzigstes 1 Pfg. vierundachtzigstes 1 Pfg. fünfundachtzigstes 1 Pfg. sechsundachtzigstes 1 Pfg. siebenundachtzigstes 1 Pfg. achtundachtzigstes 1 Pfg. neunundachtzigstes 1 Pfg. neunzigstes 1 Pfg. einundneunzigstes 1 Pfg. zweiundneunzigstes 1 Pfg. dreiundneunzigstes 1 Pfg. vierundneunzigstes 1 Pfg. fünfundneunzigstes 1 Pfg. sechsundneunzigstes 1 Pfg. siebenundneunzigstes 1 Pfg. achtundneunzigstes 1 Pfg. neunundneunzigstes 1 Pfg. hundertstes 1 Pfg. einhundertstes 1 Pfg. zweihundertstes 1 Pfg. dreihundertstes 1 Pfg. vierhundertstes 1 Pfg. fünfhundertstes 1 Pfg. sechshundertstes 1 Pfg. siebenhundertstes 1 Pfg. achthundertstes 1 Pfg. neunhundertstes 1 Pfg. tausendstes 1 Pfg. eintausendstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. achtundzweihundertstes 1 Pfg. neunundzweihundertstes 1 Pfg. zehntausendstes 1 Pfg. einundzweihundertstes 1 Pfg. zweiundzweihundertstes 1 Pfg. dreiundzweihundertstes 1 Pfg. vierundzweihundertstes 1 Pfg. fünfundzweihundertstes 1 Pfg. sechsundzweihundertstes 1 Pfg. siebenundzweihundertstes 1 Pfg. acht

Dings gab auch dieser alte Parlamentarier seinem jungen Partei-
genossen Galem in aller Offenlichkeit eine schallende Ohrfeige durch
die offene Erklärung, daß er, wenn er unter den Bedingungen wie
Galem als gewählt proklamiert worden wäre, sein Mandat im
Reichstags nicht ausüben würde.

Bei der Abstimmung über die Resolution verließ Herr v. Berghen
mit einigen seiner Fraktionsgenossen den Saal, so daß er nicht
gegen das einstimmige Votum der Wahlprüfungskommission und
auch nicht für den sonderbaren Reichstagsabgeordneten Galem zu
stimmen brauchte. Die Herren v. Liebert, der Reichsverbandsgeneral,
Trendl und Warmuth dagegen blieben im Saal und stimmten als
einzige Abgeordnete gegen das sonst einstimmige Votum des
Reichstags.

Den Schluß der Donnerstagssitzung bildete der Beginn der Be-
ratung über die Denkschrift über die Beamtenorgani-
sation im Reichspost- und Telegraphenwesen. Es
kam nur der Redner unserer Fraktion, Genosse Ebert, zu Wort.
In einer Rede, die sachliche Klarheit und Schlagkraft der Argumente
mit wohlthuender Kürze in Einklang zu bringen wußte, führte Ebert
den Nachweis, daß trotz der pompösen Denkschrift in der Organi-
sation des Beamtenwesens der Reichspost alles beim Alten bleiben
soll. Die Denkschrift läßt sich lediglich von dem Gedanken leiten:
wie schränkt man am wirksamsten die Personal-
ausgaben zugunsten des Reichsäckers ein? Die
Hoffnung der Beamten, besonders der Unterbeamten, daß durch eine
neue Personalorganisation einigermaßen wieder gut gemacht werden
würde, was bei der Befoldungsreform an ihnen gesündigt worden
ist, erfährt durch die Denkschrift eine bittere Enttäuschung.

Am schlimmsten sieht es um die Unterbeamten, denen
jede Aussicht auf Aufsteigen in höhere Stellungen, jedes wirkliche
Vorwärtkommen völlig abgeschnitten ist. Ebert zeigte dies durch
einige wenige, aber sehr beweiskräftige Zahlen. Freilich wird die
elende Lage der männlichen Unterbeamten fast noch überboten durch
die Lohnverhältnisse, die man den 20 000 Postgehilfen zumutet.
Unter der urchastigen Zustimmung unserer Fraktion brandmarkte
Ebert die unerhörte Ausnutzung der weiblichen Hilfskräfte, denen
teilweise zugemutet wird, mit 50-60 M. monatlich ihren Lebens-
unterhalt zu bestreiten. Die Postverwaltung ist eben jedes sozialen
Verständnisses bar, ihr einziger Lebenszweck ist — Plus-
machen!

Am Freitag geht die Beratung über die Denkschrift weiter.
Außerdem steht die Konkurrenzklause auf der Tages-
ordnung.

Die Zukunft der Aegäischen Inseln.

Zu den schwierigsten Fragen, die der Balkankrieg aufs
neue aufgerollt hat, gehört die nach der Zukunft der Inseln
im Aegäischen Meere, die bisher der türkischen Herrschaft oder
wenigstens der Oberhoheit der Pforte unterworfen waren.

Für die hier in Betracht kommenden Fragen — denn
es gibt deren fast so viele, wie man größere Inseln zählt —
gilt fast noch mehr wie für die der Balkanhalbinseln, daß sie
bloß auf eine Weise eine dauernde und endgültige Lösung
finden könnten, dem Entwurf unserer Balkanengenossen und
des Manifestes von Basel gemäß, indem nämlich alle Teile
dieser Länder sich in einer föderativen Republik mit größter
Autonomie der Teile zusammenschließen würden. Denn wenn
die Balkanhalbinsel im allgemeinen ein Übergangsland
zwischen Europa und Kleinasien bildet, das keine trennende,
sondern vor allem eine einigende Rolle zu erfüllen bestimmt
ist, so gilt dies in doppelter Weise für die Inseln des
Aegäischen Meeres, besonders für die östlichen, jenseits von
Stampalia, der westlichen der bisherigen ottomanischen
Inseln.

Im heutigen Zeitalter des Imperialismus und der
riesigen Flottenrüstungen liegt ihre Bedeutung haupt-
sächlich auf internationalem Gebiet. Die soeben genannte
Insel Stampalia bietet hierfür ein gutes Beispiel.
Denn diese Insel breitet sich im Norden sowie im Süden in
zwei derartig tiefe und geschützte Buchten aus, daß bereits
während des russisch-türkischen Krieges von 1877-78 bei der
englischen Admiralität der Gedanke aufkam, sie zu besetzen.
Ein Rapport an die britische Admiralität aus der Zeit be-
zeugt, daß die Insel die beste maritime Basis sei, die man
im Aegäischen Meere besetzen könnte. England hat sich be-
kauntern lassen nach dem russisch-türkischen Kriege anderswo
„entschädigt“. Es okkupierte Cyprus, dessen Bevölkerung sich
seit einiger Zeit in der größten Aufregung gegen die eng-
lische Herrschaft befindet.

Stampalia ist nun nicht der einzige strategische Punkt
ersten Ranges in diesem Meere, die durch die wirtschaftliche
und politische Entwicklung immer mehr in den Mittelpunkt
des Kampfes zwischen den großen Kapitalmächten hinein-
gezogen werden. Dasselbe gilt auch für andere Inseln, wie
z. B. für Rhodus (Rhodos), eine der größten und frucht-
barsten, sowie für die berühmte Subada an der Küste Kretas.

Auch die Geschichte der Neuzeit liefert fräftige Beweise
für die außerordentliche Bedeutung, die die Besetzung eines
oder mehrerer Punkte in dem Archipel für eine Weltmacht
im Konfliktfälle erhalten könnte. Im russisch-türkischen
Kriege von 1770 wurde eine russische Flotte unter den
Brüdern Orloff von Katharina II. ins Mittelmeer geschickt,
um die Türkei auch im Süden anzugreifen. Die Russen be-
mächtigten sich des größten Teils des Archipels von Lemnos
bis Vlara. Ihr Hauptquartier befand sich auf Baros. Die
ottomanische Flotte wurde vor Tchesme, gegenüber Chios,
vernichtet. Kurz: die Russen waren zeitweilig die Herrscher
im Aegäischen Meere. Damals war die englische Weltmacht
infolge des Aufstandes der amerikanischen Kolonien dermaßen
erschwächt, daß man bereits mit dem Untergang des britischen
Reiches rechnete. Ebenso gewiß erschien dem europäischen
Publikum damals der Untergang der ottomanischen Herr-
schaft. Und hätte die Unzufriedenheit der griechischen Inseln
infolge der russischen Mißwirtschaft, die Unfähigkeit der
russischen Befehlshaber, sowie die Anstrengungen der fran-
zösischen Diplomatie nicht den Schicksal des Unternehmens
verursacht, dann wären tatsächlich die Folgen des russischen
Coups nicht zu übersehen gewesen. Ein allgemeiner griechi-
scher Aufstand und die Besetzung der kleinasiatischen Westküste
hätten bereits damals Russland den Zugang zum freien
Meere, zum Mittelmeer verschaffen können. Diese historische
Reminiszenz wird aber jedenfalls auch für England eine War-
nung sein, sich einer Festsetzung Russlands im Aegäischen Meere
frühtig entgegen zu stellen. Denn diese würde jedenfalls ein
bedeutender Schritt sein in der Richtung der Beherrschung
Anatoliens, die, wie bekannt, noch immer auf dem russischen
Programm steht.

So kann also die Zukunft der Aegäischen Inseln von ent-
scheidender Bedeutung für die Frage der Oberhoheit in
Vorderasien werden, denn die russische Herrschaft im west-
lichen Anatolien würde auch für die britische Weltmacht eine

Gefahr sein. Und jedenfalls würde die Besetzung irgend einer
der Aegäischen Inseln durch eine westeuropäische Großmacht
oder durch Russland die Rüstungen zur See noch mehr be-
schleunigen, weil alle Großmächte in zunehmendem Maße ein
Interesse daran haben, daß nicht eine Seemacht im östlichen
Mittelmeer und an der anatolischen und syrischen Küste die
herrschende wird. Italien hat während des Krieges mit der
Türkei eine Anzahl der Inseln besetzt. Diese Okkupation hat
anfangs bei den Bewohnern große Freude ausgelöst, die sich
aber sehr bald in Unzufriedenheit verwandelte, als Italien
die sofortige Bereinigung der okkupierten Inseln mit
Griechenland nicht dulden wollte. Und als der Friedens-
schluß von Dudy (18. Oktober 1912) kam, wurde es den Be-
wohnern klar, daß Italien sie völlig im Stich gelassen hätte:
der Friedensvertrag bestimmte die Rückgabe der Inseln an
die Pforte, sobald diese ihrerseits ihre Truppen aus den
nordafrikanischen Provinzen zurückgezogen hätte. Italien
konnte schwerlich anders handeln: der bleibenden Besetzung
einer oder mehrerer Inseln durch Italien würden die übrigen
Mächte nicht ihre Zustimmung erteilen und es war auch
nicht möglich, die Inseln an Griechenland auszuliefern, weil
Italien gerade nicht in den Balkankrieg mit einbezogen
werden wollte.

Während des Balkankrieges haben die Griechen, deren
Marine das Aegäische Meer beherrscht, nicht nur den An-
schluß Kretas an Griechenland zustande gebracht, sondern auch
mehrere Inseln okkupiert. Griechenland hat sich sogar dem
Waffenstillstand im November nicht angeschlossen, weil es
unter anderem auch Gelegenheit haben wollte, diese Okku-
pation, besonders der großen Inseln Chios und Lesbos weiter
fortzuführen.

Bekanntlich ist die Forderung der Balkanverbündeten
nun ganz einfach die, daß sämtliche bisher ottomanische
Inseln an Griechenland abgetreten werden sollen. In der
Hauptfrage betrifft die Forderung die 24 größten Inseln, die
die türkische „Inselprovinz“, sowie 10 Bistümer des Patri-
archats zu Konstantinopel bildeten, und die zusammen eine
Bevölkerung von rund 470 000 hellenischen Einwohnern, nebst
ungefähr 24 650 Mohammedanern und etwa 4200 Juden
zählen. Erwähnung verdient noch, daß die mohammedanische
Bevölkerung bloß auf Lesbos zahlreich ist.

Dem Anschein nach liegt die Sache also ganz einfach:
alle bisher ottomanischen Inseln könnten dem Willen der
Bewohner gemäß sich einfach dem hellenischen Königreich an-
gliedern, gerade wie dies jetzt zweifelsohne mit Kreta der
Fall sein wird.

Näher betrachtet kommen jedoch sehr ernsthafte Bedenken,
die sich dieser Angliederung widersetzen. Die östlichen Inseln
sind kleinasiatische Küsteninseln, die geographisch und historisch
immer zu Kleinasien gehörten. Sie bilden ethnographisch
und national die Vorposten des Hellenismus und seine Ver-
bindung mit den zerstreuten griechischen Bevölkerungsele-
menten auf der westlichen Küste Kleasiens. Würden die
östlichen Inseln von Kleinasien getrennt, so würde dadurch die
Lage der hellenischen Bevölkerung auf dem Festlande, die sich
nach der Meinung der besten Kenner der Verhältnisse in diesen
Gegenden schon jetzt sehr schwierig gestaltet hat, noch be-
deutend schlechter gestalten. Kurz: ein französischer Gelehrter,
A. Reinach, der vor kurzem eine ausgezeichnete Studie über
die Frage der griechischen Inseln veröffentlicht, kommt, nach-
dem er das Problem von allen Seiten, geographisch, historisch,
ökonomisch und ethnisch beleuchtet hat, zu dem Schlusse, daß
die einzige vernünftige und befriedigende Lösung der Insel-
frage die sei, daß das bisherige Inselwilajet in eine autonome
Provinz unter türkischer Oberhoheit und mit einem christ-
lichen Gouverneur verwandelt wird. Alle anderen Lösungen,
auch die Angliederung aller Inseln an Griechenland werden,
gerade wie auf dem Festlande der Balkanhalbinsel, in der
Zukunft neue Schwierigkeiten, neue Reibungen, neue Kriegs-
gefahren und neue Rüstungen zur Folge haben. Und so er-
sehen wir, daß auch bei diesem Unterteil der Frage des nahen
Orients die Lösung unserer Balkanengenossen und des inter-
nationalen Manifestes von Basel die einzig mögliche ist, die
einzige, die wirklich den Frieden bringen würde.

Die Vermittlungsaktion.

Köln, 9. Januar. (B. G.) Die „Kölnische Zeitung“
meldet aus Berlin: Die Botschafter der Mächte
dürften sich heute im Besitz der Anweisungen befinden, die
ihnen ihre Regierung für die Ausarbeitung der der Pforte
zu überreichenden Kollektivnote haben zugehen lassen.
Die gemeinschaftliche Redigierung dieser Kollektivnote wird
sofort in Angriff genommen. Sollten die Arbeiten heute ab-
geschlossen werden können, so würde die Vermutung des
„Temps“ sich erfüllen können, daß die Kollektivnote Ende
dieser Woche, vielleicht morgen, der Türkei über-
reicht wird.

Das Schicksal Adrianopels.

London, 8. Januar. Dem Reuterschen Bureau wird aus
Konstantinopel gemeldet: Nach den letzten Mitteilungen
hat England den Mächten einen Vorschlag gemacht, nach
dem Adrianopel der Türkei erhalten bleiben soll unter
der Voraussetzung, daß die Festungswerke geschleift
und verschiedene weitere Beschränkungen wirtschaftlicher Art
auferlegt werden. Der Vorschlag hat gute Aussicht auf An-
nahme.

Der Standpunkt Serbiens.

Paris, 9. Januar. Zu der Reutersmeldung, daß Ser-
bien beschlossen habe, sofort nach der Unterzeichnung des
Friedens die Truppen von der adriatischen Küste zurückzu-
ziehen, erklärte der serbische Delegierte Rowakowitsch
dem Sonderberichterstatter des „Matin“ unter anderem: Wir
haben diese Gebiete unter großen Opfern an Gut und Blut
besetzt. Da aber die Mächte erklärt haben, daß sie ein auto-
nomes Albanien wünschen und nicht wollen, daß Serbien in
den Territorialbesitz eines adriatischen Hafens gelange, so
haben wir uns loyal gefügt. Wir haben gleichzeitig be-
weisen wollen, daß wir in guten Beziehungen zu unseren
mächtigen Nachbar Oesterreich-Ungarn leben wollen. Wir
werden demnach nicht bloß die adriatische Küste, sondern auch
alle westlich der Seen und des Dringeliegenden
Gebiete räumen, weil diese dem künftigen Albanien
angehören. Aber gleichzeitig erklären wir laut, daß die von
unseren Truppen östlich des Drin besetzten Punkte wie z. B.
Dibra, Prizrend usw. Serbien verbleiben
sollen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Mächte unseren
Standpunkt und unsere gerechte und lokale Politik unter-
stützen werden.

Die bulgarisch-türkische Besprechung.

Sofia, 9. Januar. Da der türkische Kriegsminister
Rasim Pascha um eine Unterredung mit General
Sawoff gebeten hatte, begab sich dieser nach Bagtschewoi.

Rasim Pascha war von dem Minister des Neuhern Korodun-
ghian begleitet. Die türkischen Minister verlangten die Ver-
willigung der Berprobantierung Adrianopels,
worauf Sawoff antwortete, diese Frage sei durch das Waffen-
stillstandsprotokoll geregelt. Auch die Frage des Besizes
Adrianopels wurde von den türkischen Ministern aufge-
worfen. Sawoff erklärte dazu, daß diese Angelegenheit in die
Kompetenz der Friedensdelegierten in London falle.

Prochaska.

Wien, 9. Januar. Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, haben
die Konsuln Prochaska und Taly die amtliche Beifugung er-
halten, sich wieder auf ihre Posten in Prizrend und
Mitrowiza zu begeben. Dort sollen ihnen die von Serbien
verlangten und zugestandenen Ehrenbezeugungen er-
wiejen werden.

Die Aufnahme der sozialdemokratischen Stichwahltaktik.

Während sich die offiziellen Freisinnigen einstweilen
noch in Schweigen hüllen, liegt das Urteil einiger anderer
liberaler Blätter bereits vor. So schreibt das „Berliner
Tageblatt“:

„Der preussische Parteitag der Sozialdemokratie hat heute
vormittag nach langen und gründlichen Debatten die von der
Landeskommission vorgelegte Resolution über den Wahlrechts-
kampf in Preußen einstimmig angenommen. Das war nach Lage
der Dinge nicht anders zu erwarten. Aber es wäre ungerecht,
nicht anzuerkennen zu wollen, daß auch die Vertreter einer dem
Liberalismus freundlicheren Taktik ausgiebig zu Worte ge-
kommen sind, und man wird besonders den Delegierten Bern-
stein und Landsberg-Mogdeburg attestieren dürfen, daß sie ihre
Auffassung sehr geschickt vertreten haben. Fast könnte man sich
der etwas lehrerischen Meinung geneigen, daß hier zu viel Lärm
um einen Eierkuchen vollführt worden sei. Denn so oder so:
Auf die Zusammensetzung des kommenden Dreiklassenlandtages
wird man auch mit der geschicktesten Resolution und mit der
entschiedensten Agitation nicht viel ausrichten können. Solange
das Dreiklassenwahlrecht in Preußen besteht, spielen die Kon-
servativen und Liberalen mit vergifteten Karten. Kein Wunder,
wenn sie unter allen Umständen gewinnen.“

Das gilt nicht bloß für die sozialdemokratische Partei, die
sich selbst in ihren kühnsten Träumen nicht zu mehr als zwei
Duzend Mandaten versteigt — zwei Duzend Mandaten unter
343, während sie bei den Reichstagswahlen annähernd ein Drittel
sämtlicher preussischer Wähler auf ihrer Seite hatte! Ganz
ähnlich verhält es sich mit der Vertretung des liberalen Bürger-
tums im Abgeordnetenhaus. Die Frage ist höchstens, ob der
Fortschritt von drei auf vier, im allgünstigsten Falle auf fünf
Duzend Abgeordnete steigt. Es galt bei früheren Wahlen schon
als ein Erfolg, daß die konservativen Parteien nicht gerade für
sich die Mehrheit im Abgeordnetenhaus erlangten. Auch bei
den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird es sich
wieder darum drehen, daß die Konservativen nicht aus sich
heraus der preussischen Monarchie ihre Gesetze diktieren können.
Aber an eine Erschütterung der blau-schwarzen Mehrheit ist
selbst im günstigsten Falle auch diesmal nicht zu denken. Die
kompakte reaktionäre Mehrheit wird wiederkehren. Nicht „uns
Ganze“ geht es, wie das letztemal bei den Reichstagswahlen,
sondern nur um Nuancen. . . . Es gibt wohl auch nach sozial-
demokratischer Auffassung einige Gegenwartsforderungen, die in
Preußen verwirklicht werden könnten. Da ist die Hebung der
allgemeinen Volksschule und ihre Befreiung von dem heute auf
ihre lastenden Druck des Merkantilismus beider Konfessionen. Da
ist die immer wieder versprochene und immer wieder hinaus-
geschobene Reform der inneren Verwaltung und die Stärkung
der Selbstverwaltung.“

Es kommt dazu, daß, wenn auch nicht in dem Wortlaut der
Resolution, die heute auf dem sozialdemokratischen Preußen-
tage angenommen worden ist, so doch in den Leuzerungen
einzelner Vertreter sich die scheinbare Kluft zwischen Fortschritt
und Sozialdemokratie nicht unerheblich vermindert hat. Selbst
Herr Hirsch hat zugegeben, daß die Fortschrittliche Volkspartei
in den letzten Jahren in der Wahlrechtsfrage eine entschloßener
Haltung gezeigt habe. Er hatte auch ganz recht mit seiner Be-
merkung, daß, wenn die Fortschrittler den Reaktionär wählten,
nicht die Sozialdemokratie, sondern der Fortschritt die Reaktion
stärke. Worauf es schließlich ankommt, das ist, daß bei den
kommenden Landtagswahlen zwischen Fortschritt und Sozial-
demokratie Gegenseitigkeit geübt wird. Dafür sind wir von
Anfang an eingetreten, und wir können nur wiederholen, daß
uns hier der Schlüssel zu einer Verstärkung der Linken bei den
kommenden Landtagswahlen zu liegen scheint.

Daß die jetzt vom Preußentage angenommene Resolution
einem taktischen Zusammengehen zwischen Fortschrittler und
Sozialdemokraten nicht durchweg günstig sei, das haben wir
wiederholt ausgeführt, und wir brauchen es nicht zu wieder-
holen. Aber man darf auch nicht so weit gehen, zu behaupten,
daß sie eine solche taktische Verständigung geradezu verhin-
dert. Es kommt noch mehr als auf eine theoretische Reso-
lution auf ihre praktische Anwendung an. So viel wir sehen,
soll durch die angenommene Resolution nicht ausgeschlossen
werden, daß auch Ausnahmen zugelassen werden, wo ihre strikte
Durchführung sich als unmöglich erweist. Notwendig ist dabei,
daß auch der Fortschritt der Sozialdemokratie gegenüber Ent-
gegenkommen zeigt. Man darf erwarten, daß der Wille dazu,
der zweifellos vorhanden ist, sich auch in entsprechenden Taten
äußert. Geschieht es, dann wird zwar noch keine Garantie für
einen neuen Kurs in Preußen geschaffen sein — das ist unter
dem geltenden Dreiklassenwahlrecht ausgeschlossen — aber man
wird auf eine Ubalanz rechnen können, die stärker und ent-
schlossener als bisher dem Dreiklassenwahlrecht zu Leibe geht
und seine Befestigung auch gegen den Willen der heute noch in
Preußen allmächtigen reaktionären Kräfte erzwingt.“

Wir möchten zu dieser im übrigen ganz verständigen Auf-
fassung nur bemerken, daß doch für die Entkerikalisierung
der Volksschule und die Reform der inneren Verwaltung
genau dasselbe gilt, was das „Berliner Tageblatt“ für die
Wahlrechtsfrage selbst hervorhebt: daß nämlich auch hier die
reaktionäre Mehrheit, zu der hier auch die Natio-
nalliberalen gehören, einstweilen alle Trümmer in der Hand
hat. Eine wirkliche Hebung der Volksschule und eine Reform
der Verwaltung nach anderen Grundrissen als bestenfalls
denen des Herrn v. Jellitz ist erst denkbar bei einem
wesentlich umgestalteten Wahlrecht!

Die „Morgenpost“ bedauert natürlich gleichfalls, daß die
Sozialdemokraten es abgelehnt haben, auf selbständiges Vor-
gehen bei den Urwahlen zugunsten des Liberalismus zu ver-
zichten. Immerhin gibt sie ihrer Meinung dahin Ausdruck:
„Unbedingt wird gemeinhin innerhalb und außerhalb
Pions, und über den alten Aberglauben der immer noch nicht

ganz ausgeforderten älteren Freisinnsschule, daß die Sozialdemokraten sozusagen die natürliche Pflicht haben, die Freisinnigen herauszubauen, sind gar keine Worte zu verlieren. Vom Profit raucht der Schwefel, und um schöner Freisinnigen willen, selbst wenn sie weniger reaktionär umflort sind, als etwa Vidhoffs und Schepps Augen, braucht sich die Sozialdemokratie kein Bein auszureichen. Es ist ihr nicht zu verdenken, wenn sie nicht unbelohnt die fortschrittlichen Kämpfer aus dem Wahlfeld holen will und einen deren Uebersturz an Mandaten in die eigene Tasche zu stecken wünscht. Wir unsererseits haben ungezählte Male hervorgehoben, wie unbillig es ist, von der Sozialdemokratie eine Ausnahme von dem Naturgesetz zu verlangen, daß einem das Heind näher liegt als der Rod. Wir haben stets — und nicht ganz ohne Erfolg — den Freisinnigen zugeredet, den berechtigten Mandatsanspruch der Sozialdemokratie anzuerkennen; wir haben stets den Grundsatz „Leistung um Gegenleistung“ verteidigt; wir haben nicht weniger scharf als der Abg. Hirsch die Neugünstigkeit einerseits, die Annäherung andererseits in den Freisinnstreifen bekämpft; wir haben auch stets die Fortschrittler aufgefordert, bei der Auswahl der Wahlmänner auf Charakterfestigkeit und Unabhängigkeit zu achten. Aber wir haben auch stets vor einer Ueberspannung des an sich vollkommen richtigen Gegenseitigkeitsprinzips gewarnt.

Nach ihrer Gewohnheit überaus dummes Zeug produziert dagegen die „Germania“:

„Der sozialdemokratische „Preußentag“ ist heute zu Ende gegangen, nachdem die Resolution der Landeskommission bezüglich der Taktik bei den Landtagswahlen unverändert angenommen war, freilich erst, nachdem der Abg. Hirsch erklärt hatte, daß die Resolution in der Schärfe nicht gemeint sei, wie sie von den „Genossen“ Bernstein und anderen aufgefaßt wurde, so daß der Landeskommission „eine gewisse Bewegungsfreiheit“ gegeben sei. Die Resolution ist demnach lediglich ein Kaufschuldschein, auf das die sozialdemokratische Partei, die sonst auf ihre Grundsätze und auf ihre Disziplin so sehr zu pochen weiß, nicht gerade stolz sein kann. Die ganze Taktik der preussischen Sozialdemokratie löst sich danach in einen Wahlkaufhandel mit den Freisinnigen und den Nationalliberalen auf; es wurde auch die Resolution der „Genossen“ aus Schleswig-Holstein abgelehnt, welche die Unterstützung der Nationalliberalen ausschließen und gegenüber den Freisinnigen besondere Skatellen verlangen wollte. Der Wortlaut der Resolution hat daher gar keinen Wert, er ist nur Sand in die Augen der unentwegten „Genossen“, in Wirklichkeit aber nur ein Schritt auf dem Wege zum rosfarbenen Grobblock in Preußen.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. Januar 1913.

Wertlose Ablenkungen.

Wie es scheint, fürchtet man selbst in den Regierungskreisen eine schlechte Wirkung der allzu früh von der „Post“ ausgeplauderten Heeresvermehrungspläne und bemüht sich daher, die Angaben der „Post“ als nicht ganz zuverlässig und als übertrieben hinzustellen. Das Hirsch-Bureau erklärte noch gestern in vorgerückter Abendstunde die Meldung für unrichtig. Und ferner konnte am Donnerstag der „Berliner Lokalanzeiger“ in seiner Morgenausgabe schreiben:

„Soweit wir unterrichtet sind, dürften die Mitteilungen verfrüht sein. Daß ein Ergänzungsetat mit Forderungen zur Ausführung organisatorischer Lücken des Heereswesens kommen soll, ist bekannt. Dagegen ist es unzutreffend, daß dieser Nachtragsetat in seinen Einzelheiten schon feststehen soll. Man wird daher gut tun, abzuwarten, zu welcher endgültigen Gestaltung der Nachtragsetats die noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten führen werden.“

Auf dem gleichen Ton ist ein offizielles Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ gestimmt. Auch hier wird versichert, die Angaben der „Post“ seien verfrüht, in mehreren Punkten wahrscheinlich auch übertrieben. Um den Eindruck, den eine neue Militärvorlage gerade im gegenwärtigen Moment hervorrufen muß, in etwas abzuwachen, versichert weiter die „Kölnische Zeitung“:

„Jedenfalls möchten wir schon jetzt der Ansicht entgegen treten, als ob augenblickliche Bedürfnisse der auswärtigen Politik neue militärische Forderungen nötig machten. Mit der gegenwärtigen politischen Situation würden die Änderungen und organisatorischen Verbesserungen, die in Frage stehen, nichts zu tun haben.“

Einen eigentlichen Wert haben jedoch alle diese Bestreitungen nicht. Es kann kaum mehr daran gezweifelt werden, daß die Regierung schon in nächster Zeit eine Heeresvorlage im Reichstage einbringen wird, die im wesentlichen den Angaben der „Post“ entspricht. Ein neuer großer Wurf beginnt. Der Jubel der von den Gewehr-, Munitions- und Patronenlieferanten ausgehaltenen Presse zeigt deutlich, daß diese Herren die Mitteilungen der „Post“ für richtig halten und auf neue Reisenprofile rechnen.

Die Eröffnung des württembergischen Landtages.

Der Landtag ist heute vom König mit einer Thronrede eröffnet worden. Diese stellt zunächst den wohlgeordneten Zustand der Finanzen fest. Die Ausgaben für kulturelle und Wohlfahrtszwecke sind unablässig gestiegen. Durch die erfreuliche Weiterentwicklung des Verkehrs werden wieder bedeutende Aufwendungen verursacht. Als eine der vornehmsten Aufgaben bezeichnet die Thronrede die planmäßige Fortführung für alle Zweige des Unterrichts. Sie kündigt weiter an die Anpassung des Körperschafts-Beamten-Pensionsgesetzes an das staatliche Beamtenrecht, verbunden mit der Instandhaltung für die im Dienste verunglückten Körperschaftsbeamten, ferner eine Erweiterung des Beförderungsrechtes der Gemeinden, eine neue Beordnung, eine neue Ordnung der Gebäude-Brandversicherung und die Einführung eines Rechnungshofes. Zum Schluß spricht die Thronrede den Wunsch aus, daß unter den Segnungen des Friedens, der allein die Städte der Nation erholen könne, auch die Zukunft dem Volke in allen seinen Teilen Glück und Gedeihen bringe möge.

Ferner teilt das sozialdemokratische Pressebureau mit: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Württembergs hat sich konstituiert. Nachdem der bisherige Vorsitzende Tauscher wegen seines ungesunden Gesundheitszustandes gebeten hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen, wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Genosse Keil, zum ersten, Genosse Dr. Lindemann zum zweiten Vorsitzenden und Genosse Heymann zum Schriftführer gewählt.

Zur Frage der Beteiligung an der Eröffnung des Landtages wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Fraktion beteiligt sich an der Sitzung zur Eröffnung des Landtages als einem in der Verfassung vorgeschriebenen staatsrechtlichen Akt. Der Tradition der Partei und der Absicht der Fraktion entsprechend wird sie sich an der von den Mitgliedern der Ersten und den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranstalteten monarchischen Guldigung nicht beteiligen. Sie erklärt

sich damit einverstanden, daß die zu vereidigenden Fraktionsmitglieder den Eid am zweiten Sitzungstage leisten. (Bei der Eröffnung wird der Eid in die Hände des Königs, am zweiten Sitzungstage in die Hände des Alterspräsidenten abgelegt.) Alterspräsident der Zweiten Kammer ist Genosse Tauscher.

Württembergischer Staatshaushalt.

Dem württembergischen Landtage ist heute nach seiner Eröffnung der neue Hauptfinanzenetat zugegangen. Der Finanzminister bezeichnet den Abschluß des Etats nicht als ungünstig, da es sich habe ermöglichen lassen, trotz der erheblichen Mehrforderungen das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Voraussetzung sei hierbei allerdings, daß in der wirtschaftlichen Lage eine Verschlechterung nicht eintritt. Der Staatsbedarf beträgt für 1913 118 828 521 M., für 1914 121 692 658 M. Gegen den Etatsjah von 1912 ist das ein Mehr von 7,5 bezw. 10,2 Millionen. Die Einnahmen sind veranschlagt für 1913 auf 119 050 073 M., für 1914 auf 122 018 620 M., wovon 63,1 bezw. 64 Millionen auf die Landessteuern fallen. Die Steigerung der Einnahmen wurde insbesondere durch Einstellung höherer Erträge bei den Verkehrsanstalten und bei den direkten Steuern erreicht. Im ganzen ergibt sich ein Ueberschuß von 230 552 M. für 1913 und von 325 962 M. für 1914. Es müssen aber für außerordentliche Bedürfnisse der Verkehrsanstalten und für die Landeswasserabfuhr Anleihen im Gesamtbetrage von 42 Millionen ausgegeben werden, die mit je 21 Millionen auf die beiden Jahre 1913 und 1914 verteilt werden sollen.

Der elsass-lothringische Etat für 1913

schließt mit 7 588 622 M. ab und weist damit gegen das Vorjahr ein Mehr von zwei Millionen auf, die durch Verkauf von Staatsgut und die Höheransetzung von Steuererträgen gedeckt werden. Der Dispositionsfonds des Reichstatthalters ist um 30 000 Mark gekürzt. Der kaiserliche Gnadenfonds bleibt mit 100 000 M. unverändert. Um die Repräsentationskosten des Statthalters, die nach dem Beschluß des Landtages von 200 000 auf 100 000 M. reduziert werden sollten, wird sich wieder ein Kampf entspinnen, da die Regierung diese Position ungekürzt gelassen hat.

Das Fahnenband.

Gegen die Wahl des Genossen Dr. Oskar Cohn in Nordhausen ist bekanntlich ein Protest eingelaufen, in dem u. a. auch darin amtliche Wahlbeeinflussung erblickt wurde, daß der Hauptmann eines Kriegervereins erklärt hätte, wenn Cohn gewählt wird, erhält der Verein das ersehnte Fahnenband, sonst aber nicht. In einem jetzt beim Reichstage eingelaufenen Nachtrag zum Wahlprotokoll wird nun behauptet, das Versprechen sei erfüllt, im September sei das Fahnenband von der Behörde dem Kriegerverein verliehen worden.

Millionen-Geschenke!

Zu den Wunderlichkeiten der preussischen Steuerpolitik gehört die nach der Produktion berechnete Bergwerkssteuer. Diese Steuer wurde im Jahre 1906 außer Hebung gesetzt. Der Staat verzichtete, dem Drängen der Grubenbesitzer nachgebend, auf die Einnahme. Aber es erfolgte keine Aufhebung der Steuer, sie blieb also rechtswirksam. Manche Leute meinen, das sei geschicklich, um damit das Recht des Staates an den Bodenschätzen zum Ausdruck zu bringen. Aber nicht aus staatsrechtlichen Erwägungen ist die Aufhebung der Steuer unterblieben, sondern aus Rücksicht auf ein paar Privatpersonen. Aus bormärklichen Zeiten haben sich nämlich bei uns standesherrliche Privilegien der ehemaligen „Reichsunmittelbaren“ erhalten. Jedem der Staat nur die Steuererhebung aussetzte, blieb das Erhebungsrecht für einige Standesherrn bestehen. Es kommen hauptsächlich zwei Regalherren in Betracht: in Westfalen der klerikale Herzog von Arenberg, in Schlesien Graf Tiele-Windler. Diese Herren erheben die Bergwerkssteuern, auf die der Staat großmütig verzichtete, lustig weiter. Und da der Bergbau in stetiger Ausdehnung begriffen ist, steigt auch der Steuerbetrag von Jahr zu Jahr. Dem Herzog von Arenberg erbrachte sie im Jahre 1886 erst 379 M., im Jahre 1911 jedoch 1 480 950 M. In wenigen Jahren wird sie dem Herzoge mindestens 3 Millionen Mark jährlich in den Schoß werfen, denn gerade in „seiner“ Grafschaft Neudorf findet die stärkste Ausdehnung des westfälischen Bergbaues statt. Seit 1866 hat die herzogliche Familie aus den Bergwerksregalen bereits 17 1/2 Millionen Mark geschuldet. Eine besondere Ironie liegt darin, daß der Staat, der selber keine Bergwerkssteuer erhebt, als Bergbauteilhaber an die privaten Regalherren Steuern bezahlen muß. Die Gesamtsteuer für die Arenberge und der Anteil des Grafen daran betrug in den letzten drei Jahren:

1909 Fiskus:	124 397 M.	Gesamtsteuer:	1 378 429 M.
1910	156 547		1 427 005
1911	190 188		1 480 950

Für anständige Löhne langt angeblich die Betriebseinnahme nicht, wohl aber für Millionengeschenke an ganz überflüssige Herzöge.

Eine sozialdemokratische Gegenbewegung in der „Jesuitenfrage“.

Die „Post“ und ähnlich einige andere bürgerliche Blätter bringen in Anknüpfung an eine am 5. Januar in Köln abgehaltene Versammlung, in der die Reichstagsabgeordneten Hofrichter und Erdmann über die Jesuitenfrage redeten, die Mitteilung, daß die rheinische Sozialdemokratie eine Gegenbewegung gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes plane. Die Mitteilung ist unrichtig. Beide Redner haben sich in entscheidender Weise für die Aufhebung des Jesuitengesetzes ausgesprochen und die Versammlung hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Sozialdemokratie wird getreu ihrer Tradition und ihrer Gegnerschaft gegen alle Ausnahmemaße selbstverständlich auch in Zukunft für die völlige Aufhebung des Jesuitengesetzes eintreten.“ Die Redner haben sich nur gegen die jetzige Behandlung der Frage durch das Zentrum gewandt und in diesem Sinne redet die Resolution von einer „aus listiger Verechnung hervorgegangenen Rache“.

Die Parade der schlesischen Landwirtsbündler

wurde am Montag und Dienstag in Breslau durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, den schlesischen Ober-Agrarier aus dem Winkel im Beisein von dem Redakteur und Dichter Dertel und den übrigen Provinzial-Hauptlingen abgenommen. Von den übrigen Ober-Agrariern war niemand anwesend. Selbst Heydebrand fehlte. Dafür ging Dertel, der bekanntlich vorläufig noch den schlesischen Wahlkreis Oberg-Ramelsau im Reichstag vertritt, mit der äußeren und inneren Politik der Regierung und den linksstehenden Parteien „scharf ins Zeug“. Mit beifolgendem Spott wurde von der Golly von ihm übergoßen, weil er in einem „jüdischen“ Wiener Blatt die türkische Armee gelobt hat. Dem Nachfolger des Herrn von Aiderlen-Waechter wünschte Herr Dertel einen harten Stoß und etwas von der Bismarckschen Gewaltpolitik. Aus dem Balkankrieg hat er nur das eine gelernt, daß das deutsche Volk wehrhaft bleiben muß, also rüsten muß. Deshalb forderte er nicht nur für jedes Regiment eine Maschinen-gewehr-Abteilung, sondern auch, daß die aus den vierten

Bataillonen gebildeten sogenannten kleinen Regimenter auf drei Bataillone gebracht werden usw. usw.

Die innere politische Lage ist nach Herrn Dertel unhaltbar. Er zieht deshalb einen christlichen Krieg einem künftigen Frieden vor. Etel empfinde er vor den Liberalen und Nationalliberalen, besonders aber vor den Sozialdemokraten. Wenn er zu der Zeit, als der Sozialdemokrat Scheidemann den Kaiser im Reichstage beschimpft hätte, Kanzler gewesen wäre, dann wäre er nicht aus dem Reichstage gelaufen, sondern hätte Scheidemann gefaßt, was diesem Menschen gebühre. Der Regierung stelle er folgende Forderung an: In den Grundfragen „gut, bisweilen vorzüglich“, in der Ausführung „mangelhaft, zum Teil schlecht“. Wiederholt habe die Regierung gegen ihre eigenen Grundzüge gehandelt, namentlich was die Behandlung der Sozialdemokratie und den Schutz der Arbeitswilligen anbetreffe. Auch bei der Reichs- und Erbschaftsteuer habe die Regierung gegen ihre eigenen Grundzüge gehandelt. Mit einem Hinweis auf die Jahrhundertfeier wurde die Versammlung geschlossen.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Wahlrechtskampf der ungarischen Arbeiterschaft.

Budapest, 9. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine Vertrauensmännerkonferenz der hauptstädtischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beschloß einstimmig, dem außerordentlichen Parteitag eine Resolution vorzulegen, die den allgemeinen Streik während der Verhandlung der Wahlreform im Reichstage fordert. Die Budapester Parteigänge bringen an der Spitze des Blattes einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft, durch den der allgemeine Streik nicht nur für die hauptstädtischen Arbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterschaft des ganzen Landes für notwendig erklärt wird. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, die Agitation sofort zu beginnen und für den Streik einen Sparpfennig zurückzulegen, da der Streik voraussichtlich längere Zeit dauern werde.

Am Mittwoch fand in Budapest eine Arbeitlosenversammlung statt, an der nahezu 10 000 Menschen teilnahmen. Die Versammlung demonstrierte auch gegen das geplante Wahlrecht, da ein Paragraph in diesem Gesetz die Arbeitlosen entrechtet.

Die „Nepszava“ sollte sich am Mittwoch vor dem Geschworenengericht wegen mehrerer Artikel verantworten, in denen Tisza und Lukacs scharf angegriffen wurden. Da die letzten Prozeßprozeduren, insbesondere der Prozeß Julius Kovacs, mit einem Freispruch endeten, lehnte es die Staatsanwaltschaft ab, die Prozeßprozeduren vor den Geschworenen zu verhandeln und zog in letzter Minute die Anklagen gegen die „Nepszava“ zurück.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Hoheisenproduktion.

Die beiden größten Eisenproduzenten der Erde, die Italien und Deutschland, liefern dem Weltmarkt weit mehr als die Hälfte des gesamten Hoheisenbedarfs. Fast bis auf die Hälfte der Hoheisenproduktion kommt man auch, wenn man die Produktion Deutschlands, Englands und Frankreichs zusammenfaßt. Wie man aber auch die Zifferreihe betrachtet, immer ist das Ergebnis, daß der verhältnismäßige Anteil Deutschlands an der Eisengewinnung der Welt sehr kräftig wächst. Eine Entwicklung in diesem Sinn läßt sich nun schon durch zwei Jahrzehnte hin verfolgen:

Jahr	Weltproduktion 1000 Tonnen	Deutsche Erzeugung in 1000 Tonnen	Prozentualer Anteil Deutschlands
1891	25,801	4,641	17,9
1901	40,804	7,880	19,3
1906	65,188	12,293	18,8
1910	86,200	14,704	22,3
1911	83,550	15,557	24,5

Die deutsche Hoheisenproduktion hat im Jahre 1912 einen kräftigen Schritt in der Weltwirtschaft vorwärts getan. Nach den jüngst publizierten Nachweisen wuchs die Eisenerzeugung in den deutschen Hochöfen einschließlich Luxemburgs im Jahre 1912 auf 17 852 571 Tonnen; das bedeutet gegen das vorjährige Resultat eine Steigerung um 14,7 Proz. Unter diesen Umständen gewinnt die Frage an Interesse, wie die britische Eisengewinnung, vor allem auch, wie die Produktion der Vereinigten Staaten in der jüngsten Vergangenheit sich entwickelt hat. Der Anteil Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion stellte sich jeweils auf folgende Prozentsätze:

Jahr	Großbritannien	Vereinigte Staaten
1891	29,2	32,6
1901	19,7	39,5
1906	15,9	30,4
1910	15,4	41,9
1911	15,7	37,8

Also Großbritanniens Hoheisenindustrie verliert in der internationalen Wirtschaft fast unaufhörlich an Bedeutung; schon Mitte der neunziger Jahre mußte England den zweiten Platz an Deutschland abgeben und hat ihn zweifellos für immer verloren.

Reichsbank.

Der letzte Ausweis der Deutschen Reichsbank vom 7. Januar zeigt zwar gegen Ende Dezember eine erhebliche Besserung des Kontos, aber gegen den Anfang des Vorjahres ist die Reichsbank noch immer erheblich stärker belastet. Die Steuerpflicht der (ungedeckten) Noten betrug 555 Millionen gegen 330 Millionen im Jahre 1912. Der Betrag der angegebenen Noten steht um 228 Millionen höher als Anfang Januar 1912.

Der englische Außenhandel im Jahre 1912.

Die Gesamtsumme des englischen Imports und Exports im Jahre 1912 stellt einen Rekord dar. Zum ersten Male erreichte der Import 700 Millionen Pfund Sterling, d. h. ungefähr 14 Milliarden Mark. Der Gesamtimport betrug im Jahre 1911 680 Millionen Pfund Sterling, im Jahre 1912 745 Millionen, er hatte also einen Zuwachs von 65 Millionen zu verzeichnen. Der Export erreichte im Jahre 1911 die Summe von 454 Mill., im Jahre 1912 487 Mill., die Zunahme betrug 33 Millionen Pfund Sterling. Während der Export von Fabrikaten um 23 Millionen Pfund zunahm, erhöhte sich gleichzeitig auch die Einfuhr, an der Deutschland hervorragend beteiligt ist, um nahezu 20 Millionen Pfund Sterling. Wenn trotzdem, wie schreibt der „Globe“, jährlich ungefähr 250 000 Engländer, hauptsächlich aus den arbeitenden Klassen, auswandern, so muß im hiesigen System Englands manches nicht in Ordnung sein. Die Löhne fallen tatsächlich, und die „Daily News“ behaupten, daß der Arbeiter in England heute schlechter daran ist, als vor neun Jahren. Der Lebensunterhalt ist so teuer geworden, daß die scheinbare Verbesserung der Löhne dadurch illusorisch wird. Der englische Arbeiter hat keinen Vorteil von der Verbesserung der Handelsbilanzen.

Elektrifizierung amerikanischer Bahnen. Auch in Nordamerika beginnt man, den elektrischen Betrieb für Eisenbahnen einzuführen. Als eine der ersten Gesellschaften will die Chicago, Milwaukee and St. Paul Railway Co. auf 450 Meilen ihres Besizes den elektrischen Strom verwenden, und zwar auf der Hauptstrecke Chicago—Milwaukee—Pouepound.

Gewerkchaftliches.

Der Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaftsbewegung.

Das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat soeben durch den Genossen Legien einen Aufruf zur Unterstützung der Gewerkschaften in Serbien und Bulgarien erlassen, damit diesen ermöglicht wird weiter zu bestehen, ihre Gewerkschaftshäuser, ihre Presse zu erhalten und ferner die vom Kriege hart betroffenen Familien der Mitglieder zu unterstützen. In seiner Begründung des Unterstützungsgesuches weist der Genosse Pawlowitsch-Belgrad darauf hin, daß die Arbeit vieler Jahre verloren sein wird, wenn keine Hilfe kommt. Ungehobene Anforderungen werden gerade jetzt an die Gewerkschaften gestellt, während ihre Einnahmequellen vollständig versiegt sind. Der Genosse Dimitroff, der Sekretär einer bulgarischen Zentrale, berichtet des längeren über die Wirkungen des Krieges. Seine Ausführungen sind für alle Arbeiter lehrreich und seien in Uebersetzung hier wiedergegeben:

„Zu meinem großen Bedauern kann ich wegen der strengen Zensur, die sich auch auf die Privatkorrespondenz ausdehnt, meinen Genossen im Ausland nicht mit jenen Details dienen, die nötig wären, um ein völlig klares Bild über unsere Lage zu geben. Deshalb kann ich auch noch nicht über die Folgen schreiben, die der Krieg den kämpfenden Proletariern auf dem Balkan möglicherweise bringt.“

Am 30. September wurde die Mobilisierung angeordnet und am 18. Oktober begann der Krieg gegen die Türkei. Wer gebiet hatte und noch keine 46 Jahre alt war, mußte sofort ausrücken. Auch jene Reserveen wurden einberufen, die sich sonst erst im nächsten Jahre hätten stellen müssen. Vom männlichen Geschlecht wurden zur Militärdienstleistung nur jene nicht einberufen, die unter 18 Jahren oder zu alt zum Arbeiten waren. Die Angestellten und Arbeiter der Post, Telegraphen und Telefonanstalten, der Eisenbahnen und einiger Bergwerke wurden militärisiert, damit sie zur Arbeit gezwungen werden konnten.

Seit Beginn der Mobilisierung ruht jede Produktion. Nur für die Bedürfnisse der Armee wird noch gearbeitet. Sämtliche Schneider, Schuhmacher, Tischler und Schmiede, die nicht eingezogen sind, sowie auch Arbeiterinnen (!) sind verpflichtet, in den Werkstätten der Armeelieferungskommissionen ohne Bezahlung, nur für die Kost, zu arbeiten. . . . In verschiedenen Städten wurden die Lokalitäten der Arbeiterorganisationen ganz einfach in Werkstätten für Militärbehörden, in Magazine und Lazarett umgewandelt.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über Presse und Privatkorrespondenz (!) angeordnet. Alle Versammlungen wurden verboten, unsere Partei- und Gewerkschaftsblätter von der Behörde suspendiert, damit ja nicht die von den Bürgerlichen gemachte „patriotische“ Stimmung getrübt werde. Unter solchen Umständen ist die alte Tätigkeit unserer Gewerkschaften völlig unterbrochen. Sie können ihren Aufgaben um so weniger gerecht werden, als von den 10 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften höchstens 500 — mit Ausnahme der Post-, u. Angeestellten — zu Hause geblieben sind, und die sind arbeits- und verdienstlos. . . .“

Den Gewerkschaften fällt jetzt die Aufgabe zu, die Organisten zu unterstützen sowie jene, deren Männer und Söhne auf dem Schlachtfeld gefandt wurden. Unbeschreiblich sind die Verzweiflung, das Elend, in dem unsere Arbeiter und ihre Familien jetzt dahinsinken. Dabei wird ihr Los immer härter, sowohl durch die außerordentliche Teuerung aller Lebensmittel wie auch durch den unerhittlichen Winter. Nur einige Angaben, um darzutun, in welcher unheimlicher Art man die Arbeiterfamilien plündert, während ihre Ernährer auf dem Schlachtfelde die Geschäfte der Prozentpatrioten besorgen und ihr Blut vergießen müssen: Ein Sad Mehl, der vor der Mobilisierung für 20 Kr. (für 75 Kilo) verkauft wurde, kostet heute 95 und 40 Kr. In gleichem Maße stiegen die Preise aller anderen Bedürfnisse. In einzelnen Gemeindevorteilungen ist es durch die Intervention der sozialistischen Mitglieder gelungen, einige Selbsterhaltungen für die notleidenden Familien zu erwirken. So wurden in Sofia 50 000, in Varna 50 000, in Blodiv 30 000 Kr. bewilligt. Natürlich sind solche Unterstützungen völlig ungenügend, schon weil der größte Teil davon gar nicht zu jenen gelangt, für welche das Geld bewilligt wurde.

Die Gewerkschaften sind daher gezwungen, jene Mitglieder und Familien von Mitgliedern selbst zu unterstützen, denen die Gemeinde eine Unterstützung verweigerte. Ingesamt befinden die Gewerkschaften 30 000 Kr. Das aber war zur Linderung der Not kaum mehr wie ein Tropfen. Ohne Beihilfe der Genossen im Auslande sind wir daher außerstande, unsere Aufgabe weiter zu erfüllen.

Die Notwendigkeit, Geldmittel zu diesen Zwecken zu beschaffen, wird täglich größer, schon darum, weil man auf dem Schlachtfelde Hunderte von solchen Verwundeten aufweist, die Mitglieder unserer Gewerkschaften sind und für die wir etwas tun müssen. Die ärztliche Hilfe, mit der sie bedacht werden, ist absolut ungenügend. Mag der gegenwärtige Krieg enden wie er will, so viel ist jedenfalls sicher, daß unsere Arbeiterbewegung eine außerordentliche Erschütterung erlitten und große Opfer bringen muß. In diesen schweren Zeiten und in den über uns kommenden noch schwereren Tagen haben wir nur den einen Trost und die Hoffnung, daß wir auf die mächtige Unterstützung des internationalen Proletariats rechnen dürfen.“

Berlin und Umgegend.

Bildhauer! Der Streik der Bildhauer bei der Firma Simbel u. Friedrichsen währt nun schon über 10 Wochen, trotzdem ist ein Ende desselben heute noch nicht abzusehen. Es handelt sich um die Forderung der Gehilfen, den Werkführer Gallasch von der Leitung der Bildhauerwerkstatt zu entheben, da seine Art der Arbeit sowie seine persönlichen Eigenschaften und die ganz besonders schroffe Behandlung ihn nach den bisherigen Erfahrungen durchaus nicht zu einem Werkführer qualifizieren, noch dazu in einem Hause, das als eins der besten in Deutschland bezeichnet werden muß. Bereits vor circa 8 Jahren, kurze Zeit nach dem Austritt seines Vaters, begannen Differenzen, die nach kläglichem Streik durch Verhandlungen beigelegt wurden und sich seitdem ständig wiederholt haben, so daß die dort beschäftigten 28 Kollegen Mitte Oktober der Firma durch die Organisation die obengenannte Forderung unterbreiteten, gleichzeitig um eine persönliche Aussprache über die Differenzen ersuchend. Aus dem erst nach mehreren Tagen einlaufenden Schreiben der Firma war zu entnehmen, daß die Chefs über die eigentlichen Ursachen im unklaren waren; gleichzeitig war bemerkt, daß Verhandlungen in den nächsten Tagen nicht möglich seien, da die Chefs dringend berufen müßten. Die Kollegen sahen hierin die Absicht, die Verhandlungen solange hinauszuführen, bis die dringenden Arbeiten fertiggestellt wären und legten daher, als auf ein neues Schreiben

unsererseits keine Antwort der Firma erfolgte, am 26. Oktober die Arbeit nieder.

Wenn auch zugestanden wird, daß die Chefs durch Arbeiten stark in Anspruch genommen sind, so müßte doch die Zeit zur Information bei einer so wichtigen Frage unbedingt übrig sein. Das hatten auch die Gehilfen erwartet, da bisher alle Differenzen, die ja in keinem Betriebe ausbleiben, durch eine Aussprache erledigt wurden. Die Arbeiter werden von Kleinmeistern fertiggestellt, über die Herr Gallasch sonst nicht gerade liebenswürdig urteilt. Er scheint auch an den Arbeiten keine große Freude zu haben, denn nach seinen eigenen Worten war es ein „furchtlicher Müß“ und „Klogig teuer“. Vielleicht weiß er jetzt eingearbeitete und tüchtige Gehilfen zu schöpfen und werden wir daher den Streik solange fortsetzen, bis eine befriedigende Lösung erreicht ist. Im Streik stehen noch 21 Kollegen; 7 Kollegen, die erst kurze Zeit bei der Firma arbeiten, sind anderweitig in Arbeit getreten. Leider haben sich doch einige Bildhauer gefunden, die bei dem Bildhauer Westphahl, Wilmstr. 56, Streikarbeit anfertigen. Es sind dies die Gehilfen Fongler, Kochorg, Lügenburger, Kochow, Reichelt und Witten, außerdem noch einige Kleinmeister. Zentralverein der Bildhauer. Verwaltung Berlin.

Achtung, Tabakarbeiter! Da der Zigarrenfabrikant Vornkessel, NW., Waldstraße 39, seinen Arbeiterinnen zumute, billiger zu arbeiten als es der geltende Tarif besagt, so ist seitens des Herrn Vornkessel der Tarif durchbrochen worden. Die Arbeiterinnen lehnten die Zumutung ab und wurden darauf entlassen. Der Betrieb von Vornkessel ist gesperrt.

Der Zigarrenfabrikant Pflug, Reimendorfer Straße 71 I, hat den geltenden Lohnsatz ebenfalls durchbrochen. Der Betrieb ist gleichfalls gesperrt.

Arbeiter, Raucher! Kauft nur dort euren Bedarf an Zigarren ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist. Hebt Solidarität!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Nachdem am ersten Verhandlungstage die Forderungen beiderseits ausgetauscht worden waren, von denen die der Unternehmer wesentliche Verschlechterungen gegenüber den jetzigen Bestimmungen des Reichstarifvertrages enthalten und der Gehilfenorganisation das Recht eingeräumt wird, mit anderen Unternehmerorganisationen korporativ besondere Verträge abzuschließen, forderten die Gehilfen am Donnerstag eine bestimmte Erklärung über die Stellung des Arbeitgeberverbandes zur Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Erklärung, welche die Unternehmer gleich nach Eröffnung der Sitzung abgaben, lautet:

„Wir haben die Forderungen der Arbeitnehmer geprüft und sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß auf die Lohnforderungen des freien Verbandes wegen der enormen Höhe (teilweise bis zu 40 Proz.) ein Angebot nicht gemacht werden kann.“

Wenngleich die Forderungen des christlichen und kirchlichen Dunderbüchsen Verbandes mäßiger sind, so wird in denselben die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Malergewerbes völlig verkannt, so daß sie die Grundlage für eine Verhandlung ebenfalls nicht bilden können. Es kommt hinzu, daß uns die Lohnforderungen erst am 8. Januar bei Beginn der Verhandlungen zur Kenntnis gelangt, unsere Mitglieder im Lande auf die Forderungen nicht vorbereitet und die Preisangebote für den größten Teil des folgenden Geschäftsjahres bereits abgegeben sind. Vertragmäßig hätten die Forderungen uns bereits am 15. August zur Kenntnis gebracht werden müssen; wir können unseren Mitgliedern erst die Lohnforderungen vorlegen, wenn der endgültige Wortlaut des Vertragschemas feststeht, um so mehr, weil in den vorliegenden Anträgen eine Reihe weiterer schwerwiegender finanzieller Belastungen der Arbeitgeber gefordert werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit müssen wir gegenwärtig ablehnen, weil der dadurch herbeigeführte Lohnausfall für die Arbeitnehmer so groß wäre, daß nur durch eine bedeutende Lohnerhöhung ein Ausgleich geschaffen würde. Im Baugewerbe sind zum Teil bedeutend längere Arbeitszeiten; wir können deshalb unseren Mitgliedern, die zum größten Teil in engerer Fühlung mit dem Baugewerbe arbeiten, erst dann eine Verkürzung empfehlen, wenn dasselbe eine einheitliche Arbeitszeitverkürzung eingeführt hat.“

Nach eingehender Beratung beantworteten die Vertreter der Gehilfenorganisationen diese Erklärung wie folgt:

„Aus der Erklärung der Arbeitgeber entnehmen wir, daß sie den Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeiten vollständig ablehnend gegenüberstehen. Die von den Arbeitgebern angeführten Gründe können uns von der Forderung auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung nicht abbringen, vielmehr haben wir die Ueberzeugung, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse geradezu auf eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeitnehmer im Malergewerbe drängen. Der Einwand der Arbeitgeber, daß die Forderungen bereits am 15. August 1912 von den Arbeitnehmerorganisationen ihnen hätten eingereicht sein müssen, ist formell unbegründet. Zur Erfüllung der im § 12 des R.T.V. enthaltenen Bedingungen waren wir jederzeit bereit und haben dies auch durch Schreiben Anfang November dem Arbeitgeberverband zur Kenntnis gebracht. Der Erklärung der Arbeitgeber, daß sie die Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung ihren Mitgliedern erst unterbreiten können, wenn das Vertragsmuster endgültig feststeht, entnehmen wir, daß sie keine Vollmacht besitzen, über diese Fragen zu verhandeln. Wir betrachten die Festsetzung der zukünftigen Höhe der Löhne und der Dauer der Arbeitszeiten als so wesentliche Bestandteile des gesamten Vertrages, daß sie nur im Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen geregelt werden kann.“

Damit waren die Verhandlungen in ein kritisches Stadium gelangt. Die Gehilfenvertreter betonten mit Nachdruck, daß ihnen mit einem leeren Tarifschema nicht gedient sei, wenn nicht zugleich im Zusammenhang damit auch über die wichtigsten Tariffragen, die Fragen der Lohnhöhe und der Dauer der Arbeitszeit abschließend verhandelt würde. Sie hielten jedes weitere Verhandeln für untunlich, wenn nicht mindestens ein Angebot der Unternehmer über diese Forderungen gemacht werde. Nach langen Auseinandersetzungen gaben die Unternehmer ihren strikten ablehnenden Standpunkt auf und erklärten sich bereit, über tarifliche Lohnerhöhungen zu verhandeln und ihren Mitgliedern solche zu empfehlen. Auch wollen sie für einzelne Orte über Arbeitszeitverkürzung verhandeln und deren Notwendigkeit prüfen. Ferner sollen, dem Antrage der Gehilfenvertreter entsprechend, nunmehr die Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit gleichzeitig und im Zusammenhang mit den übrigen Tarifbestimmungen verhandelt werden.

Hiermit waren die Parteien einverstanden. Die Verhandlungen wurden auf Freitag vertagt.

Die christliche Arbeitswilligenvermittlung geht weiter.

Bei der Firma Fonglet in Hilden bei Düsseldorf, wo die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes im Streik stehen, sind 8 Ausgeperrte aus Wenden i. B. in Arbeit getreten. Es ist nachgemeldet, daß die Leute vom christlichen Metallarbeiterverband als Arbeitswillige vermittelt worden sind. Der zweite Lokalbeamte der Christlichen in Düsseldorf, Groß, hat die Leute persönlich unter dem Schutz von Polizisten und Gendarmen nach dem betriebligen Betrieb gebracht. Die Wendenen Ausgeperrten, die nach Stuttgart geschickt worden waren, haben, mit einer Ausnahme, die Arbeit in der „Sanitaria“ niedergelegt, als sie sich davon überzeugt hatten, daß sie Streikbruch begehen sollten. Den einen, der in der „Sanitaria“ blieb, nannten sie Judas und Verräter. Auf dem Bureau des deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart, wo man ihnen eine Unterstützung für die Rückreise gab, erklärten sie, sie hätten nichts davon gewußt, daß in der „Sanitaria“ Streik sei.

Ausland.

Der Streik der Londoner Taxameterführer.

London, 7. Januar 1913. (Eig. Ber.) Der Kampf der Taxameterführer dauert unverändert fort und ein fröhliches Ende ist nicht voranzusehen. Wegen 12 000 Arbeiter, die Hälfte davon Hilfsarbeiter, wie Wagenpuffer usw., ferner Rechanter, sind direkt von dem Streik betroffen, der auch indirekt anderen Berufen seine Wirkung fühlbar macht. Streikbrecher gibt es sehr wenige. Die Arbeiter sind gut organisiert und werden von den arbeitenden Kollegen, die ihre eigenen Wagen besitzen oder für kleinere Firmen arbeiten, die dem Verband der Arbeitgeber nicht angeschlossen sind, wirksam unterstützt. Die feststehenden Taxameterführer zahlen täglich 2 Schilling in die Streikkasse und erlauben den streikenden Kollegen, nachdem sie selbst genug verdient haben, für den bisher üblichen Bedingungen ihre Wagen auszufahren, damit wenigstens ein Teil der Streikenden etwas verdienen kann und die Streikkasse nicht in Anspruch zu nehmen braucht.

Wie der Kampf enden wird, ist schwer voranzusehen. Das Publikum fühlt die Abwesenheit der 6000 Taxameter kaum; es stehen ihm zu viele andere Beförderungsmittel zur Verfügung. Es ist heute ganz klar, daß es in London zu viel Taxameterdroschken gibt. Das geht auch aus den Angaben hervor, daß in manchen anderen englischen Großstädten die tägliche Bruttocinnahme eines Taxameters doppelt so hoch ist als in London. Dieser Punkt spielt zweifellos eine große Rolle in dem Streik, in dem jede Partei die Schuld auf die andere wälzen möchte. Es zeigen sich heute die Resultate des Gründungsfehlers, das eine Taxametergesellschaft nach der anderen entstehen ließ und den Markt zu Ruhen und Krawallen der Gründer mit Fahrzeugen überfüllte. Manche versichern auch, daß bei dieser Ueberfüllung des Marktes die Pflicht mitspielt, durch eine Einschränkung der Erwerbsmöglichkeit die kleinen Besitzer von der Straße zu verdrängen. Tatsache ist, daß kaum eine der größeren Gesellschaften Dividende zahlt. Das ist natürlich kein Grund, weshalb ihre Arbeiter umsonst arbeiten sollen; es wäre vielmehr ein zwingender Grund für die Gesellschaften, eine Sanierung ihrer Finanzen vorzunehmen. Aber es liefert den Unternehmern doch die plausible klingende Ausrede, daß sie die Preissteigerung des Benzins nicht tragen können. Auf der anderen Seite versichern die Benzinlieferanten, daß der Preis des Benzins wegen des ungeheuer gestiegenen Bedarfs in die Höhe gegangen sei, was natürlich nur eine kapitalistische Weichschönung der Operationen des Benzinmonopols ist. Der Preis des Benzins ist seit dem Abschluß des Vertrages zwischen den Taxameterführern und den Taxametergesellschaften um nicht weniger als 63 Proz. gestiegen.

Unter den Anregungen zur Lösung der schwierigen Frage finden sich Vorschläge über die Verwendung anderer Brennstoffe und die Ausdehnung des Eigentümersystems. Die „Times“ kommen heute darauf zu sprechen, daß die Zahl der Taxameterführer, die ihre eigenen Wagen besitzen, immer mehr wachse. Augenblicklich gibt es gegen 2000. Sie benutzen die Gelegenheit zu einem der periodisch wiederkehrenden bisshen Ausfälle gegen Karl Marx, dessen Theorien durch diese Erscheinung über den Haufen geworfen werden sollen. Sie vergessen jedoch, darauf hinzuweisen, daß die auf der Grundlage des Genossenschaftsbaus oder des Abzahlungsbaus entstehenden Einzelgüter nur deshalb florieren können, weil die großen Gesellschaften finanziell faul sind, weil die Gründer die Sache schon im voraus abgekauft haben, und daß sich auf den Trümmern der jetzigen Gebäude höchwahrscheinlich das alleinherrschende Monopol aufbauen wird. Und dann, was nützt den Einzelbesitzern ihre Selbständigkeit, wenn ihnen das Finanzkapital jederzeit in Gestalt des Benzinmonopols den Daumen auf die Kehle legen kann?

Aus der Frauenbewegung.

Das politische Recht der Frauen.

Der § 30 des österreichischen Vereinsgesetzes, der Ausländer, Minderjährige und Frauen ausnimmt, von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt, soll endlich fallen.

In der Nacht vom 28. auf den 29. Dezember hat das Abgeordnetenhaus die Novelle zum Vereinsgesetz angenommen, die den Ausschluß der Frauen von politischen Vereinen nicht mehr kennt. Mit einer großen Demonstrationssammlung der Wiener Genossinnen im April 1911 setzte der Kampf gegen den § 30 ein, der in Versammlungen und im Parlament von der Sozialdemokratie lebhaft fortgeführt wurde. Im Verlauf der parlamentarischen Kampagne erklärte ein „deutschradikaler“ Abgeordneter, daß ihm die Frauenbewegung die „schreckliche“ aller Bewegungen ist. Democh beschloß das Abgeordnetenhaus die Gleichstellung der Frauen durchzuführen. Das geschah im Frühjahr 1911, knapp vor der Auflösung des Parlaments. Also bleiben die „Frauenpersonen“ auch weiter von den politischen Vereinen ausgeschlossen. Im neugewählten Parlament unterbreitete die Regierung eine Novelle zum Vereinsgesetz; neben manchen Bestimmungen, gegen die die sozialdemokratischen Abgeordneten kämpften, enthält sie die Gleichberechtigung der Frauen. Freilich ist es im allgemeinen schlimm genug, daß erst Einundzwanzigjährige bürden politischen Vereinen angehören. Das trifft die männlichen Staatsbürger ebenso wie die weiblichen. Der Fortschritt, den die Regierungsnovelle bringt, besteht also vor allem darin, daß die Frauen nicht mehr schlechter behandelt, nicht mehr minder gewertet werden, als die Männer. Darin hat die Forderung der sozialdemokratischen Frauen einen Sieg errungen. Wenn der Parteitag so beschloffen haben wird, werden nun die Genossinnen denselben politischen Vereinen angehören können, wie die Genossen. Die Genossinnen werden das neue Recht natürlich genau so ausnützen, wie die Genossen: zum Kampf gegen alle anderen sozialen und politischen Einschränkungen und zum verstärkten Kampf um das Frauenwahlrecht.

Das Herrenhaus hat noch zu sprechen. Da die angeordnete Novelle eine Regierungsvorlage ist, dürfte auch diese zur Verurteilung der vom Volke gewählten Abgeordneten vorhandene Körperkraft gegen die Gleichberechtigung der Frauen keine Verwendung erheben.

Letzte Nachrichten.

Die Türkei will nicht nachgeben.

Konstantinopel, 9. Januar. (Meldung des Wiener I. E. Telegraphenkorrespondenzbureaus.) Die Bforte hat an ihre Botidaster im Auslande eine Firmlarnote gerichtet, worin diese verständigt werden, daß, falls die Balkandelegierten nicht bis Ende der Woche die Friedensvorschläge der Türkei annehmen, die ottomanischen Delegierten unverzüglich aufgefordert werden würden, nach Konstantinopel zurückzukehren. Die Bforte sei fest entschlossen, ihren Standpunkt hinsichtlich Adrianopels und der Inseln aufrechtzuerhalten, weil die Zugeständnisse bereits die äußerste Grenze erreicht hätten.

Das Eingreifen der Vörschaffterkonferenz.

Konstantinopel, 9. Januar. (B. Z. B.) Die Vörschaffter der Großmächte sind heute zu einer Besprechung zusammengetreten, die sich mit der beabsichtigten Mitteilung an die Bforte beschäftigt und harmonisch verlaufen ist. Ueber das Resultat wird Stillschweigen beobachtet.

Ein schwerer Unfall bei Schießübungen.

Southend, 9. Januar. (B. Z. B.) Bei Versuchen, die am Nachmittag in Shoeburyness mit einem großkalibrigen Geschütz vorgenommen wurden, erregnete sich ein Unfall, bei dem ein Kanonier getötet und der Hauptmann Treher sowie zwei Kanoniere schwer verletzt wurden.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 3. Berlin Rochet 10.-; Stettin f. Vinnenhoff 118.20; 4. Weiningen I 1. Du. 125.70; 5. Ganan-Weinhäuser I. Du. 1811.20; 6. Köln Reg. B. 20.-; Höchst-Uffingen a Konto 1000.-; 7. Württemberg f. 11 Ar. I. Du. (Gannstatt 1274.70; Wöblingen 278.16; Eßlingen 718.07; Calto 167.08; Vödingen 226.88; Traillheim 11.52; Nalen 89.08; Nim 261.09; Flaubert 29.28; Eberbach 83.88; Heßlingen 4. Du. 8.64; 1. Du. 7.28) Sa. 3144.93; 9. Berlin Kranzüberlauf v. d. Holl. d. Ba. Bestendary u. Pieper 7.80; 10. Falkenberg O/S A. 2. 8.-; 11. Veg. Oberhieslen f. 9 Ar. I. Du. (Streußburg-Rosenberg 5.76; Oppeln 12.24; Coln-Großhieding 9.86; Gleiwitz-Subitny 30.80; Bentzen-Tarnow 106.62; Rattowig-Jabrze 84.68; Pleh-Mybnid 9.-; Ratibor 24.-; Leobisch 6.96) Sa. 289.17; Veg. Oberhieslen f. Vinnenhoff 85.55; 13. Borna, 14. f. d. Ar. a Konto 250.-; 14. C. D. Syd 20.-; v. Holl. d. Kunstschlosserei Wille, Neutöln 4.80; 16. Salzwedel-Gardelegen, 1. Du. 401.65; Halberstadt-Obersterlein, 1. Du. 589.11; 12. f. d. Ar. a Konto 1000.-; 17. Veg. Ostf. f. 6 Ar. I. Du. (Grünberg 106.88; Sagan 183.68; Briegau 122.28; Löwenberg 15.82; Gdrlig 536.74; Mochberg 161.60) Sa. 1078.24; Berlin Dr. L. A. 100.-; 18. Berlin R. V. R. B. 87 8.-; Gust. Lehmann d. König 10.-; 20. Dresden f. Vinnenhoff 10.-; 24. Bern B. 2. 50.-; 30. Anabe 3.-; Lust 5.-; 31. Redde-Schlachten-see 20.-; Oldenburg III, Delmenhorst 85.-; Berlin A. B. 50.-; S. D. 50.-; Hamburg I 2. Du. 4000.-; Hamburg II 2. Du. 5000.-; Hamburg III 2. Du. 20000.-; Dennig, Argentinien 5.-; Gr. Berlin a Konto f. 8 Ar. 15000.-. Darunter: Alexander F. 6.-, Röner d. Marth 5.-, Honorar F. 3.-, Sparv. Vorwärts, Amerik. Kult. 6. Post-Reinholdstr. 14.73, Kruppe d. Stindt 2.60, Ref. Bernstein, 3. Akt. 6.-, Dameumantel-Ges. v. Arthur Simon 6.-, Vießig 1.-, Höpner 2.-, V. einem Reichreicher 3. Wohlfonds 5.-, Aug. d. Goffe 10.-, A. B. Wister 1.-, Abteilung 26 4.80, R. Gutenberg 27.80.

In der November-Drittung muß es unterm 5. statt 8. (Schledehoff) Ar. a Konto I. Du. 2200.- heißen; 6. (Schledehoff) Ar. a Konto I. Du. 2200.-

Berlin, den 8. Januar 1913.

Für den Parteivorstand:

Otto Braun, Lindenstr. 3.

Wir haben unter Nr. 7618, A. Gerisch, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postschalter Beträge bis 10000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Reichstag.

86. Sitzung Donnerstag, den 9. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Waderzapp.

Die Erpedition der Interpellation der Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) über den

Wagenmangel

wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Camp (Sp.): Die Hauptursache der Kalamität war nicht ein Mangel an Wagen, sondern sie lag in den baulichen Verhältnissen einiger Bahnhöfe, die freilich nicht von vornherein ungenügend ausgebaut waren, die aber den gesteigerten Bedürfnissen nicht mehr genügen. Der Eisenbahnverwaltung kann man daher keine besonderen Vorwürfe machen, da so ja baulichen Veränderungen und zur Durchführung eines Bauprogramms eine Reihe von Jahren gehören. Als die ersten Zeichen der Kalamität sich zeigten, hätten sofort die Bestimmungen über die Sonntagruhe außer Kraft gesetzt werden müssen, nicht erst später. Man könnte die Transporte, z. B. die Kohlenlieferungen für die Landwirtschaft, auf das Jahr verteilen, wenn man den Landwirten für die zu hoch, schon im Sommer, bezogenen Kohlen, eine angemessene Zahlungsfrist gewähren würde. In ähnlicher Weise könnte noch manches zur gleichmäßigen Verteilung der Transporte über das ganze Jahr geschehen. Man kann

Kleines feuilleton.

Der Rhythmus des Lebens. Wenn der Großstädter sein Selbstbewußtsein wärmen will, spricht er von seiner „Abgehehtheit“. Alle Verkehrshindernisse und Stimmungsbilder sind voll davon, und der Leser glaubt es zu seiner Genugtuung. Wahr ist es freilich nicht. Die Leute, denen außerhalb der Arbeitszeit acht bis zehn Stunden ihres wachen Tages zur Verfügung stehen, sind alles andere als geblüht; sie sind nur ungeduldet.

Dennoch hat die Epoche eine Leidenschaft hervorgebracht, die in der Tat der Sage von der Abgehehtheit recht zu geben scheint: die Leidenschaft der Schnelligkeit. Genauer betrachtet aber ergibt sich, daß diese Passion mit Zeitmangel und Zeitgewinn gar nichts zu tun hat: sie ist vollkommen selbständig und sich selbst genug. Ihr Symbol aber ist das Auto.

Aus dem Prozeß gegen den Schmiedebankier Sattler hören wir einiges über die Privatangelegenheiten des Angeklagten. Sie unterscheiden sich weder durch ihre Höhe noch durch ihre sonstige Art von dem, was zu allen Zeiten leidenschaftliche Rabalchere unter die Leute gebracht haben. Dreifache Wohnung, Perlensoliers, diamantbesetzte Spazierstöcke, imposante Schmelzrechnungen: das alles ist beim verurteilten Schläger von jeher üblich gewesen. Nur eins ist neu und des Bemerkens wert: Sattler hat in kurzer Frist 50000 M. an — Strafen für überschnelles Automobilsfahren gezahlt. Darin, vielleit nur darin, haben die modernen Freiheitskämpfer etwas, das sie von ihren Vorgängern unterscheidet. Diese Auswüchse des Nichts, diese Schatzgräber in der leeren Luft versehen vom Geldausgeben im Grunde so wenig wie vom Geldverdienen. Sie können sich weder breitspurig einrichten wie der gähe, nüchternen Geldmacher, noch reich ihre Phantasie zur Lebensführung des achten Versuchens — von einem Schönheitsakt schon ganz zu schweigen. Dafür aber haben sie — das Automobil. Die Schnelligkeit. Es war ein Zeichen von Tiefbild, als Otto Bierbaum in seinem Roman „Prinz Rudolf“ den verarmenden Geldes seinen Rest an Lebensgefühl in Kennwagenfahrten auszuatmen ließ. In der Tat ist das Auto die Sehnsucht und die Verführung aller dieser, denen zum Reichturnamen die Kultur fehlt. Sie haben es eilig und hasten darum die Lebensgüter, die Zeit brauchen. Sie haben den Traum, für dessen wohlthätige Einschränkung sie keinen Sinn haben. Sie möchten an vielen Orten zugleich sein: ihr Schnelllebensrausch wird ihnen gefährlicher als den Abenteuerern älterer Zeiten eine anspruchsvolle Geliebte. In dieser Passion und in dem Wunsche, qui angezogen zu sein, erschöpft sich, was ihre innere Mürigkeit unter Lebensgenuss versteht.

Was hat Filchner erreicht? Ueberraschend schnell ist Filchner, der Leiter der Deutschen Antarktischen Expedition, aus dem südlichen Ozean nach Wynoskires zurückgekehrt. Die Nachrichten

von der Eisenbahnverwaltung nicht verlangen, daß sie übermäßige Wagen vorrätig hält, die nur selten gebraucht werden, wenn etwa die Wasserstrassen versagen und den Eisenbahnen starke Transporte zubringen.

Abg. Rumm (Wirtsch. Vgg.): Auch die Sozialdemokraten müssen anerkennen, daß in dieser Frage die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammenfallen. Uebrigens hat man dieselbe Kalamität schon 1907 gehabt, aber aus den damaligen Erfahrungen leider nichts gelernt. Der Wagenmangel besteht nicht nur im Ruhrrevier, sondern bitteren Herzens wird schon so mancher von Ihnen auch den Wagenmangel bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft empfunden haben. (Heiterkeit.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Waderzapp betont gegenüber dem Abg. Bell u. a. nochmals, daß die gewaltige Steigerung des Eisenbahnverkehrs auch von den Interessenten nicht vorausgesehen sei. Auch die Vertreter von Handel und Industrie hätten ihre nachträglich befundene bessere Voraussicht seinerzeit nicht befolgt. Die große Wagenkalamität habe ich durchaus zugegeben, aber bei objektiver Prüfung der Ursachen kann ich nach wie vor die Schuld daran nicht der preussischen Eisenbahnverwaltung beimesen.

Abg. Dittmann (Soz.):

Die gestrige Beantwortung der Interpellation durch den Präsidenten des Reichseisenbahnamts war eine glatte und bedingungslose Kapitulation vor der preussischen Eisenbahnverwaltung. Sie hörte sich an, als sei sie vom preussischen Eisenbahnminister diktiert. Der preussische Vorisularismus hätte meines Erachtens auch von einem preussischen Minister gestern hier nicht unerbittlicher hervorgekehrt werden können, als es hier von dem Vertreter eines Reichsamts geschehen ist. Wenn Herr Waderzapp die Kompetenz des Reichstags zu einer eingehenden Erörterung der preussischen Eisenbahnverhältnisse zu bezweifeln versucht hat, so erinnere ich ihn daran, wie weitgehende Konsequenzen für das Reich Bismarck in den 70er Jahren aus den Bestimmungen der Reichsverfassung über das Reichseisenbahnwesen hergeleitet hat. Heute, nach vierzig Jahren, hat der Reichstag um so weniger Anlaß, sich einen Maulkorb anlegen zu lassen. (Sehr richtig!) Ich erhebe namens meiner Fraktion scharfsten Widerspruch gegen den Versuch, den Reichstag herabwürdigend zu stellen zu einer preussischen Ratione. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf den sachlichen Inhalt der Rede des Herrn Waderzapp trifft das zu, was die „Abenisch-Weßfälische Zeitung“ vom 15. November v. J. über frühere Ministererklärungen in dieser Sache schrieb: „Es ist bisher noch immer so gewesen: wenn der Minister im Reichstag interpelliert worden ist, hat er mit großen Reden paradiert, hat sich anscheinend reingewaschen, und es ist alles beim alten geblieben.“ Beides haben wir gestern auch wieder gehört. Das Argument, daß die Verkehrserweiterung nicht vorauszuhaben war, ist schon gestern genügend zurückgewiesen worden. Das hat schon Herr Budde vor sieben Jahren gebraucht, mit solch abgebrauchten Lebensbählern sollte man sich nicht mehr kommen. Auch ist es objektiv unklar, daß die Kalamität so plötzlich und unermutet heringebrochen sei, daß man keine Vorsichtsmaßregeln habe treffen können. Die „Abenisch-Weßfälische Zeitung“ hat in zwei Leitartikeln vom 18. und 20. Juli schon vom kommenden Wagenmangel gesprochen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in Essen schrieb am 20. August: „Wenn man sieht, daß in der verflochtenen Woche an einem Tage schon über 1000 Wagen gefehlt haben, so ist das ein sehr bedauerliches Zeichen.“ Dabei behauptete Herr v. Breitenbach noch im November, daß bis Anfang Oktober die Wagenstellung geradezu glänzend gewesen sei. (Hört! hört!) Als über die schweren Schäden überall in der Öffentlichkeit geklagt wurde, meinte der Minister im Reichstag: Ruhe sei die erste Bürgerpflicht. Das war logar der freikonservativen „Post“ zu viel. Sie brachte unter dem 20. November einen ganz revolutionär klingenden Artikel, worin es hieß:

„Die nötige Ruhe bewahren ist schon gesagt, aber ob die betreffenden Kreise und insbesondere die Arbeiter, wenn es so weiter geht, die Ruhe behalten, möchte man sehr bezweifeln. (Hört! hört!) Glaubt der Herr Minister, die Arbeiter stehen sich mit dem schönen Wort „Ruhe“ abspelen, wenn sie einige Tage vor Weihnachten mit einem Lohnausfall von ein Viertel bis ein Drittel des Monatsverdienstes nach Hause gehen müssen! Bezahlt der Herr Minister mit dem schönen Wort „Ruhe“ den Arbeitern das Fleisch und das Brot, das sie infolge dieser Lohnausfälle nicht bezahen können.“

Das hätte auch in „Vorwärts“ nicht treffender gesagt werden können. Man sieht, selbst Scharfmacher können revolutionär sein, wenn ihr Profit bedroht ist! Wilhelm II. hat einmal erklärt: Schwere Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit zu hindern

über die wissenschaftlichen Resultate sind freilich noch zu kurz und lationisch, um bereits endgültig genüßigt werden zu können. So viel scheint aber sicher zu sein, daß Filchner trotz der Kürze der Zeit recht vom Glück begünstigt gewesen ist. Er hat unter 76 Grad 20 Minuten südlicher Breite und 80 Grad westlicher Länge Land entdeckt, das er Prinz-Regent-Quilpob-Land getauft hat, und zwar Land von sehr bedeutender Ausdehnung. Erstreckt es sich doch, wie getafelt wird, südwärts über rund 12 Breitengrade bis zu 70 Grad. Filchner drang also 400 Kilometer weiter südlich in der Weddellsee vor als seine Vorgänger. Noch interessanter ist beinahe der Nachweis einer diesem Kontinent vorgelagerten Eisbarriere, die Filchner Kaiser-Wilhelm-Land genannt hat. Die das im Weddellmeer von Filchner neuentdeckte Festland dem auf der entgegengesetzten Seite des Südpols liegenden Viktorialand entspricht, so fehlt auch auf der westlichen Seite der Antarktis nicht die Eisbarriere, wie sie in Ostantarktis in der berühmten Rogbarriere vorhanden ist. Kapitän Rog war an ihr im Februar 1842 bis zu 76 Grad 10 Min. südlicher Breite vorgedrungen; die Eisbarriere fehlte seinem weiteren Vordringen jedoch Schranken, und es dauerte sechs volle Jahrzehnte, bevor es wieder einem Forscher, dem Norweger Voragresbink, gelang, noch weiter nach Süden vorzudringen. Der Charakter der Barriere war dem norwegischen Südpolarforscher freilich noch nicht bekannt; Shackleton erfuhr spöter die ungeheuren Mühen, die die Rogbarriere dem weiteren Vordringen entgegensteht, und kam bis auf das eisbedeckte Hochland, das den Südpol umgibt. Hätte nicht Mangel an Nahrungsmitteln seinem weiteren Vordringen ein Ziel gesetzt, so hätte schon er sicherlich den Pol erreicht. So blieb diese Trophe dem Norweger Roald Amundsen vorbehalten, und er war es auch, der das Rätsel der Rogbarriere völlig enthüllte. Wir wissen jetzt, daß sich diese Barriere von festem Meereis, das hoch mit Schnee bedeckt ist, 700 Kilometer weit erstreckt, doch sie gleichfalls Hunderte von Kilometern weit nach Süden reicht, wo sie unmittelbar an das zumutvolle Hochland anstößt. Es handelt sich also um eine riesenhafte schwimmende Eisinsel von der Größe eines ausgedehnten Landes.

In Westantarktis, wo Filchner jetzt in der Weddellsee eine gleiche Barriere entdeckt hat, scheinen diese Verhältnisse ebenfalls vorherrschend. Als die Landung auf der Barriere durchgeführt wurde, sprengte nämlich eine Springflut mehrere Quadratkilometer ab, und die Station wurde mitgerissen. Diese wurde an Nord gerettet, das Schiff kam dann Anfang März in eine Drift. Man wird also keinah annehmen können, daß auch dieses neuentdeckte Kaiser-Wilhelm-Land, das demnach gar kein Land, sondern nur eine riesige Eismasse ist, eine sehr bedeutende Ausdehnung besitzt, und sich in Süden an einem bisher noch nicht bekannten Punkt dem antarktischen Kontinent vorlögert. In Jahresfrist wird Filchner mit einem neuen Kapitän und ausgerüsteten Mannschaften wiederum nach Süden vordringen.

versucht! Nun, möge man doch jetzt die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, die die Vergarbelter zum Feiern gezwungen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was den Eisenbahnen in den letzten Monaten zugemutet worden ist, das ist

die reine Menschenschilderei.

Die „Bergwerkszeitung“ schrieb am 20. November: Das Eisenbahnpersonal ist überangestrengt, die Leute, die aus dem geregelten Dienst heraus und in ungewisse Arbeitszeit hineinkommen, erhalten nichts Besonderes für die erhöhte Arbeit, denn die in Aussicht genommenen Prämien werden nur an einen Teil der Leute kommen, außerdem können vorübergehende Belohnungen in einer solchen Zeit dauernder Mehrarbeit nichts helfen. Die Leute sollen auch geübert sein über die Handhabung des Koalitionsrechts und die Folge soll eben eine passive Resistenz des Personals sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja sollte es nur für möglich, daß eine passive Resistenz spontan und sporadisch vorgekommen ist, nicht aber als allgemeine Erscheinung. Das eben zitierte Unternehmerorgan hat der Eisenbahnverwaltung wohl nur einen Schreck einjagen und sie zur Abhilfe zwingen wollen. Aber ich frage: wer hätte den Eisenbahnen das moralische Recht absprecken wollen, wenn sie wirklich zur passiven Resistenz übergegangen wären? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Allerdings sollte dieser Hinweis auf eine angebliche passive Resistenz vielleicht nur ablenken von einer der wirklichen Ursachen des Wagenmangels. Man spricht ja auch hier nicht davon. Die Frage meines Parteigenossen König, inwiefern es richtig sei, daß auch

vorberreitende Maßnahmen zur eventuellen Mobilmachung

schuld an der Verkehrsmisere gehabt haben, ist von Geheimrat Waderzapp völlig unbeantwortet gelassen worden, und der Abg. Schwabach glaubte, diese Vermutung damit widerlegen zu können, daß er sagte, es habe nur ein Mangel an offenen Wagen bestanden, zur Mobilisierung brauche man aber Gedulte. Das ist nun gar kein Beweis, denn im Mobilmachungsfalle wird man die Truppen nicht nur in gedeckten Wagen befördern. An den abgestrittenen Gerichten ist doch mehr daran, als man zugeben will. Die Sozialdemokraten tun alles, um einer Kriegspanik im Lande entgegenzuwirken, aber wir würden uns am Volk verständigen, wollten wir die bürgerliche Vogel-Strauß-Politik mitmachen und verschweigen, daß die Kriegslage eine Situation der letzten Monate die schweren Schädigungen durch die Verkehrsstörung mindestens mitverschuldet hat. Die bürgerliche Presse, so das „Berliner Tageblatt“ und die von Zwang angelegte „Westdeutsche Volkszeitung“ in Hagen haben diesen Vermutungen Raum gegeben und das letztgenannte Blatt hat auch die Nothricht verzeichnet, daß man bestrebt sei, die Hauptstrecken, die nach der französischen Grenze führen, von Güterzügen freizuhalten, damit im Falle einer Mobilmachung die Truppentransporte nach der Grenze rasch und ungehindert erfolgen können. Ein Blick auf die internationale Lage rechtfertigt diese Meinung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deutschland war und ist in Gefahr, von seinem Dreibundgenossen Oesterreich in Kriegswirren hineingezogen zu werden. Warum geben die bürgerlichen Parteien und die Regierung nicht zu, daß es von dem militärischen Standpunkt der Regierung aus ihre Pflicht ist, alles für die Mobilmachung vorzubereiten? 1904 hat der damalige Präsident des Reichseisenbahnamts, Schulz, hier erklärt, daß sich der vornehmste Teil der Tätigkeit dieses Amtes völlig der Öffentlichkeit entziehe, nämlich seine unablässige Sorge dafür, daß die deutschen Eisenbahnverwaltungen jederzeit in der Lage sind, den an sie gestellten militärischen Anforderungen zu entsprechen. Diese Aufgabe scheint das Reichseisenbahnamt völlig davon abzuhalten, sich um die Abwendung des übrigen Verkehrs durch die deutschen Eisenbahnen zu kümmern. Bedenkt man denn nicht, daß eine solche Verstopfung des ganzen Inkontinenterheinschen Industrievierecks, wie sie im Herbst bestand, gerade auch die militärische Transporthilfe der Bahnen ungemein erschweren muß? Die Regierung hätte damals von ihrem militärischen Standpunkt aus eine Gewaltmaßnahme treffen müssen, und diese Gewaltmaßnahme war offenbar die vier-tägige Verkehrsperre am Niederrhein. Ohne den militärischen Grund würde man die Entwirrung der Verkehrs-kalamität jedenfalls auf weniger radikalen Wege versucht haben, auf einem Wege, der den gesamten Handel und Verkehr nicht so außerordentlich geschädigt hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die diese gewaltige vier-tägige Verkehrsperre, so sieht zweifellos auch der Wagenmangel in Zusammenhang mit der Kriegsbereitschaft. Es kreuzten sich eben die Ansprüche des Wirt-

Ein Preis von 10 Millionen. Ein findiger Vertreter der chemischen Technologie wird vielleicht bald Gelegenheit erhalten, sich mit einem Schloze zum mehrfachen Millionär zu machen. Ein Mitglied des Senats der Republik Chile hat nämlich den Antrag gestellt, einen Preis in der Höhe von 10 Millionen Mark für die Erfindung eines Verfahrens auszugeben, mit dessen Hilfe man aus der sogenannten Salpêtre und ihren Rückständen den Salpêtre herausziehen könnte. Die einzigartigen Salpêtrelager in Chile, deren Ausbeutung die Haupteinnahmequelle für den Staat bildet, gehen einer Erschöpfung entgegen, die zwar noch nicht so nahe vor der Tür steht, wie es schon oft vorausgesagt worden ist, aber doch wohl spätestens in weiteren 50 Jahren eintreten wird. Die Aus-sichten würden sich bedeutend verbessern, wenn es gelänge, auch die unreineren Schichten, die neben salpêtreurem Kalium eine größere Menge von Natrium und unlöslichen Stoffen enthalten und deshalb bisher kaum verwertbar gewesen sind, darauf zu behandeln, daß ohne zu große Kosten der Salpêtre daraus gewonnen werden könnte. Der Wichtigkeit der Aufgabe entsprechend sind schon viele Versuche nach dieser Richtung angestellt worden, die aber noch immer nicht zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Für die Lösung des Problems einen Preis von 10 Millionen Mark auszugeben, bedeutet eine harte Verlockung, aber diese Maßnahme wäre durchaus gerechtfertigt, beträgt doch der Wert des in einem Jahr in Chile gewonnenen Salpêtres rund 300 Millionen Mark ohne die Nebenerzeugnisse dieses Bergbaues.

Notizen.

Das Lebenswerk von Louis Corinth. Die Corinth-Ausstellung, die von Paul Cassirer in den Ausstellungs-räumen der Sezeffion veranstaltet wird, kommt Mittwoch, den 15. Januar zur Eröffnung. Man wird ungefähr 250 Werke zu sehen bekommen, darunter Bilder, die seit Jahren an Versteigern und Museen und Privatbesitzern sind. Dazu kommen die neuesten Arbeiten Corinths und einige ältere noch nicht bekannte Bilder.

Porträge. Der erste wissenschaftliche Abend der Humboldt-Akademie findet am Sonnabend, 8 Uhr abends, in der Aula, Georgenstr. 30/31, statt. Dr. Adolf Seiborn spricht über das Thema „Unsere heutige Kenntnis vom Ursprung des Menschen“.

Theaterchronik. Im Theater am Kollendorfer-Platz wird Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr bei keinen Preisen „Jugend“ aufgeführt.

Republikanische Staatsorgen. Die Regierung der neuen Republik China geht mit ihren Reformen gar ernstlich vor. Auch ist die Kleidung reglementiert, so kommen auch schon die Orden an die Reihe. Ein neuer „Orden der blühenden Reich-tümer“ wurde gestiftet für gewerbliche und wissenschaftliche Verdienste. Es gibt davon viele Klassen (9) und mannigfache nährliche Arten der Anlegung (wie bei uns im jungen Europa, dessen Lorbeeren China nachahmt).

schäftslebens und des Militarismus. Ein Ausgleich zwischen ihren widerstrebenden Ansprüchen ist nur möglich, wenn die Eisenbahnverwaltung ihren voranschreitenden Rechnung trägt. Daran aber hat es vollständig gefehlt. Nicht einmal die Anprüche des Wirtschaftslebens sah sie vorher, und das Zusammenstoßen mit den erhöhten militärischen Anforderungen führte daher zu einem vollständigen Zusammenbruch. Diese erhöhten militärischen Anforderungen können aber keineswegs eine Entschuldigung für den Eisenbahnminister bilden. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen offensichtlich die militärische Seite der Frage nicht berühren, offenbar um den Militarismus nicht unpopulär zu machen. Um so mehr haben wir die Aufgabe, darauf hinzuweisen, wie schon die bloße Möglichkeit eines Kriegsausbruches unserem Wirtschaftsleben die schwersten Wunden schlägt. Das muß namentlich die Vergarbeiter auffallen, daß sie die Wehrmachtsbedürfnisse dieses Jahres dem organisierten Massenmord verdanken und die Entschlossenheit, für die Erhaltung des Friedens einzustehen, muß um so mehr wachsen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerlichen Parteien sind über diesen Grund des Wagenmangels wohl auf den Geheimkonferenzen in Westfalen unterrichtet worden, sonst wären längst hier im Reichstag mindestens von den Nationalliberalen Anfragen eingelaufen, die die Kriegsbereitschaft in allen Punkten vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun sind hier wieder von Regierungstisch Versprechungen gemacht worden, es sollen umfassende Maßnahmen getroffen werden, um eine Wiederkehr solcher Katastrophen zu vermeiden. Preußen will sofort 60 Millionen verwenden für neue Gleise, neues Personal, neues Fahrmaterial. Die Reichsregierung hat sich, allein mir fehlt der Glaube. Anfangs wird wohl etwas geschehen, aber sehr bald geht das alte Lied wieder los. Man muß das Uebel an der Wurzel anfassen, und das preussische Eisenbahnwesen davon heilen, daß es den Finanzen zur Ausbeutung überliefert wird. Hunderte von Millionen werden in Preußen aus dem Verkehr herausgedrückt, nicht etwa um die unteren Steuerstufen freizulassen, sondern um die Junker und die Reichen möglichst zu schonen. Nicht die Bedürfnisse des Verkehrs, sondern die

Erzielung hoher Ueberschüsse

ist der Zweck der preussischen Eisenbahnverwaltung. Würden in den letzten 6 Jahren nur je 50 Millionen Mark mehr für Bahnanlagen und Betriebsmaterial ausgegeben worden sein, so wäre die ganze Katastrophe vermieden worden, und trotzdem hätten noch Hunderte von Millionen als Ueberschüsse für die allgemeinen Finanzen abgeführt werden können, obwohl sie überhaupt nicht in die allgemeine Staatskasse hineingehören. Bei der Uebernahme der Eisenbahn durch den Staat wurde vom damaligen Minister Bamberger sehr dringend betont, daß die Eisenbahnen nicht Finanzzwecken dienen sollten, sondern dem Verkehr. Seine damaligen Aussprüche bilden die vornehmste Kritik der gegenwärtigen preussischen Eisenbahnpolitik, und ich empfehle sie dem Minister Reichensperger, damit er sie eingehend über seinen Schreibtisch hängt. Aber was ist aus den Versprechungen geworden. Die Geschichte der preussischen Eisenbahnverwaltung ist voll von den Scheitern gebrochener Versprechungen. Als der Finanzminister Riquel von Herrn Götze einmal an die bei der Uebernahme der Eisenbahnen gegebenen Versprechungen erinnert wurde, sagte er, das hätten die Abgeordneten nicht glauben sollen, er wenigstens hätte es nicht geglaubt. (Heiterkeit.) Zum Schaden fügte er noch den Spott. Wir werden gut tun, an diese Riquelschen Worte angeknüpft der jetzt wieder von der Regierung gegebenen Versprechungen zu denken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Auch Herr v. Rheinbaben hat als Finanzminister eine ganz verkehrte Eisenbahnpolitik getrieben. Ich erinnere an die schweren Angriffe, die gegen ihn im Herrenhause von Herrn v. Gwinner gerichtet wurden, durch die er gewissermaßen von seinem Posten herunterblamiert wurde. Herr v. Gwinner wies nach, daß dem Reichert v. Rheinbaben häufig das Maß über den Kopf gewachsen sei, Hochkonjunktur und Krisen zu verwechseln und demgemäß immer falsche Dispositionen zu treffen. Im Januar 1907 hatte er gesagt, daß die Aussichten günstig seien, dabei war 1907 das schlimmste Krisenjahr. Wie Herr v. Gwinner mit deutscher Anspielung sagte: „Der vom Geschäft etwas verstand“, hatte Anfang 1907 die Segel eingekraft. 1910 ging es dann umgekehrt. „Daher kommt es“, sagte Herr v. Gwinner, „daß wir sehr häufig unsere Vorstellungen für die Eisenbahnen, die sich auf Hunderte von Millionen beziffern, zu den teuersten Preisen machen und die Industrie nicht beschäftigen, wenn sie dringender Beschäftigung bedarf.“ Es mag ja sein, daß Herr Lenzke etwas mehr von Finanzpolitik versteht als Reichert v. Rheinbaben, aber in bezug auf das Eisenbahnwesen steht er auf feiner Aufgabe darin, möglichst viel Ueberschüsse für allgemeine Bedarfszwecke herauszuwirtschaften. Das steht.

Im schärfsten Widerspruch mit der Reichsverfassung.

Der Artikel 13 sagt klar und deutlich: Das Reich hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahnverwaltung die Bahnen jederzeit mit Verkehrsmaterial so anrüstet, wie es das Verkehrsbedürfnis erfordert — also das Verkehrsbedürfnis, nicht die preussische Plasmacherei für den allgemeinen Staatsfiskus. Nach der Verfassung müssen die Einnahmen aus dem Verkehr im Interesse des Verkehrs Verwendung finden sowie im Interesse der Angestellten und Arbeiter. Ergeben sich denn noch Ueberschüsse, so sind die Tarife herabzusetzen. Gerade das ist der mächtigste Hebel des Verkehrs. Leider scheint man in Preußen die bisherige Eisenbahnpolitik bereuigen zu wollen. Ja man will nach einer Erklärung des Abg. Hirsch Ellen in der Steuerkommission die Ueberschüsse der Eisenbahn noch härter für allgemeine Staatszwecke verwenden, um die Steuerzuschläge ganz oder teilweise aufheben zu können. Es ist höchste Zeit, dieser Politik von Reich wegen einen Riegel vorzuschieben. Zumal wenn man bedenkt, daß die Eisenbahnen vor einer gewaltigen technischen Revolution, vor der Elektrifizierung stehen, die große Mittel erfordern wird. Wer wirklich für eine großzügige Entwicklung des Verkehrswezens ist, muß dafür sorgen, daß die Macht der Junker in Preußen gebrochen wird, das heißt, daß das Dreiklassenwahlrecht beseitigt wird. Bei den kommenden Landtagswahlen wird dazu Gelegenheit sein. Erst wenn es gelingt, Preußen in einen modernen Verfassungsstaat umzuwandeln, in dem sich der Wille des Volkes durchsetzen kann, wird auch der preussische Partikularismus im Eisenbahnwesen zu überwinden sein und dann werden wir auch dazu kommen, das gesamte Eisenbahnwesen in Deutschland unter die einheitliche Leitung des Reiches zu stellen.

Schon vor Jahren haben wir hier Resolutionen beantragt, die die Vereinheitlichung der deutschen Bahnen und ihre Leitung durch das Reich verlangen. Man erwiderte, daß dies nicht weit genug gehe und die Eigentumsfrage unlösbar sei. Im Vorjahre aber hat Präsident Wodergapp sie als durchaus lösbar erklärt und nach früheren Erklärungen der Liberalen mühte sich um eine Wehrheit des Reichstags für ein Reichseisenbahngesetz und Reichseisenbahnen vorhanden sein. Zeigen Sie stonemanz in stampf gegen den preussischen Verkehrsminister. Wir sind, wie in allen Fragen der Kultur und des Fortschritts, bereit, auch hier voranzugehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wittke (natl.) schildert zahlenmäßig die durch den Wagenmangel hervorgerufenen Schädigungen der rheinischen Industrie.

Präsident Wodergapp: Gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Dittmann habe ich zu erklären, daß die Verkehrsbedingungen im Ruhrrevier weder in der Urkatastrophe noch in der Wirkung mit der politischen Lage irgend etwas zu tun haben. Diese Behauptung ist vollständig aus der Luft gegriffen. Die Störungen haben lediglich in der Zu- und Abfuhr der Güterzüge ihre Ursachen.

Damit schließt die Debatte. Die Wahlen der Abg. Schwabach (natl.) und Dr. Berr (Z.) werden für gültig erklärt.

Es folgt die Beratung einer Resolution der Wahlprüfungs-Kommission zur

Wahl in Schwes.

Die Kommission ersucht in dieser Resolution den Reichskanzler, den Wahlkommissar in Schwes auf das Ungeschehene seiner Handlungsweise hinzuweisen. (Der Kommissar hat bei der Feststellung des Gesamtergebnisses eigenmächtig Verichtigungen vorgenommen, wodurch erreicht wurde, daß der Pole nicht für gewählt erklärt, sondern eine Stichwahl angeordnet wurde, in der der Reichsparteiler v. Halem siegte.)

Ministerialdirektor Lewald: Bereits vor Jahresfrist hat der preussische Minister des Innern dem Wahlkommissar in Schwes eröffnet, daß sein Vorgehen weder durch das Gesetz noch durch das Reglement begründet sei. Es ist also bereits im Sinne dieser Resolution gehandelt worden.

Abg. Dr. v. Laszewski (Pol.): Die Wahl in Schwes gibt schon seit vielen Jahren der Wahlprüfungskommission Arbeit. Es handelt sich bei dem Vorgehen des Wahlkommissars um einen Eingriff in die Rechte des Parlaments, denn nur der Reichstag hat darüber zu entscheiden, welche Stimmen gültig oder ungültig sind. (Sehr richtig!) Es handelt sich auch nicht etwa um einen Rechenfehler, sondern um ein beabsichtigtes parteiliches Vorgehen des Wahlkommissars zum Nachteil der Polen. (Sehr richtig! links.) Nebenbei bespricht ausführlich die Wahlwahlen in Schwes, die sich im Anschluß an ein lärmendes Siegesfest der Halamisten abgepielt haben.

Vizepräsident Dove bittet nicht zu ausführlich auf dieses Siegesfest einzugehen, da dies der Wahlkommissar doch nicht hätte verhindern können. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Laszewski: Nachdem die Wahlvorstände in den einzelnen Bezirken die abgegebenen Stimmen für gültig erklärt hatten, durfte der Wahlkommissar keine Stimmen mehr für ungültig erklären. (Lebhafte Zustimmung.) Das kann dann nur noch der Reichstag selbst. Auch das Verhalten des Wahlkommissars bei der Stichwahl war nicht einwandfrei. Der Gegenkandidat hieß Sah-Jaworski. Zettel, auf denen Sah nur mit einem „s“ geschrieben war, wurden kastriert, obwohl doch nicht zweifelhaft war, wenn die Wähler meinten. Das ist in 24 Wahlbezirken geschehen. (Hört! hört! links.) Bei der Hauptwahl aber waren alle diese Stimmen für gültig erklärt worden. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Es waren eben zwischen den Haupt- und Stichwahlen bestimmte Anweisungen vom Landratsamt in Schwes ergangen. (Hört! hört!) Das ist in dem Straßallprozeß zur Sprache gekommen und ein Gerichtsassessor, der als Zeuge vernommen wurde, hat gesagt, er trage Bedenken darüber auszusagen, es handle sich um dienstliche Angelegenheiten. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Von einem anderen Zeugen wurde aber befundet, daß das Landratsamt angeordnet habe, alle Stimmen mit „Sah-Jaworski“ für ungültig zu erklären. (Stürmisches Hört! hört! links und im Zentrum.) Die Vorgänge in Schwes haben nicht nur die Empörung der Polen, sondern auch der Deutschen hervorgerufen. (Sehr richtig! im Zentrum.) In einer deutschen Zeitung hieß es, daß in Schwes die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen werden, und daß unterliegt, wer die meisten Stimmen erhält. (Heiterkeit.) Und am Schluß eines Gedichtes heißt es:

„Und wenn's zu einer Nachwahl kommt,
Sieg in Schwes wieder der Schwindel!“

Auch bei der letzten Nachwahl in Schwes sind wieder arge Verstöße vorgekommen. Ein deutscher Wahlaufsicht schließt mit den Worten: „Es gilt nicht die Gerechtigkeit, sondern den Sieg der Deutschen herbeizuführen.“ (Laute Pfuirufe bei den Polen.) Die Vorgänge in Schwes rechtfertigen ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Derben (Natl.): Zweifellos hat nicht der Wahlkommissar sondern der einzelne Wahlvorstand das Recht, Stimmen für ungültig zu erklären. Das hat der Kommissar auch nicht getan, er hat nur rechnerisch eine Verichtigung eintreten lassen. (Schallende Heiterkeit links.) Ihr Votum zeigt nicht gerade parlamentarische Fertigkeit. (Erneute große Heiterkeit links.) Der Kommissar hätte bemerken sollen, die Stimmen sind für ungültig zu erklären, aber er hätte das Resultat anders feststellen müssen. Der Reichstag hätte allerdings unbedingt die beiden Stimmen kastriert, es wäre also doch zur Nachwahl gekommen. Uebrigens haben mehrere polnische Beisitzer gegen das Vorgehen des Wahlkommissars keinen Widerspruch erhoben. (Hört! hört!) Ich bedaure das Vorgehen des Wahlkommissars, aber mala fide (mit böser Absicht) hat er nicht gehandelt. Was nun die Stichwahl anlangt, so war zweifellos die Kastrierung der Zettel mit einem „s“ unberechtigt. Auch wir wünschen nicht, daß einer von uns unberechtigt hier im Hause sitzt. Die Resolution ist überflüssig, da die Beamten nicht mala fide gehandelt haben und auch schon reifiziert worden sind. (Wavo! rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich halte die Resolution durchaus nicht für überflüssig. Für die Herren in Schwes scheint doch eine recht nachdrückliche Belehrung am Plage zu sein. Gegen solche Korrekturen des Wahlergebnisses, die nahe an das Strafbare grenzen, muß auf das energischste vorgegangen werden. Gegen den Wahlkommissar kann zweifellos wegen Wahlfälschung vorgegangen werden. Die Unterlassung des Schüttelns der Urne durch Wahlvorsteher ist Nichtanerkennung eines öffentlichen Amtes. Der Wahlkommissar hat lediglich das Recht, zusammenzurechnen, aber nicht die Ungültigkeitserklärung von Hunderten Stimmen anzuregen. Der Reichstag mühte auf Grund des Artikels 27 der Verfassung Herrn v. Sah-Jaworski als gewählten Abgeordneten erklären — alles was seit der Wahl v. Sah-Jaworski am 12. Januar 1912 geschehen ist, auch die neueste angebliche Wahl v. Halem ist als auf Wahlfälschung beruhend ungültig und nichtig. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Polen.) Die Besuche des kandidierenden Landrats und seine Instruktionen bei den Wahlvorstehern sind die intellektuelle Veranlassung dieser Gesetzwidrigkeiten. Da aber hat der Reichskanzler die unerlässliche Pflicht, das Könige und zwar hier das Eingreifen des Staatsanwalts zu veranlassen. (Stürmische Zustimmung v. d. Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler muß sich an das Reichsjustizamt wenden und das Reichsjustizamt muß die Staatsanwaltschaft anweisen, das Erforderliche zu tun. Die Beamten in Schwes dürfen sich nicht gegen das Gesetz auflehnen.

Vizepräsident Pansche: Das dürfen Sie nicht sagen.

Abg. Stadthagen: Auch den Beamten gegenüber bleibt bei mir Logik Logik und Recht Recht.

Vizepräsident Pansche: Das ist Ihre Auffassung. Ich kann nicht dulden, daß Sie von den preussischen Beamten generell sagen, sie lehnen sich gegen das Gesetz auf.

Abg. Stadthagen: Das ist mir auch gar nicht eingefallen. Ich bedaure, wenn die Anstalt hier so schlecht sein sollte, daß man nach hinten nicht versteht, was ich nach vorn sage. (Heiterkeit.) Ohne Ansehen der Person muß die Staatsanwaltschaft vorgehen und wenn sie das ganze Landratsamt aufheben müßte. (Sehr gut! links.)

Die Konservativen verwarfen sich gegen ein solches Vorgehen — ich konstatiere das! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren, die immer die Anwendung des Gesetzes fordern, sollen es erst mal bei ihren Freunden anwenden, namentlich hier, wo qualifizierte Wahl- und Urkundenfälschung vorliegt, die mit Ehrverlust die Schuldigen bedroht. Der Reichstag wird sich bei Prüfung der neuesten Wahl v. Halem seines Rechts, zu prüfen, was am 12. Januar 1912 gewählt wurde, zu erinnern haben. Heute kann er nicht mehr tun, als die Resolution annehmen, worum ich Sie dringend bitte, damit die Abwendung der gegebenen Gesetzverletzungen an den schuldigen Beamten erfolgt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten und Polen.)

Abg. Dr. Pflüger (Z.): Es liegt wohl nur eine Frage der Zeit vor. Immerhin hätte das Reichsamt des Innern schärfer vorgehen sollen. Wir wollen durch einstimmige Annahme

der Resolution dafür sorgen, daß solche Dinge in Zukunft vermieden werden. (Wavo!)

Abg. Reumann-Hof (Z.): Jeder anständige Deutsche muß Empörung über diese Vorgänge empfinden. Solche Dinge werden wir hoffentlich nie wieder erleben. (Abg. Kopisch: Sehen Sie nach Hinterkommen!) Gerade die besondere Pflicht eines Wahlleiters ist es, für die Einhaltung des Gesetzes zu sorgen. Der Reichstag hätte in der Tat das Recht, noch jetzt Herrn v. Sah-Jaworski als den rechtmäßig gewählten Kandidaten zu proklamieren. Diese Frage wird bei der Prüfung der neuen Wahl zu erörtern sein. Der Regierung erwächst die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nur Leute zu Wahlkommissaren ernannt werden, bei denen solche Dinge ausgeschlossen sind. (Wavo! links.)

Vizepräsident Dr. Pansche: Nach dem amtlichen Stenogramm hat der Abg. Stadthagen vorher gesagt: „So geht es einfach nicht weiter.“ Es ist notwendig, daß wir von der linken Seite einmal darauf hinweisen, es geht nicht so weiter, daß das Gesetz mit Füßen getreten wird. Es ist notwendig, daß gezielte Ordnung hier hineinkommt, daß diese Aufseher gegen die öffentliche Ordnung, daß diese Aufseher gegen das Strafgesetz sich dahinter verschließen, daß sie Beamte sind. Er wirkt also nicht speziellen Beamten Aufsehung gegen das Gesetz vor. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich halte meinen Ordnungsdraf daher durchaus aufrecht.

Abg. v. Trampejnski (Vole): Es handelt sich hier einfach um eine von langer Hand vorbereitete Wahlmanöver. Herr v. Sah-Jaworski ist zweifellos im ersten Wahlgang gewählt, er wäre ohne die Massenfaszierung von Stimmen auch in der Stichwahl gewählt; kurz, er ist zweimal gewählt, und das Ergebnis ist, daß Herr v. Halem hier sitzt. Warum hat denn im Schweser Straßallprozeß der Reichsindus die Auslage darüber verweigert — und zwar insolge Nichterteilung der Auslagegenehmigung durch den Landrat v. Halem —, was er mit den Wahlvorstehern verhandelt hat? Es wäre Anstandsspflicht des Herrn v. Halem gewesen, hier Aufklärung zu schaffen. Wäre die Neuwahl in Schwes nach unserer heutigen Debatte gewesen, der Landrat hätte niemals mehr als Kandidat auftreten können. Wir verlangen das Eingreifen der Staatsanwaltschaft. Freilich ist sie auch nicht eingeschritten, als mir seinerzeit 294 Stimmen abgemogelt wurden.

Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Derben (Natl.) stellt in persönlicher Bemerkung gegenüber dem Vortrager fest, daß er bei der ersten Verhandlung der Schweser Affäre nur gesagt, er würde, wenn er unter solchen Umständen gewählt wäre, lieber nicht im Reichstag sitzen. (Hört! hört! links.)

Die Resolution der Kommission wird gegen die Reichs-

partei angenommen.

Es folgt die Beratung einer

Denkschrift über die Reorganisation der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

Darin ist die Stärke des Postbeamtenheeres im Jahre 1910 auf 206.889 angegeben; es wird weiter über Löhne, Beförderung und Arbeitsleistung Auskunft erteilt.

Abg. Ebert (Soz.):

Als der Reichstag seinerzeit die Denkschrift über eine Reorganisation des Beamtenkörpers bei der Reichspost wünschte, ging er zwar von der Voraussetzung aus, daß Arbeiten, die eine geringe Qualifikation verlangen, Beamten mit niedrigerem Gehalt übertragen werden, er hat aber dabei auch den Vorbehalt gemacht, daß die Interessen der vorhandenen Beamten bei der Regelung im vollen Maße gewahrt werden sollen. Die vorgelegte Denkschrift entspricht dem nicht. Eine Reorganisation der Personalverhältnisse bei der Post soll danach überhaupt nicht vorgenommen werden, weil die von 1900 sich bewährt habe. Ihr leitender Gedanke ist ausschließlich der finanzielle Effekt für die Reichspostverwaltung. Untere und mittlere Beamte, die geholt hatten, daß bei dieser Personalordnung zum Teil das wieder gut gemacht werden könnte, was bei der Beförderungsdormung an ihnen gekündigt war, sind also durch die Denkschrift enttäuscht worden. Man hätte den Wünschen des Personals auf Verbesserung der so oft besprochenen schlechten Beförderungsverhältnisse Rechnung tragen müssen. Trotzdem hätte man noch erhebliche Ersparnisse machen können. Die Untere Beamten kommen auch in diesem Falle wieder am schlechtesten weg. Bei den Personalreformen von 1900 und 1908 waren sie leer ausgegangen, weil man 1899 die sogenannten gehobenen Stellen für sie geschaffen hatte. Wir waren von vornherein gegen diese Reinerichtung und die Erfahrung hat uns recht gegeben. Das System bedeutet lediglich einen Vorteil für verhältnismäßig wenig Begünstigte. Die

Unzufriedenheit in den Kreisen der Unterbeamten

über diese Einrichtung ist heute allgemein. Das Arbeitsgebiet der gehobenen Unterbeamten muß mehr erweitert werden. Jedem fähigen Beamten muß ermöglicht werden, sich empor zu arbeiten, die besonders Beschäftigten müssen freie Bahn erhalten, um sich auch über die Grenze ihrer Klasse bis zu den höchsten Stellen der Postkarriere eventuell emporzuarbeiten. Den Einwand der ungenügenden Vorbildung können wir nicht gelten lassen. Die englische Postverwaltung gibt jährlich 40.000 R. allein für Unterrichts-kurse ihrer Beamten aus. Bei uns geschieht derartiges überhaupt nicht. Die Tätigkeit der Geldbriefträger z. B. erfordert ein erhebliches Maß von Sorgfalt und Gewandtheit. Warum sollen solche Leute nicht auch in der Lage sein, Schalterdienste zu verrichten. Bei der Eisenbahn können Unterbeamte zum Telegraphendienst verwendet werden, warum nicht auch bei der Post. Wenn gehobene Unterbeamte mittlere Beamte vertreten können, müssen sie auch dauernd deren Stellen einnehmen können. (Sehr richtig!) Von 80.000 etatsmäßigen Unterbeamten sehen heute nur 17.000 in gehobenen Stellen. Hat ein Beamter die Prüfung abgelegt, so muß er jahrelang auf die Einstellung in eine etatsmäßige Stelle warten. Manchmal werden Beamte erst nach 20jähriger Dienstzeit zur Prüfung zugelassen. In solchem Alter fällt es ihnen natürlich schwer, sich in neue Dienstverhältnisse hineinzufinden. Man könnte fast auf die Vermutung kommen, daß hier ein System, eine gewisse Absicht vorliegt. Die Bezahlung der Unterbeamten ist heute geradezu jämmerlich. Gehobene Stellen werden nicht viel besser bezahlt, zumal die wenigsten ihr Endgehalt erreichen.

Die wesentlichste Erneuerung ist die Eröffnung der Postlaufbahn für Frauen. Wir fordern bei gleichen Leistungen gleiche Löhne für Mann und Frau. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), damit sie nicht zu Volkshüterinnen oder Konturen-tinnen werden. Nun aber beginnt man — namentlich bei den Postämtern III. Klasse — zahlreiche männliche Beamte durch Frauen zu ersetzen. Und wie das geschehen soll, das muß großes Aufsehen erregen. Man will alle nachgeordneten Beamten der Postämter III. Klasse unter Erspargung von 2,2 Millionen Mark durch Gehilfinnen mit 750 Mark Vergütung pro Jahr ersetzen. (Hört! hört! links.) Hier handelt es sich um eine unerhörte Lohnrückerei und Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte, wie sie selbst in privatkapitalistischen Betrieben kaum vorkommt. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten), da muß der Reichstag darauf dringen, daß wenigstens die elementarsten sozialen Pflichten nicht ganz vom Kapitalismus verschlungen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch das Los der mittleren Beamten ist nicht das Beste. Die feste Anstellung der Diätäre geht sehr langsam vor sich, die Assistentenstelle ist immer mehr die Endstation, es gibt doppelt soviel Anfangs- als Endstellen und Laufende vorläufig Angestellter warten auf das Definitivum.

Ersparungen, die man überall an den unteren Beamten machen will, können nun aber sehr wohl im höheren Dienst möglich sein. Man nimmt aber nur Rücksicht auf die Bedürfnisse des Reichspostamts, in keiner Weise ist von einer sozialen Fürsorge für die Beamten die Rede. Das ist um so verwirklichter, als die Reichspostverwaltung in dem diesjährigen Etat einen Ueberschuß von 113 Millionen Mark aufweist. Diese Ueberschusspolitik, die nur

aus der Steuerföhen der Besizenden entspringt, haben wir firts auf das entscheidende bekämpft. Wir beantragen daher, die Denkschrift der Budgetkommission zu überweisen; dort muß ein Weg gefunden werden, wie man trotz der notwendigen Ersparnisse auch den sozialpolitischen Aufgaben gerecht wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr pünktlich. (Kleine Anfragen, Fortsetzung der Beratung der Denkschrift, Konkurrenzklause, Jugendgerichte.) Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Reichstagswahl in Aussicht.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte am Donnerstag die Wahl des leiner Fraktion angehörigen, ehemals nationalliberalen Abg. Dr. Becker-Spremlingen, der in Alzen-Wingen gegen den freisinnigen Pfarrer Kores gewählt ist, mit 9 gegen 5 Stimmen für ungültig. Treitt der Reichstag diesen Beschlusse bel, so wird in Alzen-Wingen eine Nachwahl stattfinden haben. Bei der Hauptwahl im Jahre 1912 entfielen Stimmen auf Dr. Becker (natl.) 10848, auf Kores (Sp.) 9372, auf Uebelung (Soz.) 2315.

Dann prüfte die Kommission die Wahl des Konservativen Abg. Siebenbürger, der im Wahlkreis Raugard-Regenwalde im ersten Wahlgang mit 12111 Stimmen gewählt wurde. Auf den nationalliberalen Kandidaten entfielen 4733, auf den Sozialdemokraten 1777 Stimmen. Von nationalliberaler Seite wurde Protest erhoben, weil die Wahl nach konservativer Manier gemacht worden ist. Als Wahlurnen dienten Pappschachteln, Suppenkasseln und Zigarrenkisten. Die Wahlzelle bestand in einem Hölle aus einem Lattenverschlag, durch den man jeden Wähler beobachten konnte; in einem anderen Hölle hatte man einen Bettschirm verwendet; oben an der Decke war ein Spiegel angebracht. Freiber ist in Mengen gesendet worden. — Die Prüfung der Wahl wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Aus der Partei.

Von der Parteipresse.

Die Thüringer Parteipresse hat mit Neujahr einige Änderungen erfahren. Es erscheinen jetzt im Agitationsbezirk Thüringen, dem 12 Reichstagswahlkreise der thüringischen Kleinstaaten angehören, 10 Parteizeitungen. Mit Neujahr sind hinzugekommen als neue Unternehmungen die „Eisenacher Volkszeitung“ und die „Vollzeitung für Schwarzburg-Sondershausen“. Erstere ist ein Kopffblatt (mit selbständiger Lokalredaktion in Eisenach) der als weimarisches Landesorgan erscheinenden „Weimarschen Volkszeitung“, die jetzt in Jena in eigener Druckerlei her-

gestellt wird. Bisher wurde sie im Ceraer Büchergeschäft der Leipziger Parteidrucker gedruckt. Letztere erscheint im Verlage der Parteileitung des Sondershäuser Wahlkreises und wird in der Erfurter Parteidruckerie hergestellt. Dafür ist die als Kopffblatt der „Tribüne“ erscheinende „Thüringen“, die früher für den 1. und 2. weimarschen und für den Sondershäuser Reichstagswahlkreis erschien, eingegangen.

Genosse Keil sendet uns eine Erklärung, in der er betont, daß selbstverständlich keine Rede davon sein könne, daß er der „Vorwärts“-Redaktion zumutet, zu seinen Gunsten Bestmeyer als württembergischen Korrespondenten abzugeben. Um nicht in den Verdacht zu kommen, als habe er die von Bestmeyer verfaßten Notizen über landespolitische Fragen für den „Vorwärts“ geschrieben, habe er seinem Freundeskreise mitgeteilt, daß der „Vorwärts“ auf seine Berichterstattung über württembergische Angelegenheiten verzichtet habe.

Die sozialdemokratische Dumafraktion und die Presse.

Eine der wichtigsten Erregungssachen des verfloffenen Jahres in Rußland bildet es, daß die Sozialdemokratie in der Tagespresse seinen Fuß gefast hat. Unter unglücklichen Mühen und Opfern haben die Petersburger Arbeiter es erreicht, daß an Stelle der früheren Monats- und Wochenzeitschriften, die bald unter dem einen oder dem anderen Namen erschienen, gegenwärtig zwei sozialdemokratische Tageszeitungen: „Pravda“ (Wahrheit) und „Luzsch“ (Zackel) in Petersburg erscheinen. Diese Blätter tragen aber keineswegs einen lokalen Charakter, sondern werden in Tausenden von Exemplaren in ganzen Reiche vertrieben.

Das einzig Anerkennliche bei dieser Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterpresse in Rußland ist, daß die Kräfte und Mittel für zwei Organe aufgewendet werden müssen, von denen das eine („Pravda“) die sogenannte „Bolschewistische“ und das andere („Luzsch“) vorwiegend die „Menschewistische“ Richtung vertritt. Mag die Gründung zweier besonderer Blätter angesichts des Nichtungslampes in der russischen Sozialdemokratie historisch berechtigt und erklärlich sein, so führt sie in der Praxis doch zu einer Verzettelung der Kräfte und zu manchen anderen Schwierigkeiten.

Die negativen Seiten dieses Zustandes haben die sozialdemokratische Dumafraktion, die, obgleich aus den Vertretern verschiedener Richtungen bestehend, die Einheit der Sozialdemokratie Rußlands verpörrt, gleich nach ihrer Konstituierung veranlaßt, einen Weg zur gegenseitigen Verständigung anzubahnen. In ihrer Sitzung vom 28. Dezember hat die Fraktion folgenden Beschluß angenommen: „Mit Rücksicht darauf, daß die Einheit der Sozialdemokratie dringend notwendig ist, spricht die sozialdemokratische Fraktion der vierten Duma, als einzige Körperschaft, den dringenden Wunsch aus, daß an Stelle der beiden bestehenden Organe der Arbeiterpresse ein Organ ins Leben gerufen werde. Von diesem dringenden Wunsche der Einheit der Sozialdemokratie und der Vereinigung beider bestehenden Organe der Arbeiterpresse in ein für die Arbeiterklasse maßgebendes Organ ausgehend, macht die

sozialdemokratische Fraktion, als einem der erkmöglichen und der Fraktion zugänglichen Mittel, ihren Mitgliedern den Vorschlag, sowohl der „Pravda“ wie dem „Luzsch“ als Mitarbeiter ihre Unter-
schriften zu geben.“ Fast sämtliche Mitglieder der Fraktion haben dieser Aufforderung bereits Folge geleistet. Von den beiden genannten Blättern hat sich die „Pravda“ zunächst noch nicht äußert. Die Redaktion des „Luzsch“ aber schreibt, sie wisse zwar wohl, daß es auf dem Wege zur Einigung noch viele Hindernisse zu überwinden gebe, sie begrüße aber die prinzipielle Erklärung der Fraktion als ein Zeichen, daß die Meinungsverschiedenheiten die gemeinsame praktische Arbeit nicht hindern können und sollen, und daß eine solche gemeinsame Arbeit auch in einem gemeinsamen Blatte möglich wäre.

Die „Donau-Wacht“ ergeht sich erneut in Stillübungen gegen den „Vorwärts“, die nur beweisen, daß sie unsere Notiz „Der Oberzensor in Ulm“ entweder nicht verstanden hat oder nicht verstehen will. Wir glauben, auch im eigensten Interesse der „Donau-Wacht“ selbst, am besten zu tun, wenn wir unsere Leser mit dem Gerede des Blattes nicht weiter bebeligen.

Ein Sozialdemokrat als erster Stadtverordnetenvorsitzer. In der Stadtverordnetenversammlung zu Satzgerode wurde der Genosse Liebe zum Stadtverordnetenvorsitzer gewählt.

Die Stadtverordneten von Dessau wählten den Genossen Deiß zum stellvertretenden Vorsitzer.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Rathenow wurde das zur Wahl stehende Mandat von unserem Genossen Friesede behauptet. Der Wahlkampf wurde mit noch nicht dagewesener Festigkeit geführt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aus den Gefilden Schlesiens.

Die Parteiorganisation und die Parteipresse im niederschlesischen Bergarbeiterkreis Waldenburg hat im verfloffenen Jahre an gerichtlichen Strafen 4 Monate 7 Wochen Gefängnis und 1460 M. Geldstrafe zu verzeichnen. Von diesen Strafen entfallen auf das seit fünfviertel Jahre bestehende Parteiorgan, die „Schlesische Bergwacht“, 3 Monate Gefängnis und 1085 M. Geldstrafe.

Marktpreise von Berlin am 8. Januar 1913, nach Ermittlungen des Königl. Vorkaufprädikats. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,78 bis 19,80, mittel 19,74—19,76, geringe 19,70—19,72. Roggen, gute Sorte 17,36—17,38, mittel 17,18—17,22, geringe 17,10—17,14 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,40—18,00, mittel 16,70—17,30, geringe 16,00—16,60. Hafer, gute Sorte 18,80—20,30, mittel 17,90—18,70 (jeil Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldeböhen, weiße, 36,00—50,00. Linen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhd.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karpen 1,40—2,40. Halm 1,60—3,20. Sandbar 1,40—3,60. Dachte 1,60—2,60. Barische 1,00—2,40. Schlei 1,60—3,20. Fleie 0,80—1,60. 60 Stück Kredit 3,25—24,00.

„... Ich lasse mich durch das öfentliche Überfahren von unbewandten Dingen nicht kömpfen, sondern verwelange immer Druckverweigerung Werkstoffe.
Ihr mir sind besser pfundt...“

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Todes-Anzeigen
Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 1. Berl. Reichstagswahlkreises.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Genosse
Karl Haase
am 8. Januar plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
204/1 Der Vorstand.

Arbeiter-Wanderverein Berlin
Verein zur Förderung des Wandersports unter den organisierten Parteigenossen Groß-Berlins.
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, den Mitgliedern mitzuteilen, dass unser lieber Wandergenosse
Karl Haase 1/1
am 8. Januar durch den Tod aus unseren Reihen geschieden ist. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen lieben Kameraden, einen eifrigen Förderer unseres Vereins. Durch seinen geraden Charakter hat er es verstanden, sich die Liebe und Achtung sämtlicher Mitglieder zu erwerben und werden wir ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt und bitten wir unsere Mitglieder, unserem Genossen das letzte Geleit zu geben.

Todes-Anzeige.
Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Onkel und Schwager, der Bäcker
Hugo Nitzschke sen.
am 8. Januar (am) entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Januar, nachmittags 1/4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um stille Beileid bittet
Im Namen der Hinterbliebenen:
Hugo Nitzschke jr.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.
Hierdurch unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 8. d. Mts. unser langjähriges Mitglied, der Bäcker
Hugo Nitzschke
im Alter von 73 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 11. d. Mts. nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
10/1 Die Verwaltung.

Turnverein „Fichte“.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Turngenosse
Ludwig Krolewski
(Mitglied der 1. Männerabtl.) am Mittwoch, den 8. Januar, nach langer Krankheit verstorben ist.
16 Jahre war er ein treues Mitglied des Vereins.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle der Freiwilligen Gemeinde, Pappelallee 15/17, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
186/1 Der Vorstand.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege
Karl Haase
am 8. Januar im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Der Verlebene war eines der ältesten Mitglieder der Berliner Filiale und hat an der Förderung derselben stets regen Anteil genommen. Er gehörte in früheren Jahren wiederholt abwechselnd der Ortsverwaltung oder der Kommission an, bis er bei der Übertragung des Hauptverbandes nach Berlin von der Berliner Mitgliedschaft in den Vorstand gewählt wurde. Wiederholt hat die Berliner Mitgliedschaft den Verstorbenen zu den Verbandstagen delegiert.
Alle, die ihn kannten, haben seinen aufrichtigen und ehelichen Charakter zu schätzen gelernt.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
162/8 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises Petersburger Viertel. Bez. 353 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schriftföher
Artur Krüger
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Jan., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Archhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am Dienstag verstarb unser Genosse, der Schriftföher
Karl Kleinfeldt
Strelitzer Str. 7, Bezirk 608.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des alten Sophien-Archhofes, Eingang Bergstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
224/7 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am 8. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Bäcker
Hugo Nitzschke sen.
Kastanienallee 21, Bezirk 599.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des südlichen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
224/8 **Der Vorstand.**

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscheherren Deutschlands.
Filiale Berlin III.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, die Köchlerin Kollegin
Martha Kramer
Alma Gebr. Vorkardt am 8. Januar im Alter von 16 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Jan., nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kumpfer
Willi Balla
gestorben ist.
110/10 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Buch- und Stein-druckerei- Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Dienstag, den 7. Januar, verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied
Ernst Retzlaff.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Januar, nachmittags 2/3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshain aus auf dem Bartholomäus-Archhof in Weichensee, Falkenberger Straße, statt.
162/8 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Nachruf.
Am 6. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Werkzeugmacher
Hermann Kupfer
Nagarschloßstr. 11.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am 9. Januar in Döbena (Königreich Sachsen) statt.
224/6 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Nach kurzem Krankenlager verstarb am 8. d. Mts. unser langjähriges Vorstandsmittglied, Herr
Hugo Nitzschke.
Wir betrauern in dem Dahingegangenen einen in jeder Hinsicht humanen Herrn.
266/5
Ehre seinem Andenken!
Die Beamten der Orts-Krankenkasse für das Bäder- und Konditor-Gewerbe.
Sage allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Alma Kar Haase, den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, und den Mitgliedern des Hauses Wiesenstr. 31 herzlichsten Dank für die innige Teilnahme.
Wwe. Reißner
nebst Kindern. 127

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Adolf Schulz
Treppten, Darger Str. 118, im Alter von 51 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 10. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem Reuten Kreuzbier Gemeindefriedhof in der Kiehlstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
77/10 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Bekannten, besonders der Löwen-Druckerei Abteilung 2, dem fechtigen Wahlkreis und dem Verbände meinen besten Dank.
Wwe. Döhling
nebst Kindern. 127

Dankfagung.
Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Paul Hartmann
sage ich hiermit allen Beteiligten meinen aufrichtigen Dank.
224 **Frau Helene Hartmann.**



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
132-37

König-Str. am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse

G. m. b. H.
Oranien-Strasse

Lebensmittel-Verkauf

Soweit vorhanden. Inseriertes Obst, Gemüse, Gänsefleisch, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

Fleischwaren

Rotwurst Pfd. 55, 85 Pf.	Schinkenspeck in Stücken von 1/2-4 Pfd. Pfd. 1.20
Jagdwurst Pfd. 1.05	Rollschinken ca. 5-8 Pfund schwer . . . Pfd. 1.50
Landleberwurst Pfd. 1.00	Gänsebrust in ganzen u. halb. Stücken Pfd. 1.55, 2.10
Feine Leberwurst Pfd. 1.15	Jäger-Salat Dose 55 Pf.
Pasteten-Leberwurst Pfd. 1.25	Delikatess-Würstchen in Dosen von 6 Paar . . . 95 Pf., 12 Paar . . . 1.85
Bauernmettwurst Pfd. 1.25	Ochsen-Zungen tafelfertig, in Dosen von 2-3 Pfd. netto eingewogen. Pfd. 2.60
Teewurst Pfd. 1.30	
Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.30	

Kakao, Schokolade, Tee

Deutscher Kakao Pfd. 60 Pf. 1.00	Souchong-Melange I 1.90 II 2.30 III 2.80 IV 3.40 V 4.20
Deutsch. Kakao i. Paket Pfd. 1.40, 170	Kongo-Melange Pfd. 2.60,
Raushalt-Schokolade Pfd. 70, 95 Pf.	Pecco-Melange Pfd. 4.80
Vanille-Schokolade 1.20, 1.30	Ceylon-Melange Pfd. 3.40
Souchong-Melange Paket ca. 1 Pfd. 1.30	
Souchong-Melange Paket ca. 1/2 Pfd. 65 Pf.	

Backobst

Gem. Backobst Pfd. 28, 40, 50 Pf.	Kalif. Aprikosen Pfd. 45, 65, 80 Pf.
Kalif. Pflaumen Pfd. 22, 30, 34 Pf.	Kaliforn. Pfirsiche Pfd. 40, 52 Pf.
Entsteinte Pflaumen Pfd. 50, 60 Pf.	Amerik. Ringäpfel Pfd. 30, 42 Pf.
Kalif. Birnen Pfd. 42, 55, 65 Pf.	Italienische Prünellen Pfd. 80 Pf.
Bourbon-Vanille 40, 75 Pf., 1.15	

Fleisch

Schmorfleisch Pfd. 90 Pf. 1.00	Roastbeef Pfd. 1.00, ohne Knochen 1.40
Brust u. Fehlrippe 75, 85 Pf.	Kamm u. Querrippe 70, 80 Pf.
Talg Pfd. 55, ausgelassen Pfd. 65 Pf.	Frisch. Schinken i. Ganz. Pfd. 90 Pf.
Rückenfett Pfd. 75 Pf.	Lieser Pfd. 70 Pf.

Pökeltzunge Pfd. 1.20	Kalbskamm u. Bug Pfd. 85, 90 Pf.
Kalbsbrust 85 Pf., Spitze Pfd. 1.00	

Wild

Hirschwild u. Wildschwein Keule Rücken Blatt Ragout Pfd. 1.00 0.90 0.70 0.30	Rehkeulen . . 5.50 bis 8.00
Rehblätter . . 1.75 bis 2.50	

Wein inkl. Flasche

Moselwein		Bordeauxwein	
Obermoseler 1/2 Flasche 65 Pf.	1909 Les-Bessannes 1/2 Fl. 87 Pf.	1907 Castillonais 1/2 Fl. 92 Pf.	1909 Crü du Marin 1/2 Fl. 1.15
Wormeldinger 1/2 Flasche 75 Pf.	1911 Wellensteiner 1/2 Fl. 82 Pf.	1907 Chät. Terrefort 1/2 Fl. 1.25	1907 Chät. Charron 1/2 Fl. 1.40
1911 Langsurer 1/2 Flasche 1.05	1911 Bullayer 1/2 Flasche 1.15	1905 Pomerol Lalande 1/2 Fl. 1.60	1907 Pontet Canet 1/2 Fl. 1.90
1911 Senheimer 1/2 Flasche 1.25	1911 Enkircher 1/2 Flasche 1.35	1906 Chät. Pichon Longueville 1/2 Fl. 2.10	1904 Marquis de Terme 1/2 Fl. 2.40
1906 Trabacher Schlossbg. 1.90	1905 Wehlener Sonnenuhr 2.20		
Rheinwein		Südwein	
1911 Maikammerer 1/2 Fl. 70 Pf.	1911 Weinheimer 1/2 Flasche 85 Pf.	Feiner Tarragona 1/2 Flasche 90 Pf.	Feiner alter Tarragona 1/2 Fl. 1.00
1908 Bodenheimer 1/2 Fl. 1.00	1907 Nackenheimer 1/2 Fl. 1.15	Douro-Portwein 1/2 Flasche . . 1.20	Alter Douro-Portwein 1.85
1911 Gutenberger Lay 1/2 Fl. 1.30	1909 Rudesheimer 1/2 Fl. 1.40	Feiner alter Douro-Portw. 2.30	Sherry 1/2 Fl. 1.20
1909 Mittelheimer Honigsberg 1.60	1905 Johannisberger 1/2 Fl. 1.70	Alter Sherry 1/2 Fl. 1.85	Feiner alter Sherry 1/2 Fl. 2.40
1907 Geisenheimer Berg 1.90	1909 Marcobrunner 1/2 Fl. 2.15	Insel Samos 1/2 Flasche 85 Pf. 1.00	Madeira 1/2 Fl. 1.20, 1.60
Westfälischer Jagdkorn 1/2 Literkrug . . . 1.00, 1/2 Literkrug . . . 1.80		„Awelot“ Doppel-Schiffsmumme konzentriertes Malzextrakt 1/2 D. 90 Pf. 1/2 Dose 1.70	

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Hört! Hört!
Regenschirme Lederne Handtaschen von 2.50 an von 3.50 an.
Stein Uhren, Habriltüderlager.
A. Möhle, Nähe Halleisches Tor.
Vorwärtslefern 5 Proz. Rabatt.

H. & P. Uder, Berlin SO, 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken zu Originalpreisen.
Zigaretten Amt 4, 3014.

Frank - Bereich - Julius
A. Borchardt, Friedrichstr. 115,
Oranien-Str. Tel. Nr. 10654.
verleiht Rad-, Smolting-, Gebrodenen
in verstellb. Preislag bis 3 elegant.
Genre. Sehr große Auswahl. Näh. Briefe.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
C.,
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Goldgrabenbrunn. - Amt Kat. 3008.
Für Damen Frauen-Bodienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte
Worte). Stellenjuche und Schlusstellen-Anzeigen
5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Getragene Herrengarderobe.
Leihhaus Brunnenstraße 70. 28398*

Westen, Stand 9,-, Brunnenstraße 70, im Keller. 19008*

Teppiche, Brodrücker (Kardenscher), für halben Preis. Vorwärtslefer 10 Prozent! Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 18968*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Schumpeter. Gebunden 3 Mk. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Biederbetten, Stand 11.00, 15.00, 22.00, Brautbetten, Auskennungsstücke, Gardinen, Teppiche, Vorhänge, Belusteltes (pottblillig) Wandbildhaus Kärntnerplatz 7.

Goldwaren, Uhren, Ketten, Broschen, Ringe, Brillanten anerkannt billigste Preise Wandbildhaus Kärntnerplatz 7.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge! Tischdecken! ansehnlich billig! Baumärktelefer 5 Prozent! Rabat! extra! Gardinenhandl. Brunn, Hofeher Markt 4 (Bahnhof Vor). Sonntags geöffnet!

Vorzugige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Berlinhaus Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche! (schlechte) in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hofeher Markt 4. Bahnhof Vor. (Lefer des Baumärktelefer) erhalten 5 Prozent! Sonntags geöffnet!

Biederbetten, Stand 11,-, 16,-, hochfeine 22,-, 28,-, Zentral-Leihhaus Schöneberg, Hauptstr. 111.*

Leihbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärtens von Max Greddecker. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3.50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Herrenanzüge u. Glanzkleidung.
Jedermanns Kaufgelegenheit. Extra-billige Jackettanzüge, Westrockenanzüge, Winterpaletots, Herrenmäntel, Herrenhosen, Kleinauswahl Belgisches, Überblühiger Bettenservier. Vermietungsbüro. Auskennungsstücke. Kassenrechnung. Reichhaltiges Vorhänge-lager, Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Wandbildchen, Steppdeckenlager, Goldschmuck, Leihgeschmuck, Wandbroschen, Wandbilder, Warenverkauf ebenfalls Sonntags.

Wionats-Garderoben-Hand verkauft (pottblillig) wenig getragene Jackettanzüge, Westrockenanzüge, Smokinganzüge, Pradaanzüge, Hüter, Peinleider, auch Brauchanzüge. Prinzenstraße 28, I (Gedhaus Mittelstraße).

Anfertigung Kleinauswahl. Hosen, anfertigen gratis, Kärntnerplatz 24, Reinecke. Seitenreinigung Decken 1.25, Hosen 0.50. Breitrandport - Anfertigung. 28508*

Wionatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Westrockenanzüge von 12.00, Hosen von 2.50, sowie für korpusulente Figuren. Neue Garderobe zu Hause mit billigen Preisen, aus Wandbildchen derallene Sachen kaufen mit billigen bei Kap. Wionatsstraße 14.

Im Freien Stunden. Wochen-schrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnement monatlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Erstklassige Fahrräder. Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brödenstraße 10a, I. Etage. 29078*

Kohlenbarer Kroya muß die Kohlen, Briketts, Koks vollkommen aus, erspart 25 Prozent der Kohlenrechnung, verbessert die Qualität schlechter Kohlen. Sie beziehen durch E. Duwe, Schützenstraße 72. 19796

Kofal, gutgehendes, Parteinest, Radabend, Vereine, Anfragen Graun, Ede Steinstraße, Parteinestgeschäft.
Chit, Gemüse- und Kolonialwarengeschäft in guter Stadtgegend ist wegen Übernahme anderer Unternehmungen zu verkaufen. Offerten unter „A 4“ an die Hauptexpedition des „Vorwärts“ erbeten. 18908*

Milchgeschäft verläßlich, gutgehendes und reichl. Röhres Gruppierstraße 13, Milchladen.

Möbel.
Möbel-Gesellschaft-Kauf (pottblillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,-, komplette Wohnzimmern 132,- bis 240,-, Chaiselongue 24,-, Sofa 38,-, Truhen 33,-, Schreibtische 40,-, Bettstellen 22,-, Kleinauswahl, Möbelgeschäft Neue Königstraße 69, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirksamkeit und einzelne Stücke aus Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten laßt bei uns. Kretschmann u. Co., Kopenstraße 4. (Schleiercher Bahnhof). *

Moderne Ruhbaumöbel (Kauf) Studie, Küche, alles noch neu, sehr billig Kolenhallerstraße 57, vorn 111.

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“lefer 3 Prozent Rabatt. 398*

Möbel-Verkehr. Spezial-Möbelhaus, auf Kredit und gegen Bar. I. Geschäft: Brunnenstraße 7, am Kolenhaller Platz 2. Geschäft: Müllerstraße 174, Ede Feinmöbel. Studie und Küche Anzahlung von 15,- an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5,- an. Kleiner Ausverkauf. Große Auswahl, Vorzüglicher Preis. Interakt. erbt beim Kauf von 50,- an 5,- gutgeschrieben. Lieferer auch nach auswärts. Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr. Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften belegen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet von 12 bis 2 Uhr. 27248*

Arbeiter-Wohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kaufpreis 100,- bis 200,-, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch bei Käufer. Gabelt, Köpfermeister, Kärntnerstraße 54. Kein Anzahlungsgeschäft.

Inventar-Verkauf! 100 Bänke, eiche, mahogoni, nussbaum, Kre-denzen, Umbauten bis 30 Prozent billiger! Seiten günstige Gelegenheiten! Fabrik Stahlstraße 25, an der Hochbahn. 28928*

Teilzahlung. Neues Möbelgeschäft liefert Möbel für Studie und Küche mit 20 R. Anzahlung, kleinste Rate. Auch einzelne Möbel. Kleiner Möbel werden in Zahlung genommen und gegen moderne umgetauscht. Teppiche, Vorhänge, Küch. usw. ohne Anzahlung. Offerten Postlagerkarte 12 Postamt 22. 28968*

Wirtschaft, apartmodern, verläßlich. (Händler am Hof) Böttch. Bildhauer, Umbau, Schreibisch, An-leideckel, Prachtandbilder, Gads-tone, mehrere. Königbergerstr. 11, vorn I links. 6/18

Aussehen erregen meine billigen Preise während des Inventar-Möbelverkaufs. Kleinauswahl in modernen Jugendstil-Einrichtungen, englischen Bettstellen, Truhen, 50 Roulettelos in allen Größen, 60 farbigen Küchen, Schlafzimmern, Bänke, Schreib-tischen. Möbelfabrik, Chausseestr. 49.

Musikinstrumente.
Kaufpreis 150.00 gezahlt nur Abzahlung: auch kleine. Kaufpreis Pianofabrik, Juliusstraße 59. 125*

Bilder.
Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilderverlag, Weinmeisterstraße 2. 29188

Platinabfälle, alte Goldschmelzen, Bruchgold, Silber, Gefäße, alte Uhren, Rehring, Goldwägen, Quecksilber, Stannol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Abfälle liefert Groß, Edelmetallschmelze, Berlin S, Köpenickerstraße 29. Teleph. Vorwärts 6958. 29048*

Platinabfälle, Gramm 5.70, Silber, Gold, Silber, Badengebisse, Stannol, Quecksilber bis 3.35, Metallgold, Rehring, Gold taucht höchstbillig, Stannol, Schmelzer, Kupferstraße 19 III. 29048*

Bücherei. Reise, Bahngebisse, Kattinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallgold, Christian, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Kärntnerstraße). 1/12*

Platin 5.70, Badengebisse, Gold, Silber, Quecksilber, Stannol, höchstbillig, Kettenschmelze 10. 19136*

Haare, angedämmte, Reis höchste Preise. Kärntner gesucht. Brunn, Lindenburgerstraße 1. 6/14*

Fahrradverkauf, höchstbillig, Weberstraße 42. 6/19

Goldschmelze, Silber, Gold, Gefäße, Platin, höchste Preise. Goldschmelzer, Brunn, Kärntnerstr. 22, nahe Köpenickerstraße. 19016*

Wandbilder Feinere Vorhänge 14, nahe der Kärntnerstraße 10285*

Patentanwalt Weiler, Kärntnerstraße 81. 24398*

Patentanwalt Müller, Kärntnerstraße 81. 24398*

Kunsthändler von Frau Kolodj Schlägler, Kärntnerstraße 8 III.

Toilette zu machen gesucht. Offerten unter W. 3 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“. 19048*

Vermietungen.
Wohnungen.
Wohnung. Gartenhaus, 600 Stufen, Höhe 35.00, 1 Treppe, ruhiges Haus, Garten. Kleine Marktsch. 6/11

Goldschmelze 41 schöne Studie und Küche (sollt) und 1 April zu vermieten. Danermeister vergüte lung. 19115*

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Bobrer für Nähmaschinen ver-langt Hexmann u. Co., Grünerweg 117. 6/17

Näherinnen auf Poststellen außer dem Hause finden lohnende Beschäftigung. Gebrüder Reiffen, Leipzigerstraße 71/72. 19065*

Kranerinnen auf Amazonas außer dem Hause finden lohnende Beschäftigung. Gebrüder Reiffen, Leipzigerstraße 71/72. 19065*

Orts: Krankenkasse Reinickendorf.
Die am 20. Dezember 1912 aus-geschriebene Stelle eines Bureau-beamten ist besetzt.
Allen Bewerbern besten Dank.
Der Vorstand.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Gutz-berg u. Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Januar 1913, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige erste Sitzung der Vertretung der Berliner Bürgerschaft im neuen Jahre hat nach dreiwöchentlicher Pause eine ungewöhnlich umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Zunächst ist die Rekonstitution der Versammlung für das Jahr 1913 zu vollziehen.

Vorsitzer Mischelet eröffnet die Sitzung mit einem freundlichen Neujahrsgruß an die Kollegen und mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, in das die Versammelten lebhaft einstimmen. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion betreten erst nach dem Kaiserhoch den Sitzungssaal.

Hierauf gibt der Vorsitz den Vorsitz an seinen Stellvertreter Cassel ab.

Stadtv. Brade (R. L.) spricht als Senior der Versammlung dem abtretenden Bureau, insbesondere aber dem trotz seiner 78 Jahre noch so jugendlich frischen Vorsitzenden Mischelet den Dank für die Geschäftsführung im verflochtenen Jahre aus.

Vorsitzer-Stellvertreter Cassel erwidert namens des bisherigen Vorstandes.

Hierauf spricht die Versammlung zur Wahl des Vorsitzenden.

Die Wahl erfolgt durch Namensaufruf und Stimmzettel. Das Ergebnis ist die Wiederwahl des Vorsitzenden Mischelet mit 97 von 106 Stimmen; unglücklich sind 6, zerplittert 3 Stimmen.

Stadtv. Mischelet (den Vorsitz übernehmend): Sie haben mir von neuem die Ehre erwiesen, mich zu Ihrem Vorsitzenden zu wählen. Ich werde mich möglichst bemühen, mich dieser Ehre würdig zu zeigen. Im Vertrauen auf Ihre Nachsicht und Unterstützung nehme ich das Amt an. (Beifall.)

Wahl des Vorsitzenden-Stellvertreters.

Stadtv. Bruns (Soz.): Im Auftrage meiner Freunde schlage ich den Kollegen Heiman vor. Ich darf auch in diesem Jahre bei dieser Gelegenheit wiederholen, daß sich dieser Vorschlag nicht gegen die Geschäftsführung und gegen die Person des Stadtv. Cassel richtet; ich darf im Gegenteil aussprechen, daß wir mit seiner Geschäftsführung durchaus zufrieden sind. Ich wiederhole aber auch, daß meine Freunde den parlamentarischen Anspruch erheben zu müssen glauben, daß wir die zweite Stelle im Vorstand einnehmen.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Auch wir sind mit der Geschäftsführung des Kollegen Cassel durchaus zufrieden und schlagen ihn deshalb zur Wiederwahl vor.

Stadtv. Cassel wird mit 87 Stimmen wiedergewählt; 81 Stimmen erhält Stadtv. Heiman (Soz.); 2 Jettel sind weiß.

Stadtv. Cassel nimmt mit Dank die Wahl an.

Durch Zufall wählt die Versammlung die bisherigen Beisitzer Gerike (Fr. Fr.), Liebenow (R. L.), Frid (R. L.) und Bruns (Soz.), sowie die Vorsitzenden-Stellvertreter Alt (R. L.), Brade (R. L.), Schulze (R. L.), Pfannkuch (Soz.) einstimmig wieder.

Nach Abschluß der Vorstandswahl erfolgt die feierliche Einführung und Verpflichtung des neuen besoldeten Stadtrats. Dasselbe durch den Oberbürgermeister Bernuth. Das neue Magistratsmitglied wird darauf auch vom Stadtv. Bruns, dem Vorsitzenden, mit warmen Worten willkommen geheißen.

Für die ordentlichen Sitzungen wird auch für dieses Jahr der Donnerstag bestimmt; ebenso Beginn wie bisher um 5 Uhr. Die bestehenden ständigen Ausschüsse werden bekräftigt, ebenso die 1912 eingesetzten Ausschüsse und gemischten Deputationen, die ihren Auftrag noch nicht erledigt haben.

Dem Verein „Neue Freie Volksbühne“ will der Magistrat zur Förderung der Errichtung des geplanten eigenen Theatergebäudes am Bülowplatz im ehemaligen Scheunenviertel eine Hypothek von 2 Millionen Mark gewähren.

Stadtv. Labowitz (R. L.): Wir haben diese Vorlage mit großer Freude begrüßt und sind dem Magistrat sehr dankbar, daß er durch Gewährung von städtischen Mitteln die Ausführung des Gedankens eines eigenen Gebäudes für die so verdienstlich wirkende „Neue Freie Volksbühne“ fördert, so daß diese nicht mehr auf die Gönnerschaft anderer Theater angewiesen ist. Ein Risiko läuft die Stadt, soweit ich die Situation übersehe, nicht. Weniger gefällt mir der gleichzeitige Vorschlag einer weiteren Frühlingsgewährung an die Herren, die uns seinerzeit das Scheunenviertel abgekauft haben. Wird ein Ausschuh beschloffen, so wird ja diese Frage noch näher geprüft werden.

Stadtv. Döhrenfurth (Fr. Fr.): Wir sind in diesem Spezialfall für die Gewährung einer städtischen Hypothek, halten aber die Vorlage in einigen Punkten noch der Klärung für bedürftig und beantragen Ausschuhberatung.

Stadtv. Cassel: Wir haben die Sache in der Fraktion noch nicht beraten können. Wir haben wie der Vorredner Interesse an der Beschleunigung der Bebauung des Scheunenviertels. Ueber Einzelheiten der Vorlage bestehen aber unabweisbar große Meinungsverschiedenheiten, wir sind deshalb für Ausschuhberatung.

Stadtv. Burm (Soz.): Auch wir begrüßen die Vorlage als ersten Schritt auf einem neuen Wege. Aber gerade weil dieser Schritt etwas zu zögernd vorgenommen wird und zu unsicher ist, haben wir unsererseits auch Ausschuhberatung gewünscht. Mein vom Standpunkt des Grundstücksbesitzers läßt sich die Frage nicht beurteilen. Gewiß haben wir darauf zu achten, daß das Terrain auch praktisch aufgeschlossen wird; wir halten auch ein Theater daselbst für eine ganz nützliche Sache, wenn wir uns auch einen großen Einfluß auf die Bebauung usw. davon nicht versprechen. Uns interessiert in erster Linie der Umstand, daß die Stadt sich bereit erklärt, einem Kunstinstitut entgegenzukommen. Es wird hier aber nur ein Schritt getan. Mehrere Berliner Vororte haben längst eigene Stadttheater, von den Provinzhauptstädten ganz abgesehen; da muß doch auch die Frage erwogen werden: warum sollen wir nicht in Berlin ein eigenes Theater haben? Wenn Berlin nicht selbst ein Kunstinstitut übernehmen will, ließe sich denn nicht wenigstens ein städtisches Gebäude errichten, das den Bühnen zur Verfügung gestellt würde? Es ließe sich dabei auch das Bedürfnis nach einem großen Konzertsaal erwägen. Die „Neue Freie Volksbühne“ und auch die „Freie Volksbühne“ nehmen die künstlerischen Interessen der ärmeren Klassen, des kleinen Mannes, wahr; da wäre die Frage der Bewilligung einer städtischen Subvention zu erwägen. Von einer Rentabilitätsberechnung im einzelnen ist uns bisher auch nichts vorgelegt worden. Was finge die Stadt mit dem Theater selbst an, wenn die Rinsen nicht mehr gezahlt würden? Die Prüfung in einem Ausschuh kann erfolgen, ohne daß die Sache selbst dadurch verschleppt wird.

Stadtv. Cassel: In der Vorlage handelt es sich in keiner Weise um Uebernahme von Theatern oder um Subventionierung, sondern bloß um ein Darlehen. Handelte es sich um etwas anderes, so würden meine Freunde dagegen sein. (Zustimmung.) Der baldige Annahme der Vorlage wünscht, wäre gut, solche weiteren Pläne nicht damit in Verbindung zu bringen.

Stadtv. Mommsen: Herr Burm hat der Vorlage mit seiner Rede einen arg schlechten Dienst geleistet. Uns bedrogen nur die Vertragsänderungen mit den Eigentümern des Scheunenviertels zu dem Antrag auf Ausschuhberatung. Ueber eigene städtische Theater, Konzertsäle usw. sind hier die verschiedensten Meinungen vertreten. Damit darf man den Ausschuh nicht bedrängen. Die Vorlage geht an einen Ausschuh.

Den Magistratsantrag, dem Frauenverein gegen den Alkoholismus die Aufstellung einer Erfrischungshalle vor dem Bahnhof Friedrichstraße auf der Schlingel in der Georgenstraße widerständig zu gestalten, hat der eingesetzte Ausschuh mit 8 gegen 5 Stimmen abzulehnen empfohlen. Den Bericht über die Ausschuhberatung erstattet Stadtv. Heiman (R. L.).

Stadtv. Berndt: Es handelt sich hier um ein gemeinnütziges Unternehmen zur Böhfhof der Bevölkerung. Solche Bestrebungen verdienen tatkräftige Förderung. Die Stadt hat dem gleichen Verein bereits 1910 einen Raum auf dem Spreewaldplatz zur Verfügung gestellt. Die Rechenschaftsberichte des Vereins sind durchaus einwandfrei. Die Bedenken der Ausschuhmehrheit gegen den vorgeschlagenen Platz werden vom Magistrat nicht geteilt, auch nicht in offshetlicher Beziehung. Der Zeitpunkt, wo das Hauschen wieder entfernt werden muß, weil der Bahnhof erweitert wird, liegt noch sehr fern.

Stadtv. Dr. Anauer (R. L.) tritt namens der Mehrheit seiner Fraktion für die Genehmigung ein. Von einer Verjauchung der Gegenseite durch das Hauschen könne nicht die Rede sein. Für eine Erfrischungshalle dieser Art sei gerade an der geplanten Stelle ein sehr starkes Bedürfnis.

Stadtv. Wengels (Soz.): Trotz der schönen Rede des Magistratsvertreters erlaube ich Sie um Ablehnung der Vorlage. Ich habe Ihnen vor längerer Zeit auseinandergesetzt, wie die Gesellschaft mit ihren Angeestellten verfährt. (Auf: Heil!) Ja, das scheint Sie nicht zu interessieren. Aus den Berichten, die wir bekommen haben, war zu ersehen, daß die Angestellten sehr geringe Gehälter bekommen; über die Arbeitszeit steht nichts darin. Ich habe die Verhältnisse persönlich untersucht; die Angestellten bekommen 70 M. monatlich mit Abzügen und haben Arbeitszeit bis zu 10 1/2 Stunden täglich. Wenn in den Berichten gesagt wird, es gebe Gehälter bis zu 120 und 130 M., so haben diese Sätze nur einzelne von mehreren hundert Angestellten. Wenn eine Gesellschaft, die in Wohlthat macht, ihren Arbeitern so erbärmliche Löhne mit solcher langen Arbeitszeit gibt, dann sind auch Sie verpflichtet, unter diesen Umständen auf einen Wandel hinzuwirken. Der Kampf gegen den Alkohol, den wir ja alle wollen, zwingt die andere Seite zu großen Opfern. Die kleinen Gast- und Schankwirte müssen darunter leiden; ein großer Teil von diesen kann nicht einmal mehr zahlen. (Wachsende Unruhe in der Mehrheit.) Soweit darf es nicht gehen, daß man auf der einen Seite Wohlthatigkeit übt und andererseits die Angestellten der größten Ausbeutung überläßt. Wir wollen nicht, daß in Berlin sozialistische Zustände eingeführt werden von einer Gesellschaft, die sich als Wohlthatigkeitsgesellschaft gibt. Unsere Wünsche sind doch nicht unerfüllbar; wir sind im Gegenteil sehr bescheiden, wie immer. (Heiterkeit.) Ist die Gesellschaft schließlich gestellt, so mag sie um eine höhere Subvention bei uns eintommen.

Stadtv. Georoldt (Fr. Fr.) ist über die Stellungnahme des Vorredners erstaunt. Mit einer Subvention könne der Verein nichts anfangen; er müsse für seine Ziele Propaganda machen, und das könne er nur an Mittelpunkten des Verkehrs. Der Platz an der Georgenstraße sei auch gar kein Schandplatz. Die Freie Fraktion würde für die Vorlage stimmen.

Stadtv. Jubeil (Soz.): Es ist das Bestreben der Stadtverwaltung wie der Deputation seit Jahren, alle kleinen Plätze so weit irgend möglich mit Baum- und Schmuckanlagen zu versehen. Hauschen wie das hier beantragte, tragen zur Verschönerung solcher Anlagen wahrhaftig nicht bei. Was Wengels über die Arbeitszeit und Entlohnung der Angestellten des Vereins mitgeteilt hat, entspricht Wort für Wort strickle der Wahrheit. Die Angestellte auf dem Spreewaldplatz hat den Tag über kaum zehn Minuten zum Ausruhen. Von den 120-130 M. muß sich die Angestellte ihre Hilfskräfte halten und bezahlen. Wir können doch nicht kulturelle Bestrebungen unterstützen, die durch solche Ausbeutung wieder zu nichte gemacht werden. Nur wenn der Magistrat eine Untersuchung der Arbeits- und Wohnverhältnisse zuläßt und die Subvention eventl. zu erhöhen bereit ist, so würden wir für die Vorlage stimmen können.

Stadtv. Sonnenfeld (R. L.): Die nach der Meinung einzelner unzulängliche Anzahl der Gesellschaft kann doch kein Grund für die Ablehnung sein. Wie soll sich der Magistrat zur Kontrollinstanz einer solchen Unternehmung aufwerfen? Eventl. hat ja die Polizei schon das Recht des Eingreifens. An der Lage der Angestellten wird doch durch die Ablehnung der Vorlage nichts geändert.

Stadtv. Jubeil: Wir halten dafür, daß in diesem Falle die Kultur der Aufzucht der Arbeiterverhältnisse gleichen Schritt halten muß mit der Kultur der Bekämpfung des Alkohols.

Stadtv. Mommsen: Wenn wir bei jeder noch so kleinen Vorlage alle diese Fragen aufwerfen, können wir die städtischen Geschäfte überhaupt nicht führen.

Der Ausschuh Antrag wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Das aus Anlaß des Baues des Orhafens nötig gewordene Abkommen mit der Stadtgemeinde Berlin-Lichtenberg hat mit einigen mehr reaktionellen Modifikationen die Zustimmung des niedergesetzten Sonderausschusses gefunden, für den Stadtv. Dahn (R. L.) referiert.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach den Ausschuh Anträgen.

Auf dem von der Stadt angekauften Teile des Exerzierplatzes an der Schönhauser Allee sollen Spielplätze angelegt werden. Der Magistrat sucht dazu die erforderliche Bewilligung von 300 000 M. nach, wovon 120 000 M. in den Etat für 1913, 80 000 M. in den für 1914 eingestellt werden sollen.

Die Versammlung stimmt zu.

Der Vierte Internationale Kongreß für Physiotherapie tagt vom 28. bis 30. März d. J. im Reichstagsgebäude. Er wird circa 1000 Teilnehmer zählen. In den Festräumen des Rathauses soll ihm ein Empfang dargeboten und dafür ein Betrag von 8000 M. bereitgestellt werden. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Zwei weitere Anträge Arons (Soz.) sind darauf gerichtet:

1. den Magistrat zu ersuchen, den Mitgliedern der Versammlung einen Ausweis über ihre amtliche Eigenschaft zur Benutzung bei Recherchen u. dgl. auszustellen;

2. den Magistrat zu ersuchen, den Mitgliedern der Versammlung und des Magistrats freie Fahrt auf allen Linien der städtischen Straßenbahnen zu gewähren.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wir müssen unserer Verwunderung Ausdruck geben, daß ein solcher Antrag wie der erste noch notwendig ist. Wir haben keine Ausweise für die Armenverwaltung und für die Grundigentumsdeputation, auch nicht für die Stadtverordneten als Personen. Sehr oft kann man dadurch in die eigentümlichsten Situationen kommen, namentlich bei Recherchen; die Alten sind da meistens ein geeigneter Ausweis. Charlottenburg und andere Städte haben diesen Ausweis längst. In einer Stadt wie Berlin kann der Stadtverordnete nicht einmal in seinem Bezirk bekannt sein, denn die Einwohner wechseln so oft. Unsere Magistratsmitglieder besitzen, jodelt ich weiß, eine solche Karte auch noch nicht; es wäre ein Anzusehen, wenn für beide zugleich ein solcher Ausweis geliefert wird.

Vorsitzer Mischelet zeigt den Ausweis, wie er in Charlottenburg ausgestellt wird, der Versammlung vor und erklärt seine Bereitwilligkeit, die Sache eventuell ebenso zu handhaben.

Stadtv. Galland (R. L.): Quader Jahre ist es ohne solche Karte gegangen. (Heiterkeit.) Aber an und für sich habe ich ja nichts dagegen. Herr Hoffmann wirkt zweierlei durcheinander; als Mitglied einer Deputation ist man Magistratsbeamter. Das Recht

der Kontrolle steht auch nicht dem einzelnen Stadtverordneten, sondern der Versammlung als solcher zu. Recherchen kann man nicht auf Grund einer solchen Karte, sondern bloß kraft Auftrags der Versammlung vornehmen. Wir brauchen aber den Magistrat nicht zu behelligen, wir brauchen sie uns nur vom Vorsteher ausstellen zu lassen; das beantrage ich hiermit.

Stadtv. Hoffmann: Nach der Erklärung des Vorsitzenden können wir ja damit auch zufrieden sein. Herr Galland meinte, hundert Jahre sei es so gegangen; aber Herr Galland, es ist ja auch beinahe hundert Jahre ohne Sie als Stadtverordneter gegangen! (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtv. Galland: Einen wirklichen, tatsächlich berechtigten Kern hat das Verlangen nach einer Legitimationskarte nicht.

Stadtv. Gwald (Soz.) führt einen Fall an, wo er als Mitglied der Grundigentumsdeputation und in seiner Eigenschaft als Kurator eines städtischen Gebäudes bei einem Arbeiter ganz erheblich angeklagt sei, weil er eine solche Legitimation nicht hatte.

Vorsitzer Mischelet erklärt nunmehr offiziell, den Mitgliedern eine solche Legitimation ausstellen zu wollen.

Der Antrag wird darauf zurückgezogen.

Den zweiten Antrag begründet ebenfalls Stadtv. Hoffmann: Eine ganze Reihe Städte haben bereits die Einrichtung, die wir hier für uns und für die Magistratsmitglieder wünschen. Der Stadtverordnete im Dienste einer Großstadt hat ohnehin viel Zeitverlust und viel Geldopfer zu bringen. Die eben beschlossene Legitimationskarte könnte einfach auch für die Straßenbahnen in Geltung gesetzt werden.

Stadtv. Dr. Preuß: Die Verkehrsdeputation wird sich mit der Frage schon in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen. Neuerdings soll nun aber der Düsseldorf'er Bezirksauschuh auf Grund des Kleinbahngesetzes und der Städteordnung die Erteilung solcher Freikarten als unzulässig erklärt haben. Auf Erkundigung habe ich erfahren, daß dies betrifft der Stadt Mühlheim tatsächlich geschehen ist. Dann würde erst eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abzuwarten sein. Die Beschlußfassung über den Antrag wäre daher wohl zunächst zu verlegen.

Stadtv. Cassel tritt der letzteren Anregung bei, gibt aber seiner durchaus abweichenden Rechtsauffassung Ausdruck, daß in der Gewährung von Freikarten eine Befolgung der Stadtverordneten absolut nicht zu erblicken sei.

Stadtv. Labowitz spricht sich in demselben Sinne aus.

Stadtv. Mommsen: Meine Freunde stehen fast einstimmig auf dem Standpunkt, daß es nicht gerechtfertigt ist, den Stadtverordneten Freikarten zu gewähren. Unsere Abonnements auf der „Großen Berliner Straßenbahn“ dienen ausschließlich dem Verkehr zwischen der Wohnung und dem Arbeitsplatz des Reisenden in der Gemeinde.

Stadtv. Hoffmann: Man kann hier doch nicht von Willkürlichkeit, nicht von der Verschaffung eines Vorteils reden. Da müssen wir ganz entschieden protestieren. Wir müssen, wenn wir unseren Arbeitern gerecht werden wollen, fast täglich in der ganzen Stadt herumtauschieren. Eher noch könnte gegen die Karte für die „Große“, als gegen die Karte für die städtischen Bahnen, die doch eine städtische Einrichtung sind, Einwendungen erhoben werden. Den Standpunkt des Herrn Mommsen weisen wir so lange zurück, bis jeder von uns ein eigenes Auto hat. (Heiterkeit.)

Stadtv. Cassel: Von der Befriedigung privater Bedürfnisse ist hier tatsächlich keine Rede. Ob die Kosten groß oder klein sind, die erlegt werden sollen, darauf kann es nicht ankommen. Wir treten doch auch dafür ein, daß den Abgeordneten freie Fahrt auf Eisenbahnen gewährt wird. Die überwiegende Mehrheit meiner Fraktion ist für die Annahme des Antrages gewesen. Jetzt muß natürlich dem Verlangen nach Zustimmung gegeben werden.

Es wird so beschloffen.

An die Kirchengemeinde Rosenthal soll eine der Stadt gehörige, im Ostbezirk Rosenthal belegene Fläche von 0,8 Hektar zum Preise von 24 000 M. pro Hektar zur Vergrößerung des Friedhofs verkauft werden. Die Parzelle liegt direkt am Bahnhof der Industriebahn Tegel-Friedrichshagen.

Stadtv. Hoffmann bemängelt verschiedene der Bedingungen, unter denen der Verkauf erfolgen soll. Ganz besonders bedenklich sei die Klausel, daß die Parzelle bei späterem Bau des zweiten Gleises der Bahn wieder abgetrennt werden solle; die Gemeinde brauche bloß Gräber dort anzulegen, um auf 40 Jahre die Zurückgabe zu verhindern.

Stadtv. Alberti tritt diesen Bedenken entgegen.

Stadtv. Hoffmann warnt dringend die Versammlung, die Vorlage mit diesem Passus anzunehmen. Verträge schlicke man so ab, daß sie für alle Teile gültig sind. Gebt man die Fläche ohne Einschränkung fort, so könne man nicht hindern, daß die Friedhofsverwaltung schon am nächsten Tage anfangen, auf dieser Fläche zu beerdigen.

Der Antrag auf Ausschuhberatung wird angenommen.

Für Kenntnisnahme vorgelegt ist die Uebersicht über die Klassenfrequenz in den Gemeindeschulen am 1. November 1912.

Stadtv. Anauer (R. L.): Es ist erfreulich für uns, Konstatieren zu können, daß die Zahl der fliegenden Klassen weiter abgenommen hat; ebenso erfreulich auch, daß die Zahl der Mietschulen im Sinken begriffen ist. Bedauerlich dagegen ist die Tatsache, daß einige Schulen im Zentrum der Stadt wiederum vor der Frage der Auflösung stehen, obwohl einige Klassen einen kleinen Zuwachs der Frequenz aufzuweisen haben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Da uns die Uebersicht über die Frequenz erst Montag abend bezug. Dienstag früh zugegangen ist, beantrage wir Vertagung dieser Beratung.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Die 1910 ausgehobene Vorrichtung über die Festsetzung eines Mindestverbrauchs von 300 Kubikmeter jährlich für die Abnehmer von Gas durch Automatenmessung soll wieder eingeführt werden.

Stadtv. Linde (Soz.): Es ist sehr merkwürdig, daß das, was vor zwei Jahren beseitigt wurde, jetzt auf Antrag des Magistrats wieder ausgenommen werden soll. Damals hat der Magistrat darauf hingewiesen, daß der Ausfall ein sehr minimaler sein werde. Das Mindestquantum ist auch in der Tat so gering, daß es nur selten unterschritten wird. Für die Verbraucher, welche nicht 25 Kubikmeter monatlich verbrauchen, wird es große Scherereien geben; es sind hauptsächlich die ärmeren Leute, denen der Magistrat durch seinen Antrag zugleich einen Vorwurf macht. Außerdem werden bei Ringasmessern ohnehin circa 25 Pf. pro Kubikmeter mehr erhoben. Zu einer Veränderung liegt gar kein Grund vor; gerade weil die vielen Scherereien aufgehört haben, ist die Zahl der Ringasverbraucher so gestiegen; ihre Anzahl beträgt jetzt ungefähr 115 000. Wir bitten, es bei dem bisherigen Verfahren zu belassen.

Stadtv. Senz: Damals betrug der Jahresdurchschnitt über 500 Kubikmeter, das war für die Verwaltung immerhin noch ganz vorteilhaft. Es hat sich jedoch seit 1910 herausgestellt, daß manche Abnehmer gar keinen Verbrauch entwickeln. Der vorgeschriebene Mindestverbrauch ist kein unbilliges Verlangen; wenn hier nicht bald ein Miegel vorgegeben wird, wird der Mißbrauch noch größer werden.

Stadtv. Julius (R. L.): Ich halte es für ratsam, nicht so radikal vorzugehen. Der nur Stufe und Stufe oder zwei Stufen und Stufe hat, kann nicht 300 Kubikmeter verbrauchen. Prüfen wir die Sache in einem Ausschuh!

Stadtv. Jacobi (R. L.): Die ganze Automaten-Einrichtung ist unrentabel, wenn wir den Magistratsantrag nicht annehmen. Früher brauchte man nicht so sehr darauf zu sehen, aber jetzt geht es mit den Einnahmen rückwärts, und tatsächlich wird mit der Einrichtung Unfug getrieben. Manche Damen haben sich den Auto-

maten stellen lassen, lediglich um sich morgens und abends die Haare zu drehen. (Zuruf: Woher weißt Du! Große Heiterkeit.)

Stadt. Dinge: Wir haben Bureau mit Gasmaschinen, wo für ganze 60 Pf. monatlich Gas konsumiert wird. Daß Hunderttausende verloren gehen, ist eine ganz unbewiesene Behauptung. Für Münzgas nehmen wir jährlich 5 Millionen ein. Um Genaueres über den zahlenmäßigen Ausfall zu hören, sollten wir in einen Ausschuss gehen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Eine weitere Vorlage bezweckt, die Gemeindebeschlüsse von 1897/98 und 1900 betr. die bei Unfällen städtischer Arbeiter zu gewährenden Unterstützungen mit der Reichsversicherungsordnung in Übereinstimmung zu bringen. Die Vorlage gelangt ohne Diskussion zur Annahme.

Für die Vorlage betr. die Errichtung von Bauten und den Bau eines Anschlußgleises auf den städtischen Gütern im Staatsjahr 1913 wird die Einsetzung eines Ausschusses beschloffen.

Hierauf steht zur Beratung die Magistratsvorlage wegen Aufhebung des Brauabgabenerlasses und Einführung einer Biersteuer und einer Steuer für Kinematographentheater, Spezialitätentheater, und Zirkusvorstellungen und Tanzlustbarkeiten.

Mit Rücksicht darauf, daß es bereits 9 Uhr geworden ist, beschließt die Versammlung die Absehung des Gegenstandes von der heutigen Tagesordnung.

Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen von untergeordneter Bedeutung, schließt die Sitzung gegen 10 Uhr.

Erffa übertrumpft!

Welche Rechtebefugnisse sich mancher Gemeindevorsteher anmaßt, erhellt eine Gerichtsverhandlung, die am Dienstag, den 7. Januar, vor dem Amtsgericht in Potsdam stattfand.

Angeklagt war der Gemeindevorsteher Genosse Willendorf aus Schenkenberg bei Großbeeren (Kreis Teltow) wegen Hausfriedensbruchs. Der Gemeindevorsteher Eichelbaum hatte den Strafantrag gestellt.

Der Sachverhalt war folgender: In einer Sitzung der Gemeindevorstellung sollten die Ergänzungswahlen zum Steuerzuschuss vorgenommen werden. Bevor diese vorgenommen wurden, erbat der Angeklagte das Wort zur Geschäftsordnung. Dies wurde ihm vom Gemeindevorsteher nicht erteilt. Als er sich nochmals zur Geschäftsordnung meldete, erklärte ihm der Gemeindevorsteher, daß er den Mund halten solle. Dagegen protestierte W. und erklärte, daß er das nicht brauche. Der Gemeindevorsteher forderte ihn daraufhin auf, den Raum, in dem die Gemeindevorstellung tagte, zu verlassen. Dieser Aufforderung kam W. nicht nach. Damit sollte das Delikt des Hausfriedensbruchs gegeben sein. Eichelbaum machte von dem Vorfall dem Landratsamt Mitteilung. Er erhielt zur Antwort: „Es war Ihr gutes Recht, den W. wegen seiner Widerspenstigkeit vom Verlassen des Versammlungsraumes aufzufordern. Er hat sich zweifellos des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Dadurch, daß Sie die Abhaltung der Sitzung der Gemeindevorstellung in Ihrer Privatwohnung gestattet haben, haben Sie sich Ihres Hausrechtes nicht begeben.“ Es wurde ihm weiter noch mitgeteilt, daß ein Ortsstatut gegen die Mitglieder der Gemeindevorstellung wegen ordnungswidrigen Benehmens auf Ausschluß aus der Versammlung auf gewisse Zeit nicht besteht. Diese Antwort ist um so ungeheurer, als die Beweisaufnahme ergab, daß von einem „ordnungswidrigen Benehmen“ überhaupt die Rede gar nicht sein konnte. Vielmehr wurde durch die Zeugenvernehmung festgestellt, daß, obgleich der Beklagte bis zum Schluß der Sitzung im Versammlungsraum verblieb, diese ohne Störung ihren Verlauf nahm und ruhig zu Ende geführt wurde.

Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung. Zur Sache selbst führte Rechtsanwalt Steinmann als Vertreter des Beklagten noch an, daß dem Gemeindevorsteher überhaupt das Recht bestritten werden muß, strafantragsberechtigt zu sein. Die Sitzung fand in einer Wirtschaft statt und war von der Besitzerin für die Zwecke zur Verfügung gestellt. Verdrängt zum Strafantrag ist nur der Träger des Hausrechtes selbst, also in erster Linie der Eigentümer, eventuell der Mieter. Ein Mietverhältnis war aber nicht vorliegend, da der Raum nur zur Verfügung gestellt war. Wegen Mangel eines Mietverhältnisses könne also nur die Eigentümerin als strafantragsberechtigt gelten, selbst wenn der Gemeindevorsteher das Hausrecht gehabt hätte. Im übrigen sei der Raum nicht dem Gemeindevorsteher persönlich, sondern der Gemeindevorstellung zur Verfügung gestellt worden. Die Gemeindevorsteher seien also Mitberechtigte an dem Räume gewesen. Eichelbaum hatte kein Recht auf ausschließliche Geltung seines Willens in dem fraglichen Raum. Der Angeklagte konnte sich so wenig eines Hausfriedensbruchs schuldig machen, wie dies ein Miteigentümer tut, der auf Beschluß der Mehrheit der anderen Miteigentümer den gemeinschaftlichen Raum nicht verläßt. Angeschuldigter weilt kraft eigenen Rechts in dem Raum, damit entfällt der Hausfriedensbruch. Solcher liege auch deshalb keineswegs vor, weil dem Angeklagten das Bewußtsein fehlte, widerrechtlich in dem Raum zu verweilen. Das Vorgehen des Gemeindevorstehers erinnere an die Forderung des ehemaligen Abgeordneten von Oldenburg-Januschau. Dieser verlangte einen Leutnant und 10 Mann zur Wiederherstellung der „Ordnung“. Eichelbaum habe das Verfahren noch vereinfacht und in die Tat umgesetzt. Nach parlamentarischem Brauch mußte dem Beklagten das Wort zur Geschäftsordnung erteilt werden. Es würde zu einem Zustande völliger Rechtsunsicherheit führen, wenn ein gewählter Vertreter der Bürgerschaft dadurch, daß er das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, aus dem Sitzungsraum verwiesen werden könnte und an der Ausübung seiner Rechte verhindert würde.

Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers. Es sprach den Angeklagten frei.

Gerichts-Zeitung.

Wie ein Volksschullehrer rechnen lehrt.

Gegen den Berliner Volksschullehrer Arnold Wenzlaw hatte auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Landgericht das Strafverfahren wegen Körperverletzung unter Außerachtlassung der Aufmerksamkeit, zu der er vermög seines Berufs verpflichtet sei, eingeleitet. Er stehe im Verdacht, am 20. März 1911 durch Schläge mit einem Rohrstock die Körperverletzung des Schülers D. verursacht zu haben. Der Knabe war geächtigt worden, weil er in der Rechenstunde eine vorgeschriebene Rechenaufgabe nicht nachsprechen konnte.

Der Lehrer selber erklärte: Der Schüler habe den Satz, obwohl er ihn ihm habe zehn- bis zwölfmal vorgesprochen lassen beziehungsweise selber vorgesprochen habe, nicht richtig nachgesprochen. Er habe angenommen, der Schüler handle aus Trost so. Er habe ihm deshalb zunächst drei Schläge über das Gesicht gegeben, indem er ihn über einen Stuhl legte. Als der Junge den Satz dann nicht nachsprach, habe er ihn über die Bank gelegt und zwei weitere Schläge verabreicht. Und schließlich habe er dem Jungen, der sich bücken mußte, drei weitere Schläge gegeben. Inzwischen habe er ihn nur „angeklippt“, nicht aber geschlagen. Der Junge habe schließlich den Satz dreimal hintereinander richtig aufgesagen können, woraus sich ergäbe, daß er es vorher nur nicht gewollt habe.

Die Ausfagen anderer Schüler über die Zahl der Hiebe gingen auseinander. Zwei von ihnen wollten mitgezählt haben. Einer von diesen rechnete 60 Hiebe in ganzen heraus. Ein anderer 30. Ein Schüler sagte, es seien 30 schwere und leichte Hiebe gewesen. Einer wollte 10 schwere Hiebe erkannt haben.

Dr. Lindemann, von dem die Eltern den Knaben untersuchen ließen, stellte unter anderem starke blutrinneartige Streifen über dem linken Schulterblatt fest. Auf dem Gesicht fand er 12 Striemen. Sein Gutachten ging dahin, daß auf Grund der gefundenen Merkmale angenommen werden müsse, daß der Knabe äußerst anbauern und heftig geächtigt worden sei. Wenn man die Schläge in ihrer Gesamtheit nehme, dann komme man zu dem Resultat, daß sie eine Schädigung in physischer und psychischer Beziehung hätten herbeiführen können.

Der Schularzt, der erst zehn Tage später den Knaben untersuchte, fand noch eine talergroße grünlige Verfärbung des Hauptschulterblattes. Eine Ueberschreitung der zulässigen Züchtigung nahm er insofern an, als die Schläge Stellen trafen, die für Schläge nicht geeignet sind.

Bevor es zur Verhandlung vor dem Straftrichter kam, erhob das Provinzial-Schulkollegium zugunsten des Lehrers den Konflikt, indem es Einstellung des Verfahrens beantragte. Es nahm an, daß der Lehrer in pädagogischer Hinsicht allerdings zu weit gegangen sei. Dafür sei er auch mit einer Ordnungsstrafe von 20 M. bestraft worden. Eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse könnte aber nicht angenommen werden, weil eine Gesundheitschädigung nicht hätte eintreten können und unstrittig ja auch nicht eingetreten sei.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte jedoch dieser Tage den Konflikt für unbegründet und entschied demgemäß, daß dem Strafverfahren sein Fortgang zu geben sei. Es wurde ausgeführt: Durch die preussische Kabinettsorder vom 14. Mai 1825 sei das Züchtigungsrecht der Lehrer dahin eingeschränkt, daß es nicht bis zu einer Mißhandlung ausgedehnt werden dürfe, die der Gesundheit des Kindes auch nur im entferntesten schädlich werden könne. Hier habe nun zwar eine direkte Schädigung nicht stattgefunden. Aber nach der ganzen Art sei die Züchtigung hier eine solche gewesen, daß eine Gesundheitschädigung nicht ausgeschlossen war. Darum liege eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse vor. Das Strafverfahren habe also seinen Fortgang zu nehmen.

Die durch die Anklage des Provinzial-Schulkollegiums begünstigte Prügfelfreiheit wird also selbst dem Oberverwaltungsgericht zu bunt.

Eine Anklage wegen Mordes

beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt. Aus der Untersuchungsbefugnis wurde der 29jährige Arbeiter Artur Haack vorgeführt. Er ist beschuldigt, am 12. November v. J. seine Ehefrau erschossen zu haben, und zwar soll er, wie die Anklage annimmt, die Tat mit voller Ueberlegung ausgeführt haben. Als Offizialverteidiger ist dem Angeklagten der Rechtsanwalt Martin Kantorowicz vom Gericht gestellt worden. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

Die Verhandlung entrollte ein Bild einer unglücklichen Ehe, deren Zerrüttung nach Angaben der Anklage auf eine gewisse Arbeitslosigkeit des Angeklagten zurückzuführen ist. Der Angeklagte hatte seine Frau, die schon ein älteres vorerbliches Kind hat, am 8. Mai 1911 geheiratet. Die Ehe war von Anfang an nicht glücklich, da der Angeklagte, der schon am Hochzeitstage arbeitslos war, sich auch in der Folgezeit überhaupt keine Mühe gab, sich Arbeit zu verschaffen. Die Frau war deshalb gezwungen, ihre bisherige Arbeit als Näherin bei einer Damenkonfektionsfirma in der Kronenstrasse beizubehalten, bei der sie pro Woche circa 30 M. verdiente. Von diesem Verdienst mußte sie längere Zeit hindurch den Unterhalt bestreiten. Ihren Arbeitskollegen, bei denen sie als einfache, stille und fleißige Frau in großer Achtung stand, gegenüber beklagte sie sich häufig über die Arbeitslosigkeit ihres Mannes, der ihr die ganze Sorge für den Unterhalt überlasse. Einige Monate nach der Hochzeit beklagte sie sich auch häufig darüber, daß sie von ihrem Mann außerdem auch noch mißhandelt werde. Als sie eines Tages von einem Ausfluge heimkehrte, sah sie zu ihrem Schrecken, daß ihr Mann während ihrer Abwesenheit die sämtlichen Möbel, trocknen sie auf Abzahlung entnommen waren, verkauft hatte. Auf ihre Bitten gab ihr ihr Mann von dem Erlöse die Summe von 120 M., die sie sofort an den geschädigten Möbelhändler zahlte. Dieser Vorfall hatte zur Folge, daß die Frau zu ihren Eltern, dem Schuhmachermeister Wilmisch zog, der mit seiner schon betagten Ehefrau in der Schöneberger Straße 24 wohnte. Als sich der Angeklagte auch hier mißliebig machte, wurde ihm von seinen Schwiegereltern das Haus verboten.

Der Angeklagte selbst behauptete von Anfang an, daß die Schuld an der Zerrüttung seiner Ehe nicht ihm, sondern seiner Schwiegermutter beizumessen sei, die unter Ammenbung aller möglichen üblen Mittel seine Frau gegen ihn aufgehetzt habe. — Die Anklage behauptet dagegen, daß der Angeklagte, auch nachdem seine Frau schon bei ihren Eltern wohnte, wiederholt versucht habe, von ihr Geld zu erlangen. Er soll ihr wiederholt, wenn sie von ihrer Arbeitsstätte kam, auf der Straße aufgehalten haben und ihr einmal sogar auf dem Köpffplatze die Handtasche weggerissen haben, in der er Geld vermutete. Da der Angeklagte mit immer stärker werdenden Drohungen verlangte, seine Frau solle wieder mit ihm zusammenziehen, kaufte sie sich aus Angst vor den Drohungen einen Revolver, der ihr jedoch später von ihrem Bruder wieder abgenommen wurde. Als dem Angeklagten dies erzählt wurde, soll er, wie behauptet wird, geäußert haben, daß sie alle kommen könnten, sie würden dann eben alle etwas abtragen. Am 10. November ließ sich die Frau von den Bitten des Angeklagten erweichen und besuchte in Begleitung ihres Kindes mit ihm den Zirkus. Auf seine drängenden Bitten hin erklärte sie sich aus bereit, wieder mit ihm zusammenzuziehen. Am nächsten Tage wurde ihr diese Zusage jedoch wieder leid. Sie schrieb an ihren Mann einen Brief, in dem sie ihm erklärte, daß es ihr unmöglich sei, nochmals mit ihm zusammenzuziehen. Als der Angeklagte diesen Brief erhielt, kaufte er sich in einem Waffengeschäft an der Spandauer Brücke einen Revolver, den er sofort von dem Verkäufer mit scharfen Patronen laden ließ. Sodann schrieb er an seine Mutter und an seine Schwiegereltern — Abschiedsbriefe, in denen er bat, neben seiner Frau beerdigt zu werden. Mit diesen Briefen in der Tasche erwichen er am Abend des 12. November in der Wohnung seiner Schwiegereltern. Es kam hier zwischen den Schwiegereltern und der Frau und ihm selbst zu einem erregten Wortwechsel. Als die Frau bemerkte, daß er immer frampfhafter die rechte Hand in der Jackettasche hielt, wurde sie plötzlich von einer dunklen Ahnung gepackt und lief hülflos aus dem Zimmer. Ehe der Angeklagte daran gehindert werden konnte, lief er hinterher und gab auf seine in einer Ecke lauernde Frau drei Schüsse ab, welche die Frau sofort töteten, da eine Kugel, wie die Obduktion ergab, die große Schlagader durchbohrt hatte. Der Angeklagte richtete die Waffe dann gegen sich selbst, verletzte sich aber nur unbedeutend an der linken Schläfe.

Von Rechtsanwalt Martin Kantorowicz wird der Beweis dafür angetreten, daß der Angeklagte die Tat in einem Zustande furchtbaren Aufregung begangen habe, die durch die fortgesetzten Schlägen seiner Schwiegermutter herbeigeführt worden sei. Für die Verhandlung sind zwei Sitzungstage angelegt worden. Ueber den Ausgang der Verhandlung, die bislang durch Vernehmung des Angeklagten ausgefüllt wurde, werden wir berichten.

Die Ehrenmänner des Staatsanwalts.

Bei einem am Mittwoch vor dem Breslauer Schwurgericht verhandelten Revolverattentat wurde einem als Zeugen benannten Kellner Namens Erdmann von einem anderen Zeugen zum Vorwurf gemacht, daß er Spießdienste bei der Breslauer Polizei verrichte. Der Gerichtshof nahm davon, vielleicht mit Rücksicht, gar keine

Notiz. Anders der Staatsanwalt. Dieser fühlte sich berufen, das unsaubere Gewerbe der Polizeispießel noch mit folgenden, mit erheblicher Stimmzahl gesprochenen Worten zu beschönigen:

„Meine Herren Geschworenen! Es ist hier dem Zeugen Erdmann nachgesagt worden, er wäre als Polizeispießel tätig gewesen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß Erdmann ein Ehrenmann ist, dem man in jeder Beziehung glauben kann. Es ist meines Erachtens durchaus nicht unehrenhaft, wenn jemand der Polizei Spießdienste leistet. Ja, gerade der Umstand, daß Erdmann diese Dienste der Polizei geleistet hat, spricht nicht gegen, sondern eher für seine Ehrenhaftigkeit.“

Die Breslauer Polizei kann auf diese Rechtfertigung der Polizeispießel stolz sein. Erst vor wenigen Wochen wurde ein solcher „Ehrenmann“ vom Breslauer Schwurgericht wegen Raubmordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Und die Kosten für diese staatsanwaltlichen „Ehrenmänner“ bezahlen die Steuerzahler.

Aus aller Welt.

Dreifacher Mord in der Mark.

Der mysteriöse Leichensund auf einem Gute bei Ringenwalde, über den wir in unserer gestrigen Nummer berichteten, hat eine furchtbare Aufklärung gefunden. Die beim Aufräumen einer niedergebrannten Strohmiete aufgefundenen halbverlohten Leichname sind als die des Steuererhebers und Gutsbesizers Kalitz und seiner Frau aus Ortzig festgestellt worden. Die Nachforschungen auf dem Besitztum des Kalitz führten zur Auffindung eines dritten Leichnams, eines Dienstmädchens. Die drei sind von einem polnischen Knechte, der seit 14 Tagen auf dem Gute beschäftigt war, ermordet worden. Die beiden Kinder des ermordeten Ehepaars wurden in ihrem Schlafzimmer lebend angetroffen. Sie waren von dem Mörder verschont worden, jedoch hatte er sie durch Drohungen eingeschüchtern, damit sie nicht um Hilfe riefen.

Wie die gerichtliche Untersuchung und die Vernehmung der Kinder ergab, hat der Knecht zuerst den Besitzer im Stall erschlagen, dann ist er in die Schlafstube der Eheleute eingedrungen und hat die Frau im Bett ermordet. Um seine Flucht einige Zeit zu verdecken, erschlug er später noch das Dienstmädchen in einem abseits gelegenen Verschlage. Die Leichen des Gutsbesizers und seiner Frau schleppte er nach der in der Nähe des Gutshofes stehenden Strohmiete und steckte diese an. In der Wohnung der Ermordeten sind die verschiedenen Schränke, darunter ein Geldschrank, erbrochen und beraubt worden.

Den Namen des Knechtes, der aus Protoschin stammen soll, kennt man nicht, da er bei seinem Dienstantritt keinerlei Papiere bei sich hatte. Es wird vermutet, daß der Mörder in Gemeinschaft mit mehreren Komplizen gehandelt hat, denn die Kinder sagten bei ihrer Vernehmung aus, daß sie im Nebenzimmer die Stimmen von drei oder vier verschiedenen Personen gehört hätten.

Wie ein Telegramm des Wolffschen Telegraphen-Bureaus aus Briesen meldet, ist am Donnerstagnachmittag um 6 Uhr in dem Dorfe Graben bei Grohneudorf in der Nähe von Briesen der Knecht des Bauernhofbesizers und Steuererhebers Friß Calies ergriffen worden, der diesen, dessen Ehefrau und das Dienstmädchen des Ehepaars, Anna Philipp, in Ortzig ermordet und dann die Flucht ergriffen hatte. Der Mörder heißt Heinrich und nennt sich auch Ditto Schöne.

80 000 Mark veruntrent.

Ein Opfer verheerter Spekulationen ist der Bankdirektor Kurt Müller aus Schlettstadt geworden. Müller, der Vorsitzender der Schlettstadter Filiale der „Allgemeinen Eßstädtischen Bankgesellschaft“ ist, wurde nach einer Revision der Bücher verhaftet, da nach vorläufiger Schätzung ein Fehlbetrag von 80 000 Mark festgestellt wurde. Müller führte ein einfaches und bescheidenes Leben und hat sich durch seine Spielleidenschaft ruiniert. Nachdem er durch unglückliche Spekulationen sein eigenes Vermögen verloren hatte, vergriff er sich an den ihm anvertrauten Geldern. Die Bankgesellschaft der Bank erleidet keinen Schaden, da die Gesellschaft die Verluste deckt.

Ein jugendlicher Raubmörder.

Der 16½-jährige Kaufmannslehrling Wejoldt in Plauen im Vogtland, der seinen 16-jährigen Lehrkollegen Kurt Gade ermordet und ihn eines Betrages von 850 M., den Gade für seinen Chef von der Post geholt hatte, beraubte, hat jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt. Wejoldt ist seinem Lehrkollegen am Vormittag des 4. Januar gefolgt, hat ihn mit dem Gelde nach dem Keller seiner Wohnung gelockt und mit einem verborgenen Beil erschlagen. Darauf nahm der junge Mörder den Toten und legte ihn in eine Kiste, die er mit einem Saß Kartoffeln füllte. Das Geld versteckte er einstweilen in einem Korbhaufen.

Der jugendliche Mörder war, wie unser Zwickauer Parteiblatt mitteilt, eifriges Mitglied der bürgerlichen Jugendbewegung und besaß die dort Ehrenposition. Er soll beim Jungdeutschlandbund der beste Schütze gewesen sein und auch die Kassegeschäfte mit erledigt haben. Hierbei hat er Veruntreuungen begangen und deshalb ist bei ihm der Plan herangereift, sich auf andere Weise Geld zu beschaffen. Schon vor kurzem fand er ein Portemonnaie mit dem Inhalte von 40 M., die er in seinem Interesse verwendete. Außerdem soll er noch ein eifriger Leser der „Nieuw-Beobachter“ gewesen sein. In dem Erschlagenen aber verlor die Arbeiterjugend ein strebsames Mitglied, der seiner Aneignung wegen von allen sehr geachtet wurde.

Läge der Fall umgekehrt, daß der Mörder der freien Jugendbewegung angehört hätte, dann würde die bürgerliche Presse sicherlich ein furchtbares Geheul über die Verrohung der arbeitenden Jugend durch die freie Jugendbewegung anstimmen. So aber geht sie schweigend über die Tatfache hinweg.

Meine Notizen.

Schweres Eisenbahnunglück. Bei der Einfahrt eines Güterzuges in den Bahnhof Prenzlau entgleiste Donnerstagmorgen ein Gepädwagen und stürzte um. Dabei wurde der Vater Sohn aus Paretz getötet. Ein Hilfsbremser erlitt eine schwere Quetschung des rechten Fußes.

Seine patriotische Begeisterung schwer blühen muß ein Knecht aus dem Dorfe Porogell bei Brieg in Schlesien. Er nahm den Sabel eines auf Urlaub befindlichen Soldaten und wollte damit seine militärischen Kenntnisse als ehemaliger Soldat beweisen. Dabei schlug er an die über ihm hängende Spirituslampe, deren Inhalt sich über ihn und einen in der Nähe stehenden Wassererschöpf. Beide glühten sofort Feuerfäden und erlitten so schwere Brandwunden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

In der Grube verschüttet. Auf dem Schacht 3 der pfälzischen Grube Frankholz wurden drei Bergleute und ein Bergführer durch herabfallendes Gestein verschüttet. Ein 27jähriger verheirateter Bergmann wurde noch längerer schwerer Arbeit als Leiche geborgen. Die drei anderen wurden an Druif und seinen Lebensgefährlich verletzt in das Knappschichtlazarett gebracht.

PEEK & CLOPPENBURG

Gertraudtenstraße 25-26-27 □ BERLIN □ Roßstraße 1-la-2

Nur bis Montag, den 20. Januar

Inventur-Verkauf

zu vorteilhaften, niedrigen Preisen.

Zum Verkauf kommen fast nur **tadellose Restbestände** in **besseren Qualitäten**, welche billig verkauft werden! **Besonderes Angebot in Knaben- und Jünglings-Anzügen in besserer Ausrüstung. Herren-Sakko-Anzüge, Paletots und Ulster** in modernen Farben und neuester Machart **außerordentlich preiswert.**

Theater.

Freitag, 10. Januar 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Ag. Opernhaus. Carmen.

Ag. Schauspielhaus. Der Kaufmann.

Deutsches. König Heinrich IV. 2. Teil.

Birkus Busch. Gala-Vorstellung.

Birkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Zwischen Kreuz und Halbmond.

Neues Opernhaus (Kroll). Russisches Ballet.

Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.

Leitung. Hofe Bernd.

Stammerspiele. Mein Freund Teddy.

Berliner. Himmelskinder.

Königsgräber Straße. Die fünf Jünglinge.

Auriferen-Over. Der Auferstehende.

Theater am Nollendorfplatz. Die schöne Helena.

Deutsches Opernhaus. Oberon.

Montis Operetten. Der Frauenfresser.

Aleuco. Professor Bernhardt.

Weißens. Die Frau Präsidentin.

Thalia. Puppen.

Schiller O. Die Schmetterlingsschlacht.

Schiller. Charlottenburg.

Kinder der Exzellenz.

Luisen. Berlin-Hamburg-New York.

Metropol. Chauffeur — ins Metropol.

Komödienhaus. Die Generalde.

Groß-Berlin. Das Fürstentum.

Trianon. Die Götter — Die Besten.

Hofe. Sünden der oberen 10 000.

Herrnfeld. Die Alpenbrüder.

Casino. Am grünen Strand der Spree.

Wintergarten. Spezialitäten.

Apollo. Brüderlein sein.

Reichshallen. Bosco.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Publikumhaus. Majolika.

Walhalla. Goldener Lichtsinn.

Bois-Caprice. In Sachen Kaptenen.

Die Tochter der Braut.

Schiller-Theater O. Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Der Tallsman.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Das Konzert.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Die Geschwister Elga.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Kinder der Exzellenz.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Die Jüdin von Toledo.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Der gute Ruf.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Nordens 1141.

8 Uhr: Der Frauenfresser.

Sonnab., 2. 1. Hofe: Der heil. Antonius.

Theater am Nollendorfplatz 5.

In allen Tagen der Woche:

Abends 8 Uhr.

Die schöne Helena.

Luisen-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: Berlin-

Hamburg-New York. Gr. rom-

tomisch. Ausarbeitung von Ernst

Kittlerfeld. Musik von Georg Bunzly.

Sonnabend u. folg. Tage: Berlin-

Hamburg-New York.

Sonnabendnachm. 4 Uhr: (Kinder-

port): Der Sandmann kommt.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Die Sünden

der oberen Zehntausend.

Anfang 8 Uhr.

Sonnabend 4 Uhr: Schneewittchen.

8 Uhr: Die Sünden der oberen

30-Tausend.

Metropol-Theater

Chauffeur — ins Metropol!

Große Jägerbühne mit Gesang und

Tanz in 10 Bildern.

Otto Reutter a. G.

mit gänzlich neuem Repertoire!

Anfang 8 Uhr. Hausen gestaltet.

Apollo

Theater

Abends ab 8 Uhr!

Das grandiose Programm.

8 1/2 Uhr:

Ein beispielloser Erfolg!

„Brüderlein sein“.

Alt-Wiener Singspiel von Jul.

Wilhelm. Musik v. Leo Fall.

Folies Caprice.

Die Novitäten:

In Sachen Kaptenen.

Die Doppelfirma.

Die Tochter der Braut.

Deutscher Metallarbeiterverband

Ortsverwaltung Berlin.

Branche der Elektromonture und Kinooperateure.

Sonntag, 12. Januar 1913, im großen Saal

der Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m

Lichtbildervortrag des Herrn

Otto Roth

über

Die deutsche Revolution 1848-49.

Eintritt 20 Pf. Saalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 1/2 Uhr.

Nach dem Vortrage: 110/12

Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten zu haben

Neue Welt

Arnold Scholz

Hasenheide 108/114

Täglich

Bockbierfest

in den bayrischen Alpen

5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.

Wochentags Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Sonntags 4 Uhr. Sonntags 50 Pf.



„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musik. 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baarz
und Zillerthaler und Tegernseer Sänger,
Schuhplattler und Jodler!

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen:

Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Brauerei Friedrichshain

am Königstor

Größte Schenswürdigkeit Berlins

Heute, Freitag: Elite-Tag!

Das amüsanteste bayrische Bockbier-Fest

Seppi Weinzierl aus München

3 große Pferderennen, 3 Sieg- und 3 Plats

6 Geldpreise — Damen und Herren.

Die Teilnehmer werden aus dem Publikum gelost.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:

Baron v. Binder-Kriegelstein:

Zwischen Kreuz und Halb-

mond.

Zirkus

Albert Schumann.

Heute Freitag, 10. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

Große Gala-Vorstellung.

Neu! Neu!

Mons. Cäsario

mit seiner wilden Raubtier-

gruppe, bestehend aus

Löwen und Tiger.

Das Tagesgespräch v. Berlin.

Zum Schluß:

Das herrliche Ausstattungsglück

Der unsichtbare Mensch.

4 Bilder aus Indien.

Herrnfeld

Theater

Sämtliche

Herrnfeld-Schlager

übertröfen!

Wüstenmoral

Die Alpenbrüder

mit Anton und Donat Herrnfeld

in den Hauptrollen.

Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theater.)

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

„Bosco“.

Wespiel und

Wittion.

Anfang

8 Uhr.

Sonntags

7 1/2 Uhr.

PassageTheater

Lichtspiele

Unter den Linden 22/23.

Liebe u. Recht

Drama aus dem wilden

Wusten

und das große

Programm.

Zirkus Busch.

Heute Freitag, 10. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

Ganz Berlin spricht nur noch

von Mac Norton,

gen. Das menschliche Aquarium!

Der Acroplan im Zirkus

(Ein Affe als Aviatiker!)

sowie das glänzende Januar-Pragr.

Zum Schluß:

Die große Frank-Pantomime

„Sevilla“

in 6 glänzenden Akten.

Avis! Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:

„Unter Gorillas“.

Jeder Erwachsene ein Kind unter

10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.

Boigt-Theater.

Gesundbrunnen, Badstr. 58.

Freitag, den 10. Januar cr.:

Adam und Eva.

Komödie mit Gesang in 4 Akten von

Jacobson und Ely.

Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Theater Königstadt-Casino.

Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.

1 Minute v. Bahnh. Zehnminuten

Tägl. abds. 7 1/2. Sonnt. 7 1/2 Uhr:

Einer Mutter Sohn.

Beststück in 1 Akt — und das

groß. Spezialitätenprogramm

Jed. 1. u. 10. : Programmwechsel.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20. Kolonial. Cor.

Abends 8 1/2 Uhr:

Goldener Lichtsinn.

Sonntag, 8. 12. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr:

Wasspiel Siegfried Böhm: Onkel

Bräsig. Ermöglichte Preise.

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr:

Die neue Lokalposse:

Am grünen Strand

der Spree!

Passage-Panoptikum

50 wilde

Weiber Männer

Kinder

vom Stamme der Igoroten.

Lebend! Ohne Extra-Entree!

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

Die Erste — Die Beste!

Bauernschänke Zentrum

Neue Promenade 1

unterbrochen auch bei Tag geöffnet.

Konzert, Stimmung, Humor.

An die werktätige Bevölkerung Berlins!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Amt Nordost 1987. Kassierer: Amt Nordost 185. Arbeitsnachweis: Amt Nordost 1339, 9714.

Sonntag, den 12. Januar 1913, mittags 1 Uhr: Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Berlin:

Bockbrauerei, Tempelhofer Berg
Fliems Festsäle, Hasenheide 13/15
Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59
Drachenburg, Vor dem Schleißchen Tor
Graumann, Nannysstraße 75
Boekers Gesellschaftshaus, Weberstraße 17
Elysum, Landsberger Allee 40
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 150
Comenius-Säle, Memeler Straße 67
Borgmann, Andreassstraße 21
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23
Prater-Theater, Kastanienallee 7/9
Kastanienwäldchen (Inhaber Walter), Badstr. 16
Pharus-Säle, Müllerstraße 142

Berliner Bockbrauerei (Abt. II), Chausseestr. 64
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24

Vororte:

Neukölln: Hoppes Festsäle, Hermannstraße 49
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3
Schöneberg: Neue Rathhaus-Säle (Juh. Ebrecht),
Meininger Straße 8
Wilmerdorf: Viktoriengarten, Wilhelmsau
Lichtenberg: Schwarz. Adler, Frankfurter Chaussee 5
Pankow: „Zum Fürstlichen“, Berliner Straße 102
Reinickendorf-Ost und -West: Schützenhaus,
Residenzstraße 1/2
Ober-Schöneweide: Wilhelminenhof
Weißensee: Schloß Weißensee.

Tagesordnung:

„Die Fleischteuerung durch den Kommunalfreisinn und den schwarzblauen Block.“

Referenten:

Otto Braun, Eugen Brückner, Dr. Oskar Cohn, Paul Dupont, Wilhelm Düwell, Ferdinand Ewald, Max Grunwald, Theodor Gloche, Karl Hetzschold, Adolf Hoffmann, Marie Juchacz, Dr. Karl Liebkecht, Karl Leid, Wilhelm Pätz, Hugo Poetzsch, Adolf Ritter, Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. R. Silberstein, Heinrich Ströbel, Emanuel Wurm, Mathilde Wurm, Dr. Hermann Weyl, Klara Weyl, Hans Weber, Luise Zietz, Fritz Zubeil.

Wir fordern die gesamte werktätige Bevölkerung, Arbeiter und Handwerker, Gewerbetreibende und Beamte auf, zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen.

Die Einberufer: J. A.: Eugen Ernst, Diefenstr. 16.

Achtung!
Ortskrankenkasse
der
Tischler in Spandau.
Freitag, den 12. Januar 1913,
abends 8 Uhr,
bei Dersch, Kurstr. 21:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes, 2. Dis-
kussion, 3. Wahl einer Rechnungs-
prüfungskommission, 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Stark Warzinger, Vorsitzender.

Arbeiter
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

**Arbeiter-Radfahrer-
Bund Solidarität.**
Ortsgruppe Berlin.
Der Protestversammlungen
wegen fallen am Sonntag,
den 12. Januar, sämtliche
Touren aus.
**Inventur-
Räumungs-Verkauf**
Ulster-Anzüge, Winterpaletots,
Fracks, Smoking, Gehr.-Anzüge
jetzt 20-60 M.
Billige Hosenwoche
Versandhaus „Germania“,
Berlin, Unter den Linden 21 II.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Einsetzer.
Sonntag, den 12. Januar 1913, vormittags 10 Uhr,
finden die

Bezirks-Versammlungen
in den bekannten Lokalen statt.
Im 2. Bezirk bei Dobrohsaw, Schliemannstr. 35.
Die Kollegen werden ersucht, in den Versammlungen die
Lohnlisten abzugeben.

Maschinenarbeiter!
Sonntag, 11. Januar 1913, in Voetters Festsälen, Weberstr. 17:
Sommerfest im Kurort „Chimulpo“.

Zur Ausführung gelangt:
„An die Scholle gefesselt“.
Anfang 9 Uhr. Billets 50 Pf.
Billets sind im Verkehrslokal bei M. Otto, Markussstraße 47, zu haben.
Die Kommission.
Sonntag, 25. Januar 1913, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:
Operetten-Vorstellung
(Leitung Direktor E. Alexander.)
Erfolgreiche Darstellung. Glänzende Ausstattung.
Große Rosinen.
Große Operette mit Gesang und Tanz in 3 Akten (4 Bilder) von Rud. Bernauer und Rudolf Schaner. — Musik von Emil Bedtschneider und Walter Kolko. — Die Länge ist nach den Arrangements des Berliner Theaters einstudiert.
Nach der Vorstellung: Ball bis 6 Uhr morgens.
Eröffnung 7 Uhr. Beginn 7/9 Uhr. Eintritt 60 Pf.
Das Rauchen ist während der Vorstellung nicht gestattet. Das Komitee.
77/0

Verkauf nur im Fabrikgebäude!
35

Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35

Permanente Musterzimmer-Ausstellung.
35

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieffert, Neukölln. Für den
Inseratenteil verantw.: Th. Gloke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Sonntag, den 12. Januar 1913,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags
findet die

Abstimmung über die Hanskassierung in Berlin

in folgenden Lokalen statt:
Kaczerowskis Restaurant, Ravenestr. 6.
Schwedlers Restaurant, Ackerstr. 123.
Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/25.
Gliesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder
Straße 42.
Voigts Theater, Badstr. 58.
Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
Funkes Festsäle, Triftstr. 63.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
Patzenhofer-Brauerei, Turmstr. 25/26.
Wiemers Festsäle, Balowstr. 58.
Gewerkschaftshaus, Engelafer 15.
Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
Eickes Restaurant, Schöneleinstr. 6.
Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.
Stralau-Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56.
Lichtenberg, Ertelt, Pfarrstr. 74.
Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
Boecker, Weberstr. 17.
Roß, Straßmannstr. 29.
Neukölln, Barisch, Hermannstr. 49.
„ Zibell, Elbestr. 8.
„ Iden, Harzer Str. 88.
„ Rückheim, Bergstr. 97.

Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Köpenick-Friedrichshagen, Lehmann, Köpenick,
Bahnhofstr. 14.

Steglitz, Clement, Düsselstr. 7.
Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelminenhof-
straße 18.
Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.
Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.
Weißensee, Peukert, Berliner Allee 251.

Tegel, Heinicke, Brunowstr. 23.
Reinickendorf, Glende, Schillingstraße, Ecke
Auguste-Victoria-Allee.
Spandau, Mudetzky, Bismarckstr. 8.
Pankow, Rozycki, Kreuzstr. 2/4.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen
verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege Adolf Cohen, Einlenstr. 83/85.
110/11 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Sektion der Lagerhalter
Sonntag, den 12. Januar, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelafer 15, Saal 1:

**Konferenz der
Lagerhalter der Provinz Brandenburg.**
Tagesordnung: 1. Waren- und Nahrungsmittelfälschungen. Referent:
Dr. Rodrich, Hamburg. — 2. Diskussion. — 3. Verbandsangelegenheiten.
Alle Kollegen, sowie die Verwaltungsmittelglieder der Konsumvereine
sind hiermit freundlich eingeladen. Bitte haben Zutritt.
Die Sektionsleitung.
J. A.: Aug. Sed. Adlershof.
281/0

Ziehung unwiderruflich 15. Januar
Kösliner Lotterie
4171 Gewinne im Gesamtwerte von Mark

60000
15000
7500

Lose 1 Mark 11 Lose sortiert aus 10 M.
versch. Taus. Porto und Liste 25 Pf. extra.
H. C. Kröger, Berlin W8
Friedrichstr. 193 a

35

Bad Frankfurt
Große Frankfurter Straße 136
Sämtliche Bäderarten
Lieferant für alle Krankenkassen.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine
Monats-Garderobe
direkt an Private.
Anzüge und Paletots von 10 M. an.
Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

35

35

35

35

35

35

Heute abend Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen.

Fürsorgeerziehung und Kinderhortbewegung.

Die Freunde des staatlichen Fürsorgeerziehung haben beson-
ders in neuerer Zeit gewaltige Anstrengungen gemacht, um sich in
möglichst helle Beleuchtung zu stellen und die im Volke so leicht nicht
zu tilgende Schande von Mitleid und anderer Erziehungsstellen
auszutreiben. In Wort und Bild wird es der Welt geflüstertlich
verfunden, wie vorzüglich und vergnüglich es doch unsere Laufende
von Fürsorgeerziehung in ihren Zwangspensionaten haben. Nach
diesen Schilderungen muß es eine wahre Wonne bereiten, der
Zwangsfürsorge überwiegen und für das ganze Leben staatspoli-
zeilich abgeimpft zu werden. Zur rechten Zeit kommt wieder mal
eine warnende Stimme von einer Seite, die gewiß nicht staats-
gegnerischer Tendenzen begehrt werden kann: von der Kinder-
hortbewegung. Der soeben erschienene Jahresbericht des
jeh: 34 Horte umfassender Berliner Hauptver-
ein Kinderhort sagt es runderaus, daß die Not, die auch
die Mutter zwingt, das Haus zum Zwecke des Geldverdienens zu
verlassen, unser Fürsorgeerziehung macht. In der Auflösung der
Familie durch die Umwandlung des Agrarstaates in den Industri-
staat und in der dadurch verminderten Erziehung liegt der Haupt-
grund für die wachsende Kriminalität der Jugendlichen. Hier müßte
der Hebel zuerst angefaßt werden, wenn man eine Verminde-
rung der Fürsorgeerziehung und der Kriminalität im jugendlichen Alter
herbeiführen wollte. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Mutter
ihre Erziehungspflicht ausüben kann. Am wirkungsvollsten wäre es
so, wenn die Familien so unterstützt werden könnten, daß die Mutter
im Hause bleiben kann; aber eine solche Summe würde keine Ge-
meinde für diesen Zweck flüssig machen können, so heißt es im Be-
richt. Darum müßten die Institutionen, die einen Ersatz der
Familierziehung bieten, wie also auch die Kinderhorte, so ver-
mehrt werden, daß alle Kinder, die im Hause keine Aufsicht und Er-
ziehung finden, aufgenommen werden können. Verhältniß sei besser
als Heile, und ohne Frage auch billiger. Die Gesamtkosten der
Fürsorgeerziehung belaufen sich auf über elf Millionen Mark.
Würde davon nur die Hälfte für vorbeugende, die Zwangsfür-
sorge ausschaltende Zwecke verwendet, sagt der Bericht, so könnten
rund 170 000 Kinder in Kinderhorten untergebracht werden. Das
Ministerium des Innern sendet zwar seine Fürsorgezahlen
mahnend in die Welt, aber es hat, wie dem Hauptverein auf ein
Unterstützungsgesuch mitgeteilt wurde, für vorbeugende Maßregeln,
für die Kinderhorte und ähnliche Einrichtungen, keinen Pfennig
zur Verfügung. Dabei steht es fest, daß 50 Proz. aller Kinder,
über die die Fürsorgeerziehung verhängt werden mußte, ohne
richtige Hauslichter waren. Man suche neuerdings — so betont
der Jahresbericht weiter — in der zu milden Bestrafung von Ver-
gehen durch die Jugendgerichte die Ursache des Anwachsens der
Kriminalität unter den Jugendlichen. Sicherlich ohne Grund. Es
müßte sogar bedauert werden, daß gerade schulpflichtige Kinder in
die höheren Klassen wie im Vorjahre bestrast worden sind. Des-
halb habe der Verein beschlossen, in die Horte auch solche Kinder
aufzunehmen, die schuldig geworden sind, weil der notwendige er-
zieherische Einfluß des Elternhauses fehle, von denen man also nicht
annehmen könne, daß sie die moralisch gesunden Kinder schädigen.
Das ist alles ganz schön und gut, manches sogar sehr richtig,
aber es bringt doch nicht die Tatsache aus der Welt, daß die private
Berliner Kinderhortbewegung so ziemlich am Ende ihrer Leistungsfähigkeit
angelangt ist und daß sie knapp den zehnten Teil dessen leistet,
was sie leisten möchte und müßte. In die 34 Horte wurden
1827 Kinder aufgenommen. Rechnet man die Kinderhorte anderer
Berliner Vereinigungen hinzu, so kommen vielleicht 3000 Kinder
zusammen. In Groß-Berlin haben wir aber nach einer der Wichtig-
keit sicher sehr nahe kommenden Schätzung 25—30 000 auffichtlose
Kinder! Die Einnahme des Hauptvereins Kinderhort betrug nur
32 000 M., wovon allein 18 000 M. auf die Beihilfe der Stadt ent-
fielen. Der Jahresbericht beklagt, daß die Großindustrie, die die
Mutter aus dem Hause nimmt und in erster Linie die Notwendigkeit
zur Einziehung von Horten schafft, also auch zur Verarmung
der Kriminalität unter den Jugendlichen beiträgt, nichts Auser-
gewöhnliches für die Hortbewegung tut. Die Stadt Berlin, der
Staat Preußen müssen erhebliche Mittel aufwenden zu helfen.
Mit Recht sagt der Bericht, daß solche vorbeugende Maßnahmen
die wirkungsvollsten sind. Wichtiger aber als alle solche Hilfe ist
vor allem die Beseitigung der wirtschaftlichen Ursachen, die all die
Not und das Elend zur Folge haben, die zur Vernachlässigung der
Kinder führen müssen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Die Kammerjäte, Zeltower Str. 1—4, Ecke Bellealliancestr.,
sind für organisierte Arbeiter nach wie vor gelberrt.
In Markgraspieck hat das Lokal „Pagenhofer Bierhollen“ den
Besitzer gewechselt; der neue Inhaber verweigert und sein Lokal.
Dasselbe ist von der Liste zu streichen.
In Groß-Lichterfelde hat der Besitzer des Lokals „Kaiserhof“,
Herr Kaufholz, seine Unterwerfung zurückgezogen. Das Lokal ist
ebenfalls von der Liste zu streichen.

Die Lokalkommission.

Kreuzf. Den Teilnehmern des Kurses „Medellungen“ zur
Kenntnis, daß die erste Stunde nach den Weihnachtsferien am
Sonntag, den 12. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von
Bartsch, Hermannstr. 49, stattfindet.
Am Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, beginnt im gleichen
Lokal der Vortragskursus (6 Abende) des Genossen Kühle: „Die
Sozialdemokratie, was sie ist und was sie will.“ Karten a 30 Pf.
sind bei Beginn des Kurses am Eingang des Saales zu haben.
Der Bildungsaussch.
Karlshorst. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Fürstentab“.
Zah. Partels: Öffentliche Versammlung. 1. Die Verhältnisse beim
Verkauf des russischen Fleisches. Referent: Genosse Paul Berg-
mann u. 2. Diskussion. Die Gemeindevorsteher und die Schlächter-
meister sind brieflich zu dieser Versammlung eingeladen.
Tempelhof. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Wilhelm-
garten, Berliner Str. 9, Kurstagabend: „Die Technik der Landtags-
wahlen“.
Lichtenrade. Der Jahlabend am Sonntag, den 11. Januar,
fällt diesmal besonderer Umstände wegen aus. Dafür findet eine
Mitgliederversammlung am 26. Januar statt.

Wannsee. Morgen Sonntag, den 11. d. M., abends 8 Uhr,
im Restaurant „Fürstentab“ (D. Hermann): Versammlung des
Wahlvereins.

Sohnsdorf und Umgegend. Am Sonntag, 12. Januar, abends
pünktlich 8 Uhr, im Lokale des Herrn Valogser (Villa Kahl):
Wissenschaftlicher Vortrag. Herr Direktor Paul vom Berliner
Feuerbestattungsverein spricht über die Feuerbestattung und Er-
klärung des Modells eines modernen Krematoriums. Außerdem
werden noch andere, die Feuerbestattung betreffende Gegenstände
im Versammlungssaal ausgestellt.

Bernau. Sonntag, den 12. Januar, besichtigt der Wahlverein
die Lichtenberger Konsumwerte. Treffpunkt 8.45 Uhr vormittags am
Bahnhof Bernau. Karte ist zu lösen bis Frankfurter Allee.

Berliner Nachrichten.

Die Stadterordnetenversammlung.

Begann gestern die erste Sitzung des neuen Jahres mit dem
üblichen Kaiserhoch, das dem Berliner Stadtfreiwort als un-
entbehrlich gilt.

Die Wahl des Vorstandes ergab die bisherige Zu-
sammensetzung, weil wieder die freisinnige Mehrheit den von
der sozialdemokratischen Fraktion als der zweitstärksten er-
hobenen Anspruch auf den Posten des Vorsitzendenstellver-
treters nicht anerkannte. Im Vorstand sind, wie bisher, unter
den Beisitzern Genosse Brun, unter den Beisitzerstellver-
tretern Genosse Kanklud.

Das neue Mitglied des Magistratskollegiums, der zum
Stadtrat für Berlin gewählte Kubalstädter Oberbürger-
meister Doflein, wurde gestern eingeführt.

Die Tagesordnung war so reichlich, daß ihr Hauptstück,
der Entwurf einer Steuerordnung zur Besteuerung des
Bieres und der Kinetographen-
stellungen usw., abgesetzt werden mußte.

Der Magistratsantrag, der „Neuen Freien Volks-
bühne“ zum Bau des von ihr im „Scheunenviertel“ ge-
planten Theaters eine Hypothek von zwei Millionen
Mark zu geben, soll in einem Ausschuss vorbereitet werden.
Genosse Wurm begrüßte diesen ersten Schritt auf einem
neuen Wege, den der Magistrat tun will. Er forderte, noch
weiter zu gehen und aus Stadtmitteln ein eigen-
es Theater zu schaffen oder mindestens ein eigenes
Theatergebäude, das dann von Vereinen, z. B. der „Freien
Volksbühne“, gemietet werden könnte. Auf diese Anregung
antwortete Stadtverordneter Cassel, daß sie einige seiner
Freunde stutzig machen könnte. Das ist glaubhaft; denn
wenn der Kommune höhere Aufgaben gestellt werden sollen,
machen die eifrigsten Freisinnigen nicht gern mit.

Ein heftiger Streit entbrannte wieder um den Ma-
gistratsantrag, einem Frauenverein zur Bekämpfung des Alko-
holismus die Aufstellung eines Milchhäuschens am
Bahnhof „Friedrichstraße“ zu gestatten. Der Ausschuss
empfahl aus Verkehrsrückgründen, die Zustimmung zu verweigern.
Die sozialdemokratische Fraktion riet, den Verein abzuweisen,
weil er, wie Genosse Wengels aufs neue darlegte und auch
Genosse Zubeil bestätigte, seine Angestellten mit unzu-
länglichen Löhnen abweist und ihnen eine über-
mäßige Arbeitszeit aufzwingt. Trotz dieser leider nur
zu begründeten Bedenken fand sich schließlich eine Mehrheit
zusammen, die dem Magistratsantrag zustimmte.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fra-
ktion forderte für die Stadterordneten Legi-
timationen, die bei Recherchen benutzt werden können.
Genosse Hoffmann wies die Notwendigkeit und Unent-
behrlichkeit solcher Legitimationen nach, und Genosse Ewald
unterstützte seine Ausführungen durch Mitteilung eines Er-
lebnisses. Legitimationen auszustellen, sagte der Vorsteher
Michelet zu, so daß der Antrag als erledigt zurückgezogen
werden konnte.

Gegen einen anderen Antrag der sozialdemo-
kratischen Fraktion, der für die Stadter-
ordneten Freifahrkarten der städtischen
Straßenbahnen forderte und vom Genossen Hoff-
mann begründet wurde, äußerte Stadtrat Breuß
juristische Bedenken. Die Beschlussfassung wurde vertagt,
weil erst Klärung abgewartet werden soll.

Wie eine Kommune ihre Aufgaben nicht auffassen soll,
lehrt der Magistratsantrag, für Gasautomaten einen
Mindestverbrauch von 300 Kubikmeter pro
Jahr vorzuschreiben und etwaigen Minderverbrauch mit drei
Pfennig pro Kubikmeter in Rechnung zu stellen. Gegen dieses
Verfahren, das die unbemittelte Bevölkerung wie eine Be-
strafung für zu geringen Gasverbrauch treffen
würde, wandte sich sehr nachdrücklich Genosse Hing. Die
in der Vorlage des Magistrats zum Ausdruck gebrachte An-
sicht, daß es einen „Mißbrauch“ bedeute, Gasautomaten zu be-
nutzen und nur wenig Gas zu verbrennen, wurde von Stadtrat
Benzl verteidigt. Stadtverordneter Jacob behauptete,
die Gaswerke müßten Geld zugeben, wenn sie nicht diesen
Mindestverbrauch forderten. In einem Ausschuss wird der
Magistrat genötigt werden, sich noch näher darüber zu äußern.

Mietstempel.

Mietverträge, in denen die Jahresmiete 360 M. über-
steigt, unterliegen der Stempelspflicht. Auch mündliche Miet-
verträge unterliegen dieser Mietsteuer. Die Behörde zieht
die Mietsteuer vom Vermieter ein; der Mieter hat eine
Ersatzpflicht nur dann, wenn sie mit dem Vermieter vereinbart
ist. Zahlbar ist der Mietstempel im Januar eines Kalender-
jahres für das vorausgegangene Kalenderjahr oder, wenn das
Mietverhältnis noch nicht ein Jahr andauert hat, für den
abgelaufenen Teil des Kalenderjahres.

Die Mietsteuer wird auf 50 Pf. Beträge nach oben ab-
gerundet. Sie beträgt für das Kalenderjahr: Bei einer
Jahresmiete von mehr als 360 bis zu 400 M. 50 Pf., bei
einer Jahresmiete von mehr als 400 bis zu 500 M. 1 M.,
bei einer Jahresmiete von mehr als 500 bis zu 666 2/3 M.
2 M., bei einer Jahresmiete von mehr als 666 2/3 bis 833 1/3 M.
2 50 M., bei einer Jahresmiete von mehr als 833 1/3 M. bis
1000 M. 3 M., bei einer Jahresmiete von mehr als 1000 M.
bis 1125 M. 4 50 M., bei einer Jahresmiete von mehr als

1125 M. bis 1250 M. 5 M., steigend um je 50 Pf. bei 125 M.
höherer Jahresmiete bis 2000 M. Jahresmiete. Bei mehr als
2000 M. bis zu 3000 M. Jahresmiete beträgt der Steuerfuß
5 Proz. usw. Der Steuerfuß ermäßigt sich um die Hälfte,
wenn die Mieträume für gewerbliche oder berufliche Zwecke
bestimmt sind.

Handelt es sich zum Teil um solche, zum andern Teil um
Wohnräume, so muß der Vermieter in dem Verzeichnis,
welches dieser der Zollbehörde einzureichen hat, eine ent-
sprechende Trennung des Mietzinses vornehmen. Unterläßt
er dies, so kann er die infolgedessen zu zahlende erhöhte
Mietsteuer nicht vom Mieter erstattet verlangen.

Auch bei Mietervermietungen — an sogenannte Chamb-
garnisten — ist die Mietsteuer zu zahlen, falls die Jahres-
miete für das Zimmer 360 M. übersteigt. Der Miet-
preis für die im Zimmer befindlichen Möbel kann in Ab-
rechnung gebracht werden. Ist zum Beispiel für ein gut
ausgestattetes Zimmer eine Jahresmiete von 400 M. ver-
einbart, so beträgt der Jahresmietwert für die Einrichtung
mindestens 40 M.; eine Stempelsteuer wäre also in einem
solchen Falle nicht zu zahlen.

Gasfahrkarte. Die Deputation für die städtischen Fach- und
Fortbildungsschulen hat in ihrer gestrigen unter Vorsitz des Geheim-
rats Michaels stattgefundenen Sitzung beschloffen, dem Antrag der
Direktion der städtischen Gaswerke auf Einrichtung von Gasfahr-
karten an den Handwerkschulen stattzugeben und vom 1. April d. J.
ab an der 2. Handwerkschule solche Karte einzurichten. Zu diesen
Karten sollen nicht nur die Arbeiter der städtischen Gaswerke, sondern
auch die in der einschlägigen Privatindustrie beschäftigten Arbeiter
zugelassen werden.

Eine Familientragödie wird aus der Greifswalder Straße ge-
meldet. Dort wohnte in dem Hause Nr. 138 mit seiner 27 Jahre
alten Frau Beria, geborenen Schulze, und seinem ein Jahr alten
Söhnchen Herbert der Maler Sasse, der schon lange lungenkrank war
und vor drei Wochen starb. Schon bei Lebzeiten ihres kranken Mannes
hatte die Frau wiederholt gelüftet, daß auch sie mit ihrem Kinde
aus dem Leben scheiden werde, wenn ihr Mann sterben sollte. Nach
seinem Tode wiederholte sie diese Selbstmordgedanken. Sie konnte
den Gram über den Verlust des Mannes nicht verwinden. Zu
Ausgang dieses Monats teilte sie dem Hauswirt mit, daß sie ihre
Wohnung aufgeben wollte. Als nun gestern mittag die Verwalter-
frau die aus Stube und Küche bestehende Wohnung im Quer-
gebäude einem Mietlustigen zeigen wollte, fand sie keinen Einlaß.
Nichts Gutes ahnend, ließ sie öffnen und fand nun beide Räume
mit Gas angefüllt. Auf einem Stuhl neben dem Kochherd, dessen
Hahn geöffnet war, sah Frau Sasse. Das Kind lag in seinem
Wagen. Beide waren tot. Ein Arzt, der schleunigst gerufen wurde,
stellte fest, daß beide schon vorgestern gestorben waren. Die Leichen
wurden beklagend.

Hier kommt niemand durch! Die huckstäblich Polizeibeamte
bei Abperrungen ihrer Pflicht gemäßen, niemanden durch die Ab-
sperrungsbänder hindurch zu lassen, beweist ein Vorfall, der sich am
Mittwoch in der Schornhorststraße ereignete. Dort war aus Anlaß
der Verdringung des Grafen Schlieffen die Schornhorststraße bis zur
Kesselfstraße abgesperrt. Während dieser Abperrung wollte eine
ältere Frau durch die Schornhorststraße, um eine Hebamme zu einer
in Kindesnöten befindlichen Frau zu holen. Aber die Schornhorst-
weigeren den Durchlaß mit den Worten, da könnte ja jeder kommen.
Die Frau mußte den Umweg durch die Kesselfstraße, Chausseestraße,
Bogenstraße machen. Die Hebamme mußte sich erst legitimieren.
Durch diese Verzögerung kam die Hebamme zu einer Zeit an, als
das Kind schon da war. Wie leicht hätte die in Kindesnöten be-
findliche Frau durch die Verzögerung ihr Leben verlieren können.

Zu dem Leichensund in Lichtenberg, über den wir gestern be-
richteten, wird uns mitgeteilt, daß es jetzt gelungen ist, die Persön-
lichkeit des Toten festzustellen. Es handelt sich um den 68 Jahre
alten Antscher und Kriegsinvaliden August Schelling aus der Bappel-
allee 82. Der Mann war nach einem Sturz von einem Wagen zuge-
fallen, etwas geisteskrank. Während sich seine Frau wegen eines Ober-
schenkelbruchs zurecht im Krankenbause befindet, verließ er
am vergangenen Freitag die Wohnung und kehrte nicht
wieder in diese zurück. Wahrscheinlich ist er seit dieser
Zeit planlos umhergeirrt. Die vorläufige Besichtigung der Leiche
durch den Kreisarzt Dr. Mann hat ergeben, daß Schelling allem
Anschein nach eines natürlichen Todes gestorben ist. Wenigstens
hat er keine Anhaltspunkte vorgefunden, die auf einen gewaltsamen
Tod schließen lassen. Die dreieckige Stoppwunde hat der Mann sich
wohl beim Fallen zugezogen. Tollisch war sie jedenfalls nicht. Daß
das Messer aufgeklappt und blutbefleckt neben ihm lag, erklärt sich
wohl daraus, daß er sich ein Stück Antabak, das man ebenfalls
unweit der Leiche noch fand, abgucken wollte, als er von einem
Blutsturz befallen wurde, an dessen Folgen er dann starb, weil er
ohne jede Hilfe war. Die Obduktion der Leiche, die wahrscheinlich
eine Bestätigung dieser Feststellungen bringen wird, findet morgen statt.

Selbstmord eines Blinden. Auf der Toilette des Bahnhofs
Börse erschloß sich am Donnerstag nachmittag der 50 jährige Renten-
empfänger Louis Gustin aus der Türkenstr. 24. G., der früher
städtischer Fleischbeschauer war, erkrankte vor längerer Zeit an einem
schweren Augenleiden, das zu seiner völligen Erblindung führte.
Dieses Mißgeschick scheint den Bedauernswerten nun die Waffe in die
Hand gedrückt zu haben.

Vor den Augen seiner Frau erschossen hat sich der 40 Jahre alte
Arbeiter Julius Hensel aus der Vorhölzstr. 25. Der Mann war seit
Jahren schwer krank und verdorrte. Nachdem er zuletzt wieder
acht Wochen im Krankenbause gewesen war, sollte er jetzt in die Geis-
tliche Welt kommen. Er selbst hoffte jedoch auf keine Besserung
mehr, griff in der Verzweiflung zum Revolver und schoß sich im
Bette legend eine Kugel in den Kopf in dem Augenblick, als seine
Frau von einem Ausgang zurückkehrte und das Zimmer betrat. Die
Frau ließ ihn sofort nach der Klinik bringen. Der Unglückliche er-
lag aber dort gestern seiner Verletzung. Hensel hinterläßt seine Frau
mit zwei Kindern von 11 und 14 Jahren.

Aus dem Untersuchungsgefängnis entwichen ist das Haupt einer
Kollidiebesbande, die die Kriminalpolizei vorgestern verhaftet hat,
der 32 Jahre alte „Arbeiter“ Robert Lange aus der Händelstraße
Straße. In der letzten Zeit wurden viele Gefährlichwogen von
Dampfabfahrgängen von der Straße weg beschloffen, der oft
wertvollen Ladung beraubt und dann irgendwo liegen gelassen. Es
stellte sich heraus, daß Lange mit noch drei Komplizen die Dieb-
stähle ausführte. Als die Verhafteten vorgestern dem Untersuchungs-
richter zu einem Verhör vorgeführt wurden, spielte Lange dreist den
Gefängnisbeamten und brachte es so fertig, ins Freie zu gelangen
und zu entkommen. Bis jetzt ist er noch nicht wieder ergriffen.

Ein dreifaches Diebstahlsstück leistete sich ein Spitzhube auf dem Güterbahnhof Frankfurter Allee. Er erbrach dort einen verschlossenen Eisenkoffer, nahm daraus 82 Goldtaler im Werte von 500 M. und lud sie auf einen mitgebrachten Plattenwagen, der mit einem dunklen und einem hellen Pferde bespannt war. Erst als er mit der Ladung verschwunden war, wurde der freche Diebstahl entdeckt.

Ein Sechstage-Rennen — das sechste — hat am Abend des 8. Januar in den Ausstellungshallen am Zoo seinen Anfang genommen. Wie fast alle seine Vorgänger hatte es eine merkwürdige Vorgeschichte, die diesmal um die Person von W. Müll ging, des gegenwärtig besten Fahrers auf diesem Gebiete. Wegen angeblich zu hoher Ansprüche Mülls werden die Berliner Sechstage-Entschieden auf das Verhängnis verzichtet müssen, den sogenannten „Sechstagekönig“ fahren zu sehen. Durch dessen Fernbleiben vom Start erhöhten sich die Siegesaussichten der anderen Fahrer. 14 Paare treten diesmal in die Schranken, Vertreter der alten und der neuen Welt. Die Teilnehmerliste ist folgende: Arnd-Bader, Carapezzi-Althoff, Carl-Hill, Grenda-Phe, Hoffmann-Finn, Hühndrichs-Vandewelde, Janke-Demke, Kettelbed-Nadel, Peter-Uberger, Saldow-Lorenz, Stabe-Kawle, Stelbrink-Rosellen, Stol-Niquel, Jander-Schert. Unter diesen haben Stol, Carl, Hill, Grenda, Phe schon mehrfach in New York, der Geburtsstätte dieser langen Rennen, mit Erfolg gefahren, und dürften diese Fahrer den Endlaupf bestreiten. Die deutsche Fahrer sehen in Saldow-Lorenz ihre beste Mannschaft. Sonst sind noch mehrere Reutlinge im Rennen, die erst den Beweis ihrer Leistungsfähigkeit erbringen sollen.

Am Eröffnungabend hatte die Halle einen guten Besuch. Vor Beginn der Rennen legten die Fahrer noch einige Proberunden zurück. Um 12 Uhr, nach erfolgter Vorstellung der Paare, trat der Startschuss und das Rennen begann, das während der nächsten 14 Stunden in ununterbrochener Folge vor sich gehen soll. Die erste Stunde ergab ein Resultat von 39,600 Kilometern. Bis zur 6. Stunde wurden 218,700 Kilometer gefahren und waren noch alle Paare ohne Verlust im Rennen. — Wir werden am Schluss der Veranstaltung eine kurze Uebersicht über den Verlauf geben.

Vermiss wird seit dem 3. Januar d. J. die 24jährige Frieda Mallou, Beuststr. 23. Die betrafften Eltern vermuten, daß ihr irgend ein Unglücksfall zugefallen sei. Diejenigen Personen, die über den Verbleib der Obgenannten Angaben machen können, werden gebeten, ihre Adresse an die Eltern: Mallou, Beuststr. 23, abzugeben. Unkosten werden gern vergütet.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdors-Palensee.

Die Stadtverordnetenversammlung wird in der am Mittwoch abgehaltenen ersten Sitzung des neuen Jahres ein stark verändertes Bild auf. Die Mitgliederzahl der Körperschaft war von 48 auf 60 vermehrt worden; eine Anzahl Ersatzmänner hatten ebenfalls neue Männer gebrückt, so daß die Versammlung jetzt zur Hälfte aus Neulingen besteht. Bei der Besetzung des Bureau wurde der frühere Stadtverordnete-Borleiter Dr. Koch einstimmig wiedergewählt; die Wahl des Stellvertreters fiel auf das Mitglied der Fortschrittlichen Fraktion Dr. Edel, zu Weiskern wurden die Mitglieder der „großen Fraktion“ Dr. Helmke und Dr. Hesse und zu deren Stellvertretern die Stadtverordneten Dr. F. P. P. und P. L. W. bestimmt. Endlich wählte man durch Jura 15 Mitglieder in der Wahlkommission, der über die Besetzung der Deputationen und Ausschüsse Vorschläge zu machen hat.

Der erste Gegenstand der eigentlichen Verhandlungen bestand in einem Antrag der großen Fraktion, wonach der Magistrat ersucht werden soll, an dem Joachim-Friedrich-Gymnasium, das früher als königliches Joachimshausches Gymnasium ohne Vorstufe bestand, nach der jetzt erfolgten Uebernahme durch die Stadt eine dritte Vorstufklasse zu errichten. Ueber den Umfang des Vorstufwesens sind sich weit über rationale Kreise hinaus geachtete Pädagogen einig; an eine Befestigung dieser der Entwicklung des Volksschulwesens hinderlichen Einrichtung war nach dem neuerdings von Berlin und Charlottenburg gegebenen bösen Beispiel natürlich auch in Wilmerdors nicht zu denken. Der Stadtverordnete Laubhummel erklärte sich als Hochmann gegen den Antrag, und auch der Stadtverordnete Schröder (Soz.) führte an, daß es dem Gemeinwesen nützlich werde, wenn der Magistrat endlich mit den übrigen Groß-Berliner Stadtbehörden gegen das Vorstufwesen Stellung nähme. Schritte nach dieser Richtung hin müßten schwierig sein; aber vielleicht könnte bei einer solchen Reform der von dem Stadtverordneten Leidig geprägte Vorschlag und die Magistrats unterstützen. Der von diesem Bund angeführte Kampf gegen die Sozialdemokratie werde nach oder bisherigen Erfahrung doch mit erheblichen Mißerfolgen enden; und daher sei es für die neue Organisation am Ende zweckmäßiger, wenn sie auf anderem Boden Vorarbeiten zu pflegen suche. Ein neues Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, der Vorkurslehrer Budel, führte sich über ein Loblied auf die Vorkursen ein und polemisierte gegen seinen Kollegen Hümer. Die Wahrheit gab sich schließlich mit einer Erklärung des Oberbürgermeisters Hobermann zufrieden, wonach am Joachim-Friedrich-Gymnasium eine Vorstufklasse errichtet werden soll, wenn zwanzig Anmeldungen von Schülern vorliegen.

Hierauf beschloß die Versammlung auf Antrag eines von ihr eingesetzten Ausschusses, den Magistrat zu ersuchen, daß er bei der Polizeiverwaltung beantragen möge, die Verwendung von Granitplatt, oder anderen Kunststeinplatten bei der Pflasterung von Bürgersteigen zu gestatten. Der Oberbürgermeister versprach, im Sinne des Beschlusses handeln zu wollen. Eine Magistratsvorlage, wonach die Zahl der Mitglieder der städtischen Verwaltungsdeputationen im Verhältnis zur Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten erhöht werden soll, wurde dem Wahlschuh überwiesen. Dasselbe Schicksal hatte ein Antrag der großen Fraktion, wonach ebenso bezüglich der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Ausschüsse verfahren werden soll.

Neutölln.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist vorgestern Abend die neunjährige Tochter des Portiers Voetter, Stuttgarter Straße 47. Die Kleine stand auf einem Sandhaufen, welcher von der Straßenreinigung an der Ecke der Mosegger- und Stuttgarter Straße aufgestellt ist und verging sich mit anderen Kindern. Sie achtete hierbei nicht auf das Rollen eines Wagens, sondern sprang kurz vor demselben auf den Straßendamm. Da der Kutscher die Pferde nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen konnte, gingen dem Kinde die Wagenräder über den Kopf hinweg. In hoffnungslosem Zustande wurde die Verunglückte in die in nächster Nähe belegene Wohnung ihrer Eltern geschafft, woselbst sie nach kurzer Zeit verstarb.

Mit der Wechselhalle verurteilt gestern zwei schon mehrfach mit Zuchthaus vorbehaftete Verbrecher zu „arbeiten“, wurden aber dabei abgesetzt und von der Kriminalpolizei unschuldig gemacht. In der Friedellstraße besuchten sie ein Geschäft nach dem anderen, um den Geschäftsführern oder Veräußern mit einem Zwanzigmarsch zu helfen zu stellen. Sie hatten den Trick aber so wenig geübt, daß er ihnen nirgendwo gelang. Mit der Entschuldigung, daß ein bebauerliches Versehen vorliege, entkamen sie sich dann, um im Nachbarhaus denselben Schwindel in Szene zu setzen. Schließlich fiel dies einem Geschäftsmann doch auf und er benachrichtigte die Kriminalpolizei. Diese nahm die beiden Schwindler fest.

Friedrichsfelde.

Nachdem die Schlächtermeister in Friedrichsfelde seit längerer Zeit den Verkauf des russischen Fleisches eingestellt, haben jetzt auch deren Kollegen in dem zur Gemeinde gehörigen Ortsteil Karlsruh den Vertrieb des Fleisches eingestellt. Möglich ist, daß die unangenehme Entdeckung bei ihrem Kollegen G., welcher nach tierärztlicher Feststellung verdorbenen deutsches Fleisch als russisches Fleisch verkaufte, maßgebend für deren Entschluß gewesen ist. Durch Verhandlung des Gemeindevorstandes mit dem Verfaßter der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgebung soll nun vom 18. Januar

an der Verkauf des russischen Fleisches in beiden Ortsteilen durch die Konsumgenossenschaft erfolgen; zu diesem Zweck werden von der Konsumgenossenschaft geeignete Läden gemietet. Wäre die Gemeindevertretung, als sie sich mit dem Vertrieb des russischen Fleisches beschäftigte, dem Vorschlage unserer Genossen, den Verkauf in eigene Hände zu übernehmen, gefolgt, so hätte sie dem Gemeindevorstand viel Arbeit erspart. Die ganze Sache sollte jedoch keinerlei Unkosten verursachen, zudem wollte man die Fleischermeister nicht schädigen. Bei Dingen, die zur Bekämpfung der aufstrebenden Arbeiterbewegung dienen, werden solche Rücksichten nicht geübt.

Pankow.

Die Gemeindevertretung vollzog am Dienstag zunächst die Abgeordnetenwahlen zum Kreisrat des Kreises Niederbarnim. Samtliche Sitze fielen den Bürgerlichen zu. Letztere hatten es nicht über sich bringen können, von den zu besetzenden sechs Mandaten auch unseren Genossen eine Vertretung zuzugestehen. — Die hierauf vorgenommene Wahl eines besoldeten Schöffen fiel einstimmig auf den bisherigen Gemeindevorstand Dr. Müller. — Dann stimmte die Vertretung als Amtsausschuh dem Erlaß einer Polizeiverordnung zu, welche den Verkauf von Speiseeis und durch Eis gekühlten Getränken (Bier, Limonaden, Säfte, und andere Mineralwässer usw.) an Kinder unter 14 Jahren und Schüler und Schülerinnen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen zu sofortigem Genuß verbietet. Ferner dürfen diese Genussmittel auf den von Kindern sowie Schülern und Schülerinnen besuchten Spielplätzen während der Dauer der Bewegungsspiele sowie in der Nähe der Schulgrundstücke während der Zeit von einer halben Stunde vor Beginn und nach Schluß des Unterrichts nicht feilgehalten werden. — Die sich nun anschließende Gemeindevertretersitzung erklärte sich zunächst damit einverstanden, daß den jetzt vorhandenen beiden besoldeten Schöffen die Amtsbezeichnungen „Beigeordneter“ (Stadtrat a. D. Stawitz) und „Sonditus“ (Assessor Dr. Müller) beigelegt werden. — Am dem durch die vor zwei Jahren durch Gemeindevorstand erfolgte Verdrängung der Boll- und Papiementwarenhandler vom Wochenmarkt herbeigeführten empfindlichen Einnahmeverlust an Marktstandgeldern in etwas abzuwehren, beschloß die Vertretung eine Erweiterung des Marktes. — Nach Erledigung einer Reihe weniger interessierender Gegenstände folgte der öffentlichen eine geheime Sitzung.

Mühlenbeck.

Tot aufgefunden wurde vorgestern früh auf der Straße nach Schönwalde an der Dammsmühlener Wegkreuzung, der in der hiesigen Kreisfahne beschäftigte Arbeiter Julius Schulz aus Schönwalde. Am Mittwochmorgen hörte die auf dem Bahnhof Schönwalde sich befindende Leute Hilferufe, die jedenfalls mit dem Vorfalle in Verbindung zu bringen sind. Ob hier ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt, muß erst die Untersuchung ergeben. Wesemden errege es, daß die Leiche nicht früher als gestern nachmittag gegen 3 Uhr weggeschafft werden durfte.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurden die Herren Bürgermeister Abraham und August Kuhlmann zu Kreisabgeordneten gewählt. Die Amtsperiode des Herrn Sörger als Schöffe läuft nächsten Monat ab, die Vertretung wählte ihn für dieses Amt wieder. Vom Landrat lag ein Schreiben vor, worin mitgeteilt wird, daß der Antrag auf Errichtung eines Hypothekenaufreutes noch zurückgehalten werde. Die Regierung beabsichtigt diese Frage für Groß-Berlin einheitlich zu regeln. Die Vertretung nahm von diesem Schreiben Kenntnis, jedoch soll der Landrat ersucht werden, den Antrag trotzdem der Regierung zu überreichen. Der Errichtung neuer Volksschulen an den Gemeindefschulen für 1913 wurde zugestimmt. Anfolge vorgeschrittener Zeit wurden die übrigen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt.

Pankow-Nieder-Schönhausen.

Der Verein Jugendheim hält am Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Noezl, Pankow, Kreuzstr. 3/4, Kleiner Saal, seine diesjährige Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Ludwig Pankow. 2. Geschäftsbericht. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Steglitz-Friedenau.

Der Lehrausgang für Jugendliche im Alter von 18—21 Jahren findet heute wegen der Volksoverflutung im „Albrechtshof“ in Steglitz nicht statt.

Am nächsten Dienstag beginnt bei Schellhaff, Steglitz, Abornstraße, der auf vier Abende berechnete Vortragskurs des Genossen E. Dämmig über: „Deutsche Literaturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.“ Eintrittskarten sind im Vortragslokal zum Preise von 40 Pf. zu haben.

Sergelde.

Spuklos verschwunden ist seit dem Silvesterabend der Gastwirt Adolf Stephan, Inhaber des Restaurants „Zum Kaiserhof“, Hauptstraße 37. Wie verlautet, hat er wegen finanzieller Schwierigkeiten den Ort verlassen.

Den Betrieb und die Zahlungen eingestellt hat die Ziegelei-Firma Heinrich Hainzinger in der Wöllendammstraße hieselbst. Eine beträchtliche Anzahl hiesiger Gewerbetreibender sollen bei dem Zusammenbruch in Mitleidenschaft gezogen sein.

Einwalde.

Die Landtags-Abwässerfluten liegen nur noch heute Freitag, den 10. Januar, im Gemeindebureau, Grünauer Straße, Zimmer 3, während der Dienststunden öffentlich aus. Einsprüche sind dort sofort zu Protokoll zu geben.

Hohen-Neuendorf.

Ins der Gemeindevertretung. Zunächst teilte der Vorsteher mit, daß der Ort Hohen-Neuendorf vom nächsten Jahre ab einen eigenen Vorkursbildungsbezirk bildet. Der Erlaß eines Nachtrages zur Umfassungserordnung wurde gegen die Stimme unseres Vertreters beschloffen. Ein Ordinalat, welches die Anstellungs-, Besoldungs- und Pensionsverhältnisse der Gemeindebeamten regelt, wurde gegen die Stimmen des Sozialdemokraten und des Vertreters Handke angenommen. Eine recht lebhaftige Debatte rief die Beratung einer Besoldungsordnung hervor. Hier zeigten sich die bürgerlichen Herren wieder einmal in der ihnen eigenen Art, indem sie bestritten waren, die Besoldungsverhältnisse der unteren Beamten wie Gemeindevorstand, Schuldiener und Stadtwächter, die schon nach dem Entwurf nicht als besonders glänzende zu bezeichnen waren, erheblich zu verschlechtern; das gelang ihnen bei dieser Zusammensetzung des Corporationsrats auch mühelos. Die Kosten der Beleuchtung für 150 Laternen belaufen sich auf rund 6500 M. Gegen die Stimme unseres Genossen wurde ferner die Einrichtung einer ersten Klasse der Mittelstufe an der Mittelschule und die Anstellung dreier Lehrkräfte an dieser Schule beschloffen. Für die Einrichtung einer Diakonissenstation im Orte wurden 600 M. widerrechtlich und unter der Bedingung, daß der Gemeindevertretung das Recht der Kontrolle über die Station vorbehalten bleibt sowie daß bei der Pflanzung die ärmere Bevölkerung zuerst berücksichtigt wird, bewilligt. Zum Schluß berichtete Herr Goltzinger über den Einfluß des Südbahns vom Raschenehause des Wasserwerksneubaus. Er betonte, daß es sich wohl nicht mit Sicherheit feststellen lassen werde, auf welcher Seite das Verschulden liegt. Die Sache wäre aber für die Gemeinde insofern erledigt, als die beiden an dem Bau beteiligten Firmen, die Eisenkonstruktionsfirma G. Goffen und Krügel und Bauunternehmer H. Daut-Hohenneuerdors sich bereit erklärt hätten, die Kosten gemeinschaftlich zu tragen.

Schönwalde (Kreis Niederbarnim).

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit der Bauungsfrage. Vom Gemeindevorsteher wurde Informativteil verlesen: 2b. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

ein Schreiben des Landrats verlesen, in welchem gewünscht wird, daß die Errichtung von Wohnbauten fortan an ungepflasterten Straßen unterbleiben solle, da sonst Anstrengungen entstehen könnten. Durch das zu weite Auseinanderliegen von Häusern würden der Gemeinde, sei es durch die schwierigere Befahrung, den Wächterdienst, das Schulwesen usw. auch große Kosten erwachsen. Der Gemeindevorsteher schlug vor, in Zukunft Anliegern ungepflasterter Straßen nur dann die Bauerlaubnis zu erteilen, wenn dieselben die Pflasterkosten der Gemeinde als Sicherheitsschöpfel hinterlegen. Auf diese Weise wäre die Gemeinde, sobald ein Bedürfnis für Straßenpflasterung vorhanden, in der Lage, den Anforderungen gerecht zu werden. Genosse Dutschik verwies hierbei auf die Nachbargemeinde Jepernitz, in der die Bauerlaubnis jedem erteilt werde, sobald der Bauungsplan festgelegt sei. Vom dem Vorschlag des Gemeindevorstehers versprach sich Redner nicht viel. Die Umfassung wurde wie vorher mit 1 Proz. Zuschlag angenommen.

Syandau.

Schwere Beschuldigungen gegen den Polizeikommissar Marx hatte der frühere Polizeibeamte Dybedo in wiederholten Schreiben an die kgl. Regierung in Potsdam und die hiesige Polizeiverwaltung erhoben. In einer Verteidigungssitzung gegen D., welche im vergangenen Sommer vor dem hiesigen Schöffengericht stattfand, hielt derselbe sämtliche Beschuldigungen aufrecht und sein Verteidiger stellte beim Gericht den Antrag, weitere Zeugen zu laden, da sein Mandant den Wahrheitsbeweis für die Beschuldigungen erbringen werde. Das Gericht gab auch dem Antrage statt und vertagte den Termin. Ein neuer Termin mußte vergangene Woche ebenfalls vertagt werden, da der Anwalt plötzlich erkrankt war. Jetzt veröffentlicht D. eine Erklärung, worin er mit Bedauern die Anschuldigungen zurücknimmt, da sie haltlos sind.

Rosowes.

Ein dreifacher Diebstahl wurde am Mittwochvormittag bei dem Gastwirt Wittwer in der Kirchstraße verübt. Der Dieb drang in einem unbewachten Augenblick in die Wohnung des Gastwirts ein und entwendete aus einem Schrank etwa 300 M. Der Verdacht richtete sich sofort auf den kurz vorher in der Gastwirtschaft anwesend gewesenem arbeitslosen Zimmerer F., der auch im Laufe des Nachmittags von der Polizei ermittelt und festgenommen wurde.

Bernau.

Ueber das Thema: „Die Sozialisierung der Gesellschaft“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Zimmermann-Karlshorst. Dem interessanten Vortrage folgte eine lebhafte Diskussion. Alsdann teilte Genosse Schneider mit, daß in diesem Monat eine Agitation zur Gewinnung neuer Wahlvereinsmitglieder stattfindet. Er ermahnte die Genossen, ihre ganze Kraft dieser Agitation zur Verfügung zu stellen, damit dieselbe von Erfolg gekrönt sei. Berichtet wurde noch, daß Röntgenal organisatorisch sich auf eigene Füsse gestellt habe und dadurch aus dem Wahlverein 57 Mitglieder übergetreten seien. Diesem Abgang ständen 50 Neuaufnahmen gegenüber.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Bernau. Schule Freitag, abends 7 Uhr, im Rathaus: Stadtverordnetenversammlung.
Schönwalde (Kreis Zellaue). Die Gemeinderatsitzungen finden von jetzt ab einem neuen Beschluß zufolge jeden zweiten Freitag im Monat abends 6 1/2 Uhr im Rathaus, Grünauer Straße, statt.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist neben das 15. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das neue Agrarprogramm der Sozialdemokratie Amerikas. Von B. C. Walling. — Eine Revolution in der Holzindustrie. Von Hermann Jädel. — Eine Populäre und sozialistische Literatur. Von Dr. Georg Wagner (Dona u. R.). — Neue Literatur über die jugendlichen Arbeiter. Von Adolf Braun. — Literarische Rundschau: Hugo Häbert, Professor in Bonn. Die Bedeutung der Krankheitsfür die Entwicklung der Menschheit. Von H. Pflanz. — Notizen: Staatliches und Böhmen und der Herzogin. Von n. Die Steigerung der Preise der Nahrungsmittel. Die Monomische Rückständigkeit Frankreichs.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Kolportageure zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist neben Heft 8 des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Rämpfend voran! — Begleit-Bräutchenkonferenzen. I. Von Lise Jitz. — Gevren die Frauenvereine im Sinn. Von K. and. — Legiarbeiterland. Von Helene Brandenburg. — Die Genossinnen der Vereinigten Staaten von Nordamerika an die Genossinnen aller Länder. Von Otto v. Stern. — Aus der Bewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2.60 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist neben die zweite Nummer des 20. Jahrganges 12 Seiten stark erschienen und bringt ein gutes Bild von der verstorbenen Romanhildesheimer Anna Kautzke.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag von J. H. B. Dieckhoff, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Die Vereinsversammlung ist am Sonntag aus. Am nächsten Tage Sonntag den 10. Januar, abends 9 Uhr, im Gesellschaftshaus, Engländer 13, Saal 5. Vortrag des Genossen Petrich: Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse in der Mark Brandenburg. Diskussion. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 9. Januar 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Stindefe	776.50	SW	1	Sonnig	7.7	Saparanda	777.50	SW	2	bedeckt	-1
Hamburg	773.00	SW	0	bedeckt	0	Gettersburg	778.00	SW	1	Sonne	-1
Berlin	774.00	SW	1	bedeckt	-1	Seibitz	752.00	SW	4	bedeckt	10
Frankf. a. M.	770.00	SW	1	bedeckt	-1	Waldbeck	780.00	SW	5	bedeckt	7
München	771.00	SW	2	bedeckt	-1	Paris	764.00	SW	2	bedeckt	6
Bien	773.00	SW	2	bedeckt	-3						

Wetterprognose für Freitag, den 10. Januar 1913.
Trocken und vielfach heiter, etwas kälter bei ziemlich scharfen nordöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 8.1.	seit 8.1.	Wasserstand	am 8.1.	seit 8.1.
Remel, Müll	316	-20	Saale, Grotzsch	156	-6
Bregel, Antferburg	457	0	Havel, Grotzsch	95	0
Waldsee, Thon	240	-11	Havel, Rathenow	94	+4
Ober, Ansbach	148	-10	Spree, Spremberg	99	+7
Kroffen	213	-8	Bestow	111	-1
Frankfurt	216	-6	Beser, Ründen	236	0
Bartde, Schrimm	124	-8	Ründen	242	-10
Landberg	114	-4	Nein, Magdalenen	377	-7
Rehe, Sorbann	41	-5	Land	217	-11
Elde, Zeimaris	55	-8	Rhein	256	-14
Dresden	-62	-9	Kedat, Weißbrom	95	-9
Bath	265	-16	Rain, Donau	100	-7
Magdeburg	212	-18	Rosel, Zeitz	120	-7

+) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterpost. *) Schwebes Grund-einstreben. *) Uebersetzung.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckhoff Neutölln. Für den